



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
WIEN
Vienna University of Technology

Diplomarbeit

Gendergerechte Klimapolitik in der Kleinregion 10 vor Wien

Ein Handlungsleitfaden

verfasst von

Annika Bauer

(Matr.-Nr. 01425142, Stud.-Knr. 066 440)

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades

einer Diplom-Ingenieurin

unter der Leitung von

Univ.Ass.ⁱⁿ Dipl.-Ing.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Petra Hirschler

Fachbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung (E280/7)

Institut für Raumplanung (E280)

eingereicht an der Technischen Universität Wien

Fakultät für Architektur und Raumplanung

Korneuburg, 19. Dezember 2023

Kurzfassung

Die Klimakrise ist die größte humanitäre Krise unserer Zeit. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Möglichkeiten, die sich der Regional- und Kommunalpolitik bieten, diese effizient zu bekämpfen. Ziel dieser Arbeit ist es, Maßnahmen mit raumplanerischem Bezug aufzuzeigen, welche eine klimafitte Zukunft der Kleinregion 10 vor Wien ermöglichen. Aus diesem Vorhaben heraus wurde ein Handlungsleitfaden entworfen, der den Entscheidungsträger*innen der Kleinregion vorgelegt werden kann. Die Kleinregion 10 vor Wien bildet daher den räumlichen Fokus der Arbeit. Spezielles Augenmerk wird zudem im Handlungsleitfaden und daher auch in der vorangehenden Forschungsarbeit auf die Verknüpfung der Genderdimension mit der Klimapolitik gelegt. Aufbauend auf einem theoretischen Diskurs zu Klima- und Genderbelangen auf nationaler sowie internationaler Ebene, wurde in weiterer Folge ein aktuelles Stimmungsbild zu der Thematik auf kleinregionaler Ebene erhoben und ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, dass in der Kommunal- und Regionalpolitik bereits ein gutes Repertoire an Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen vorhanden ist. Die Genderthematik hingegen wird emotional und ohne wissenschaftliche Grundlagen diskutiert. Ein Zusammenhang der beiden Themen konnte von den Entscheidungsträger*innen nicht hergestellt werden. Hier wird also Informations- und Aufklärungsbedarf verortet. An genau dieser Stelle setzt der Handlungsleitfaden an und führt gendergerechte Maßnahmen in den Bereichen Politik, Planen, Bauen, Sanieren, Mobilität, Energie sowie Umwelt an.

Abstract

The climate crisis is the greatest humanitarian crisis of our time. This thesis deals with the possibilities available to regional and local politics to combat this efficiently. The aim of this work is to show measures with a spatial planning reference that enable a climate-friendly future for the "Kleinregion 10 vor Wien". Based on this project, a guideline for action was drawn up, which can be presented to the decision-makers in the region. The "Kleinregion 10 vor Wien" is therefore the spatial focus of this thesis. Special attention is also paid to the guidelines for action and, therefore, in the previous research work on the link between the gender dimension and climate policy. Based on a theoretical discourse on climate and gender issues at national and international levels, a current picture of the mood on the topic at the small regional level was subsequently collected and evaluated. The results show that a good repertoire of climate protection and adaptation measures already exists within the region. However, the gender issue is discussed emotionally and without scientific foundations. A connection between the two topics - gender and climate - could not be established by the decision-makers. Subsequently, the need for information and education in this field was identified there. This is exactly where the guidelines for action come in and implement gender-sensitive measures in the areas of politics, planning, construction, renovation, mobility, energy, and environment.

Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle bei meiner Betreuerin, Frau Prof. Petra Hirschler, für die Begleitung meines Prozesses, die Unterstützung, das Mut machen und die stete Motivation nicht aufzugeben bedanken.

Weiters möchte ich mich auch bei den Akteur*innen der Kleinregion 10 vor Wien und den Kommunalpolitiker*innen der Mitgliedsgemeinden bedanken, die sich bereitgestellt haben, meine Fragen zu beantworten. Ganz besonderer Dank gebührt meinen Eltern, die mein Studium ermöglicht haben, für die unendliche Geduld sowie dir Mario für die emotionale Unterstützung. Danke auch an alle meine Freunde und Verwandte für ihre Unterstützung und Geduld.

Inhalt

1. INTRO.....	1
1.1. PROBLEMSTELLUNG	1
1.2. ZIELSETZUNG	2
1.3. THESE UND FRAGESTELLUNG	2
1.4. UNTERSUCHUNGSDESIGN	3
1.5. STAND DER FORSCHUNG	5
1.6. AUFBAU DER ARBEIT	7
2. THEORIE	10
2.1. WIR STECKEN MITTENDRIN IN DER KLIMAKRISE	11
2.2. GENDERASPEKTE IN DER KLIMAKRISE	18
2.3. KLIMAPOLITIK – EINE SUCHE NACH DER GENDERPERSPEKTIVE	24
2.4. GENDERGERECHTE KLIMAPOLITIK INTERNATIONAL – BEST PRACTICE BEISPIELE AUS EUROPA	31
2.5. CONCLUSIO THEORIE	32
3. VERORTUNG.....	34
3.1. KLEINREGION 10 VOR WIEN - FAKTENCHECK	34
3.2. CHANCENGLEICHHEIT VON FRAUEN* UND MÄNNERN* IN DER KLEINREGION 10 VOR WIEN	40
3.3. AKTEURSGEFÜGE IN DER KLEINREGION.....	42
3.4. ZUSAMMENFASSUNG KLEINREGION 10 VOR WIEN.....	52
4. EXPERTI*INNENINTERVIEWS.....	54
4.1. ERHEBUNGSINSTRUMENT EXPERT*INNENINTERVIEWS	55
4.2. AUSWERTUNG DER INTERVIEWS MITTELS QUALITATIVER INHALTSANALYSE NACH KUCKARZ	57
4.3. QUALITATIVE LITERATURRECHERCHE ZU DEN ERKENNTNISSEN DER EXPERT*INNENINTERVIEWS	70
4.4. RESÜMEE	73

5.	HANDLUNGSEMPFEHLUNG - Klimapolitik in der Kleinregion 10 vor Wien. Schwerpunkt Gendergerechtigkeit	74
6.	FAZIT	109
	ANHANG	10510
	VERZEICHNISSE	114



1. INTRO

1.1. Problemstellung

Laut Klimaschutzbericht des Umweltbundesamtes werden „*sich Österreich bzw. der Alpenraum auch in Zukunft stärker als das globale Mittel erwärmen [...]*“ (Umweltbundesamt, 2019b, S. 5). Es sollte der österreichischen Politik daher ein großes Anliegen sein, Maßnahmen gegen die fortschreitende Erwärmung zu setzen. Dafür setzen Verantwortliche in der Wirtschaft und Politik bereits stark auf technische Entwicklungen und Effizienz. Diese Ansätze können jedoch nur langfristig erfolgreich werden, wenn auch (Klima-)gerechtigkeit in die Planung miteinbezogen wird. Dem deutschen Netzwerk GenderCC - Women for Climate Justice e. V. (2016) zufolge, spielt in der Perspektive der Klimagerechtigkeit neben der Nord-Süd- und Generationengerechtigkeit auch die Geschlechtergerechtigkeit eine wesentliche Rolle.

Denn nach wie vor dominiert bei Umweltproblemen, -ursachen und Problemverminderungsstrategien der vorgeblich „neutrale Blick“, welcher aber meist unbewusst auf männliche Lebensrealitäten ausgerichtet wird. Die gegebenen Problematiken der Klimakrise bedingen eine grundlegende Transformation des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alltags (Umweltbundesamt, 2019a, S. 48). Solange der „neutrale“ Blick beibehalten wird und Genderperspektiven nicht bei der Entwicklung klimarelevanter Maßnahmen miteinbezogen werden, werden sich die starren Gefüge der Machtverhältnisse nicht ändern. Der 41.

Bericht zur Menschenrechtsratssitzung der UN belegt, dass „*Frauen und Mädchen besonders stark, sogar bis zu 14-mal schwerer, von den Folgen des Klimawandels betroffen sind*“ (Vereinte Nationen, 2019). Die Klimakrise hat also ein Geschlecht (Isabel Reda, 2020).

1.2. Zielsetzung

In der vorliegenden Forschungsarbeit soll daher der aktuelle internationale Forschungsstand im Bereich des klimarelevanten Gender-Mainstreamings beleuchtet und auf der Ebene der Kleinregion 10 vor Wien angewandt werden. Die betrachtete Kleinregion lässt bereits erste Anzeichen umweltfreundlicher Bemühungen erkennen (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2020). Besonders Themen, welche einen starken raumplanerischen Bezug haben, werden dabei angesprochen. So ist die Stärkung nachhaltiger Energie und Mobilität ein erklärtes Ziel der Klima- und Energiemodellregion. Allerdings wird bei den erstellten Konzepten und Maßnahmen in keiner Weise die Gerechtigkeitsthematik angesprochen, auch ist der aktuelle politische Alltag und deren ausführende Positionen hauptsächlich männlich dominiert (Paul Unterhuber, 2019).

Die raumplanerische Arbeit in der Kleinregion passiert jedoch nicht nur auf der kleinregionalen, sondern zum Großteil auf Gemeindeebene. Die kommunalpolitischen Entscheidungsträger*innen haben einer Verantwortung und Entscheidungsmacht inne, die oftmals durch persönliche Überzeugungen und nach bestem Gewissen und Wissensstand bestritten werden. Primär geht es bei der vorliegenden Arbeit daher um die Schaffung von Bewusstsein und Verständnis für das Thema, weiters soll auch die Basis für eine kritische Hinterfragung gegenüber den eigenen Entscheidungen geschaffen werden. Aufbauend auf die gewonnenen Erkenntnisse der Forschungsarbeit soll ein Handlungsleitfaden erstellt werden, der den relevanten Akteuren, besonders Entscheidungsträger*innen auf lokaler und kleinregionaler politischer Ebene, unter die Arme greifen und eine neue Richtung weisen soll. Oft sind Personen, die sich mit der Thematik der Klimakrise noch nicht ausreichend befasst haben, orientierungslos und haben wenig Ansätze, wo sie sich informieren und weiterbilden können. Dem soll der Handlungsleitfaden Abhilfe schaffen.

1.3. These und Fragestellung

Basierend auf der These, dass Frauen* und Männer* unterschiedliche Lebensrealitäten sowie Zugänge zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimakrise haben, kann davon ausgegangen werden, dass das Umweltproblem nicht geschlechtsneutral ist (Umweltbundesamt, 2019a, S. 55). Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede und gesellschaftlichen Verhaltensweisen haben daher Einfluss darauf, wie mit der Klimakrise sowie den notwendigen politischen Schritten, Maßnahmen und Handlungsweisen umgegangen wird. Die bisher, auf österreichischer Ebene, wenig behandelten gendersensiblen Unterschiede sollen Gegenstand der vorliegenden Forschungsarbeit werden.

Auf Basis einer eingehenden Literaturrecherche sollen gendersensible und klimarelevante Verhaltensweisen hervorgehoben und daraus Rückschlüsse gezogen werden, inwieweit Frauen* und

Männer* unterschiedliche Auswirkungen auf die Umwelt haben. Diese Rückschlüsse sollen als Grundlage für die zu erstellende Forschungshypothese dienen: **Frauen* und Männer* verhalten sich in Bezug auf die Klimathematik unterschiedlich und haben daher unterschiedliche Auswirkungen auf die Klimakrise.**

Auf Basis dieser Erkenntnis sollen für die politischen Entscheidungsträger*innen der Kleinregion entsprechende Handlungsoptionen auf diesem Gebiet angeboten werden. Daher müssen zuallererst der Wissensstand und das Stimmungsbild zu den Themen Gender und Klima sowie deren Kombination herausgefunden werden. Es stellt sich zuallererst die Arbeitsfrage 1: **„Wie stehen die Entscheidungsträger*innen der Kleinregion 10 vor Wien zu Gender-Mainstreaming und der Einbeziehung von Gender-Mainstreaming in die Klimapolitik?“**

Auf Basis dieser erhobenen Informationen kann in weiterer Folge fundiert angesetzt und alle Politiker*innen von ihren jeweiligen Standpunkten abgeholt werden. Daher stellt sich in weiterer Folge die Arbeitsfrage 2: **„Wie kann den politischen Entscheidungsträger*innen bei der vorliegenden Problemstellung am besten unter die Arme gegriffen werden?“**

Wie bereits in Kapitel 1.1. Problemaufriss beschrieben, sind bereits erste Bemühungen in der Kleinregion zu einer nachhaltigeren Lebensweise erkennbar. Die Kleinregion 10 vor Wien gründete im Jahr 2017 eine Klima- und Energiemodellregion, welche umweltfreundliche und nachhaltige Maßnahmen umsetzen soll. Betrachtet man nun die These, dass Frauen* generell, einen umweltfreundlicheren Lebensstil führen und auch Themen der Nachhaltigkeit wichtiger als Männer* betrachten (Umweltbundesamt, 2019a, S. 17), stellt sich die Forschungsfrage: **„Welchen Effekt kann Gender-Mainstreaming auf die Klimapolitik der Kleinregion haben?“**

All diese Ansätze und Lösungsvorschläge zu den vorangegangenen Forschungs- und Arbeitsfragen sollen zusammengetragen und gesammelt aufbereitet werden. Die abschließende **Handlungsempfehlung** soll **Maßnahmen und Anleitungen zur gendergerechten Klimapolitik in der Kleinregion** enthalten.

1.4. Untersuchungsdesign

Mit dieser Forschungsarbeit wird insoweit Neuland betreten als, dass es zu dem Thema gendergerechte Klimapolitik auf österreichischer Ebene bisher kaum Forschungsergebnisse gibt. In den letzten Jahren mehren sich Erkenntnisse zur gendergerechten Klimapolitik vor allem im globalen Süden. Aufgrund struktureller Unterschiede lassen sich jene Erkenntnisse, die sich auf den globalen Süden beziehen, nicht auf die Lebensgegebenheiten der mitteleuropäischen Bevölkerung und Politik umlegen. In einem ersten Schritt wird, daher versucht eine Übersicht über

wissenschaftliche Erkenntnisse zu dem Thema mit Bezug auf Mitteleuropa bzw. den globalen Norden aufzustellen.

1.4.1. Wahl der Forschungsmethode

Um Erkenntnisse auch auf der regionalen Ebene erzielen zu können, dient die vorliegende Arbeit demnach der Exploration. Weiters sollen Lösungswege und Handlungsanweisungen zur gendergerechten Klimapolitik auf der regionalen und kommunalen Ebene aufgestellt werden. Sowohl die Exploration als auch die Aufstellung von fachgerechten Handlungsanweisungen für die Kommunalpolitik machen qualitative Methoden notwendig, wobei hier das „Prinzip der Offenheit“ (Gläser & Laudel, 2010, S. 30f) gegenüber dem Neuen im Mittelpunkt steht. Quantitativ-statistische Methoden hätten zwar für eine breite Bestandsaufnahme der Verhaltensweisen der Bevölkerung in der Kleinregion 10 vor Wien genutzt werden können, allerdings steht zur Beantwortung der Forschungsfrage die Einschätzung des Stimmungsbildes und die Expert*innenmeinung der Kommunalpolitiker*innen im Vordergrund. Dies macht eine Feststellung der vorherrschenden Probleme und eine Entdeckung von Lösungsmöglichkeiten notwendig.

Bei der explorativen Informationserhebung fiel die Wahl auf leitfadengestützte Interviews, die mit 10 Expert*innen durchgeführt wurden (anm. Definition Expert*innen siehe Infokasten rechts). Die Interviews sollen unter anderem dazu dienen, die vorbereiteten Informationen der internationalen Literaturrecherche auf einen kleinregionalen Kontext hinunterzuholen.

Zur systematischen Auswertung und Interpretation der erhobenen Daten wurde die Qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckatz angewendet, welche es in ihrer evaluativen Basisform ermöglicht, die bewertenden und einschätzenden Fragestellungen der vorliegenden Forschungsarbeit zu beantworten. Dafür wurde im weiteren Verlauf ein induktives Categoriesystem auf die transkribierten Inhalte der leitfadengestützten Interviews verwendet. Der Analyseprozess der erhobenen Inhalte nach Kuckatz erfolgte in sechs Phasen: nach erfolgreichem Abschluss der Interviews wurde mit einer initiierenden Textarbeit und einem anschließenden Entwickeln von thematischen

Definition des Expert*innenbegriffs in der Forschungsarbeit

Jene Personen, die in der Kleinregion 10 vor Wien eine Entscheidungsposition innehaben, wie z. B. Bürgermeister*innen, Gemeinderät*innen, aber auch Leiter*innen der Energie- und Modellregion sowie des Vereins der Kleinregion 10 vor Wien und Raumplanungsbüros werden als Spezialist*innen in dem Gebiet angesehen. Als wichtig erachtet werden zudem Personen aus anderen Kleinregionen, die bereits Erfahrung in dem Feld der gendergerechten Klimapolitik sammeln konnten. All diese Personen sind somit als Expert*innen zu sehen, die Träger*innen von Wissen sind, welches es zu erheben gilt. (Gläser & Laudel, 2010, S. 11)

Hauptkategorien vorgegangen. Auf Basis deren erfolgte ein erster Kodierprozess mit Hauptkategorien. Anschließend wurden alle Textstellen, welche mit der gleichen Kategorie kodiert wurden, zusammengestellt und weitere Subkategorien induktiv bestimmt. Ein zweiter Kodierprozess mit allen Subkategorien stellte den Abschluss der Qualitativen Inhaltsanalyse dar. Die verwendeten Kategorien und Subkategorien sowie die ausgewerteten Ergebnisse finden sich im Kapitel 4 wieder.

Bei der Forschungstätigkeit wurde stets auf die erforderlichen Kriterien der Informationsqualität geachtet. Kuckartz unterscheidet dabei zwischen der internen und externen Studiengüte. Die interne Studiengüte orientiert sich primär an den Kriterien der „Zuverlässigkeit“, „Glaubwürdigkeit“ und „Verlässlichkeit“. Wohingegen die externe Studiengüte sich auf die externen Studiengüte auf die Kriterien der „Übertragbarkeit“ und „Verallgemeinerbarkeit“ fokussiert. Die Einhaltung dieser Gütekriterien wurde anhand einer vordefinierten Fragenliste nach Kuckartz und Rädiker ((Kuckartz, 2016) kontrolliert und abgearbeitet.

Auf Basis der gewonnenen Informationen aus den Kapiteln 2, 3 und 4 wurde anschließend eine Handlungsempfehlung für die Kleinregion 10 vor Wien entworfen. Dabei werden Ziele und Maßnahmen vorgestellt, welche zu einer effektiveren Umsetzung einer gendergerechten Klimapolitik in der Kleinregion führen.

1.4.2. Erwartete Ergebnisse

Ziel der Forschungsarbeit ist es, wie bereits in Kapitel 1.1.2 bereits erwähnt, einen Handlungsleitfaden zu erstellen, der den politischen Entscheidungsträger*innen in der Kleinregion, Impulse zur gendergerechten Klimapolitik geben kann. Aufgrund rechtlicher Gegebenheiten haben Leitfäden in der Raumplanung meist einen unverbindlichen Charakter. Dennoch soll der Leitfaden im besten Fall Auswirkungen auf die Denkweise der Empfänger*innen haben und so nachhaltig Planungs- und Entscheidungsprozesse aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse beeinflussen. Zu erwartende Ergebnisse der Forschungsarbeit sind dabei einerseits neue Erkenntnisse in diesem bisher wenig erforschten Gebiet. Es sollen Antworten auf die Forschungsfrage und Arbeitsfragen gefunden werden (Kapitel 1.1.3) und damit ein möglicher Effekt der gendergerechten Klimapolitik auf die Kleinregion beantwortet werden. Insbesondere soll jedoch der im Handlungsleitfaden enthaltene Maßnahmenkatalog das Hauptergebnis der Forschungsarbeit darstellen.

1.5. Stand der Forschung

Bereits in den 1970er Jahren entstanden durch internationale Frauen*-, Friedens- und Umweltbewegungen auch ökofeministische Bewegungen. In der damaligen „Dritten Welt“, dem heutigen globalen Süden entstanden Bewegungen, die überwiegend von Frauen* initiiert und getragen wurden. Rachel Carson galt als Vorreiterin des Ökofeminismus und veröffentlichte bereits 1962 in ihrem Buch The Silent Spring ausschlaggebende Positionen zu dem Thema (Carson, 1962).

Weiters entwickelten sich beispielsweise die Chipko-Bewegung in Indien oder die Grüngürtel-Bewegung in Kenia welche von Wangari Maathai ausging, an die westliche Autor*innen anknüpften (C3 - Centrum für Internationale Entwicklung, 2019). In den 1980er-Jahren fanden sich schließlich immer mehr Anhänger*innen zu der ökofeministischen Bewegung zusammen. Daraufhin wurden unter anderem in den USA und Deutschland Konferenzen abgehalten (Christina Bauer, 2022). Maria Mies entwickelte auf der Konferenz „Frauen & Ökologie. Gegen den Machbarkeitswahn“ in Köln 1986 schließlich ihren utopischen Entwurf „Konturen einer ökofeministischen Gesellschaft“ (Arbeitskreis Frauenpolitik, 1987). Der Ökofeminismus argumentierte damals, dass es zwischen der Unterdrückung der Frau im Patriarchat und der Ausbeutung der Natur mit der Folge der Umweltzerstörung Zusammenhänge gebe. In weiterer Folge wurden insbesondere die Verbundenheit von Frau und Natur hervorgehoben, die sich auf der weiblich biologischen Fähigkeit des Gebärens beziehen (Arbeitskreis Frauenpolitik, 1987). In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren entwickelte sich eine Vielzahl an verschiedenen ökofeministischen Ansätzen, die sich mit den Jahren ausdifferenzierten. Dies führte dazu, dass der ökofeministische Begriff heute kaum noch gebräuchlich ist.

Seit einigen Jahren gewinnt allerdings die Genderperspektive in der internationalen Klimapolitik wieder zunehmend an Bedeutung. Dies gilt in erster Linie für die Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen, die die Wahrnehmung und Relevanz von Genderaspekten für Klimagerechtigkeit seit den frühen 2000ern vorangetrieben haben. Das Thema Gender wurde in Zusammenhang mit Klima als regelmäßiger Tagesordnungspunkt auf die Agenda der UN-Klimakonferenzen (COPs) der United Nations Framework Conventions on Climate Change (UNFCCC) gesetzt (United Nations Framework Convention on Climate Change, 2012). Seitdem befassen sich mehrere Entscheidungen der COPs mit der Einbindung von Frauen* und deren Ausbau von Entscheidungsmacht, gendergerechter Klimapolitik, der Anwendung entsprechender Maßnahmen und Instrumente, Wissensaustausch, Kommunikation, Monitoring und Berichterstattung (United Nations Framework Convention on Climate Change, 2014, 2017). Mit diesen, für alle Mitgliedsstaaten, geltenden genderrelevanten Vorgaben können Industrieländer wie Österreich Geschlechtergerechtigkeit nicht mehr ausschließlich dem Globalen Süden zuschreiben (Röhr & Alber, 2018).

Allerdings kann dazu festgehalten werden, dass in vielen Klimaschutzplänen, welche die nationalen Regierungen unter dem Pariser Abkommen alle fünf Jahre vorlegen müssen, die Gleichberechtigung von Frauen* nach wie vor nicht berücksichtigen (Anne Bonnewit, 2015). Der österreichische Nationale Energie- und Klimaplan NEKP wurde am 18. Dezember 2019 von der österreichischen Bundesregierung veröffentlicht (Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, 2019). Darin wird in einem Absatz auf die Berücksichtigung der SDGs und des Gender-Mainstreamings zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen* und Männern* eingegangen. Insbesondere die Geschlechtergleichstellung und die gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen* werden dabei in der Bundes-, Landes- und Gemeindepolitik thematisiert. Dies kann als positive Entwicklung gedeutet werden, allerdings muss weiters darauf hingewiesen werden, dass auf die

Geschlechterperspektive im weiteren Verlauf des Dokuments kein einziges Mal eingegangen wird. (Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, 2019)

Heute machen neben den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, vereinzelt Bundesregierungen und Bundesländern und Städten, insbesondere Protestbewegungen wie die Fridays for Future-Bewegung auf das Thema aufmerksam. Im Unterschied zum Ökofeminismus des 20. Jahrhunderts wird dabei jedoch nicht für ökofeministische Themen an sich eingestanden, sondern es sind hauptsächlich weibliche Anführerinnen der Bewegung wie Greta Thunberg (Schweden), Luisa Neubauer (Deutschland), Anna Taylor (Großbritannien) oder Sophia Kianni (USA). Außerdem werden die Demonstrierenden bei dieser Bewegung zu zwei Drittel von Frauen* dominiert (etwa 70 Prozent bei einem weltweiten Protesttag am 24. Mai 2019). (Technische Universität Chemnitz, 2019)

In der theoretischen Erläuterung dieser Forschungsarbeit, speziell im Kapitel 2.2. wird auf die neuesten Erkenntnisse zu Genderaspekten in der Klimakrise im globalen Norden eingegangen. Diese beziehen sich zu einem großen Teil auf die unterschiedlichen Lebensrealitäten, beeinflusst durch Bildungsstand, Einkommen und Erwerbstätigkeit von Frauen* und Männern*. Diese haben direkten Einfluss auf die gesellschaftliche Teilhabe und das politische Mitspracherecht der Bevölkerungsgruppen (Röhr & Alber, 2018). Daraus kann geschlossen werden, dass, durch das soziale und somit „gelebte Geschlecht“ enorme Einflüsse auf die Verursachung und die Betroffenheit durch die Klimakrise entstehen. In weiterer Folge konnte nachgewiesen werden, dass jene Regierungen, die einen höheren Anteil an Frauen* haben, eine effizientere Klimapolitik umsetzen und eine geringere Kohlenstoffverschmutzung haben (IPCC, 2022). Weiters tragen Frauen* im Allgemeinen stärker zur klimarelevanten strukturellen Veränderungen bei als Männer* (Niranjan, 2022).

1.6. Aufbau der Arbeit

Die Forschungsarbeit baut auf einen grundlegenden theoretischen Abschnitt und der darauffolgenden empirischen Forschung auf. Im **ersten Kapitel - der Einleitung** wird eine Forschungsfrage und zwei Arbeitsfragen erstellt. Darauf aufbauend werden die Zielsetzung, das Untersuchungsdesign und die erwarteten Ergebnisse der Arbeit definiert, um ein klares Forschungsziel vor Augen zu haben. Ein kurzer Überblick über den aktuellen Stand der Forschung in diesem Arbeitsfeld zeigt auf, dass hier noch Pionierarbeit geleistet werden muss.

Im **zweiten Kapitel – dem Theorieteil** werden die zugrundeliegenden thematischen Begriffe der Forschungsarbeit, gendergerechte Klimapolitik (Schlagworte **Gender** und **Klima**), definiert und deren persönliches Verständnis erläutert. Zuallererst erfolgt eine theoretische Annäherung an die Klimakrise und welche Auswirkungen diese auf Österreich bis zum Ende des Jahrhunderts haben wird. In weiterer Folge wird auf die Genderperspektive in der Klimakrise eingegangen und erörtert, welche Auswirkungen die Veränderung des Klimas auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen hat.

Dabei werden insbesondere geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Auswirkungen des Klimawandels (Kapitel 2.2.1.) und Geschlechterunterschiede bei Anpassungs- und Minderungsstrategien (Kapitel 2.2.2.) angesprochen. In einem dritten Abschnitt wird schließlich die Genderperspektive in der internationalen und nationalen Klimapolitik erörtert. Daraufhin werden Best Practice Beispiele von europäischen Städten aufgelistet, die gendergerechte Klimapolitik bereits erfolgreich umsetzen.

Anschließend soll im **dritten Kapitel – der Verortung**, das vorbereitete theoretische Wissen auf die Kleinregion 10 vor Wien heruntergebrochen und angewandt werden. Dafür wird in einem grundlegenden **Faktencheck** eine raumplanerische Annäherung an die Forschungsregion stattfinden. Ein Faktencheck soll den Leser*innen eine schnelle Übersicht über Geografie, Demografie, Entwicklung, technische und soziale Infrastruktur geben. In weiterer Folge werden die drei Hauptakteure Kommunalpolitik, Regionalentwicklungsverein "10 vor Wien - Donau Raum Weinviertel" und Bevölkerung für die Forschungsarbeit benannt und analysiert.

In weiterer Folge werden im **vierten Kapitel - der Empirie** schließlich die Ergebnisse der qualitativen Interviews aufbereitet und ausgewertet. Die erhobenen Inhalte basieren auf einem Methodenmix mit Fokus auf qualitative Interviews. Als Zielpersonen werden Menschen in raumplanerisch relevanten Tätigkeiten gesehen, die einen Wissensgewinn und Antworten für die offenen Fragen der Forschungsarbeit bieten können. Dabei wurden überwiegend Personen aus dem Kreis der Kommunalpolitiker*innen und dem Regionalentwicklungsverein "10 vor Wien - Donau Raum Weinviertel" interviewt.

Das **fünfte Kapitel – die Handlungsempfehlung** stellt den Hauptkern der Arbeit dar. Hier werden alle Erkenntnisse der Forschungsarbeit gebündelt, grundlegende Informationen einfach verständlich aufbereitet und gemeinsam mit Maßnahmenvorschlägen in einen kompakten Leitfaden gepackt. Die Frage „**Wie kann den politischen Entscheidungsträger*innen bei der gendergerechten Klimapolitik am besten unter die Arme gegriffen werden?**“ soll im fertigen Produkt mit dem Namen:

Handlungsempfehlungen

Klimapolitik in der Kleinregion 10 vor Wien

>> Schwerpunkt Gendergerechtigkeit <<

beantwortet werden. Dieses kann Politiker*innen, Expert*innen und relevanten Personen im kleinregionalen Kontext helfen Entscheidungen zu treffen.

Schlussendlich wird im **sechsten Kapitel - dem Fazit**, ein Resümee der Forschungsergebnisse und Schlussfolgerungen gezogen. Dabei wird versucht, die zugrundeliegende Frage der Forschungsarbeit

„**Welchen Effekt kann Gender-Mainstreaming auf die Klimapolitik der Kleinregion haben?**“ zu beantworten. Nach einem abschließenden Ausblick in die Zukunft und Aufriss des weiter folgenden Forschungsbedarfs erfolgt eine persönliche Reflexion der Arbeit.

Am Ende der Forschungsarbeit werden sämtliche **Verzeichnisse** (Tabellenverzeichnis / Abbildungsverzeichnis / Literaturverzeichnis) sowie weitere hilfreiche Links und Informationen angehängt. Außerdem befindet sich der **Interviewfragebogen** im Anhang. Das transkribierte Interviewmaterial verbleibt aus Gründen der Integrität und Datenschutzgründen bei der Autorin der Forschungsarbeit.



2. THEORIE

Genderaspekte spielen in der Klimakrise eine bedeutende Rolle. Sowohl bei dem biologischen als auch dem sozialen Geschlecht zeigen sich verschiedene Verhaltensmuster, Einstellungen und Bedürfnisse in den verschiedensten Bereichen wie Wohnen, Mobilität, Energieversorgung, Krisenmanagement, Konsumentenentscheidungen oder Gesundheit. Dadurch weisen Frauen* und Männer* statistisch gesehen Unterschiede in den Beiträgen zur Verursachung sowie Betroffenheit durch die Klimakrise auf. (Bauer & Kail, 2023)

Die drei Aspekte **Klima**, **Gender** und **Politik** bilden ein Dreieck, auf das diese Forschungsarbeit fußt. Um in weiterer Folge entsprechende Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik der Kleinregion 10 vor Wien aussprechen zu können, ist eine grundlegende theoretische Annäherung an alle drei Aspekte und die Verknüpfung derer aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse notwendig. Dieses Kapitel soll daher Antworten zu vorhandenen oder noch zu bildenden Zusammenhängen der Genderperspektive in der Klimakrise definieren und in weiterer Folge herausfinden, wie die Politik in diesem Feld agieren kann.

2.1. Wir stecken mittendrin in der Klimakrise

Lokalausgang Sommer 2022 in Europa: Große Flüsse und Seen verwandeln sich zu Rinnsalen und Lacken. Die Böden sind hart und ausgetrocknet, sodass der wenige Regen, der fällt, nicht mehr versickern kann. Besonders besorgniserregend in Sachen Trockenheit, waren die Wasserpegel des Neusiedlersees und des Zicksees, der gar zur Gänze ausgetrocknet war. Aus dem einstigen Freizeit- und Badesees mussten die noch verbleibenden Fische vor dem Aussterben bewahrt und umgesiedelt werden. Der Wasserpegel der Donau war einen Meter tiefer als üblich (Austria Presse Agentur, 2023). Auch der Ausblick der österreichischen Hagelversicherung auf zu erwartende Kosten, die durch Dürreschäden entstehen, gibt zu denken. Rechnet die Versicherung doch mit mehr als 100 Millionen Euro, die den Betroffenen ausgezahlt werden müssen (Schober, 2022).

Ist es im Osten der ausbleibende Regen, der die Einheimischen beschäftigt, so sind es im Westen Österreichs die überschießenden Wassermassen, denen die Menschen nicht gerecht werden können. Allein im Juli 2022 kam es zu mehreren verheerenden Extremwetterereignissen in den westlichen Bundesländern. Besonders Kärnten war von Starkregen, Hagel und Hangrutschungen betroffen. Weiters traten Murenabgänge und Überschwemmungen in Tirol und Salzburg auf. (Austria Presse Agentur, 2023)

Wir stecken also mitten drinnen in der Klimakrise – aber auf welche Folgen der müssen wir uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gefasst machen?

Bereits heute liegt der Temperaturanstieg in Österreich bei $+2\text{ C}^\circ$, wohingegen sich das globale Mittel noch bei $+1,2\text{ C}^\circ$ bewegt. Dem Klimaschutzbericht (2021) des Umweltbundesamtes zufolge wird sich, aufbauend auf Berechnungsergebnissen von Klimamodellen, der gesamte Alpenraum auch in Zukunft stärker als das globale Mittel erwärmen. Dieser anhaltende Anstieg der Temperaturen bedingt eine Zunahme an Hitzeperioden und Dürren, welche durch eine erhöhte Waldbrandgefahr zur Gefahr für Mensch, Tier und Vegetation werden können. Außerdem betreffen Österreich hauptsächlich die Folgen von Extremwetterereignissen wie Unwettern und Hochwassern, die oft Rutschungen, Muren und Steinschlag zur Folge haben. Die Gletscherschmelze schreitet rasant voran, bis Ende des Jahrhunderts werden die österreichischen Gletscher verschwunden sein. Neben den menschlichen und natürlichen Einschnitten in unserem Lebensumfeld dürfen auch die wirtschaftlichen Folgen der Klimakrise nicht vernachlässigt werden. (Umweltbundesamt, 2021)



Abbildung 3: Ausgetrockneter Rhein (stern, 2022)

Abbildung 1: Trockener Neusiedler See (Böhm-Ritter, 2020)

Abbildung 2: Ausgetrockneter Zicksee (Kurier, 2022)

2.1.1. Wie funktioniert die Klimakrise eigentlich?

Dieser doch ziemlich düstere Lokalaugenschein macht ein schnelles und entschiedenes Handeln deutlich, um die Folgen der Klimakrise in Zukunft nicht noch weiter ausarten zu lassen. Aber um entsprechend handeln zu können, müssen wir zuallererst wissen, womit wir es zu tun haben und welche Werkzeuge zur Vermeidung und Anpassung an die Auswirkungen des sich verändernden Klimas notwendig sind:

Durch das Verbrennen fossiler Energieträger steigt die globale Mitteltemperatur der Luft in Bodennähe seit der Industrialisierung allmählich an. Das Verbrennen von Kohle und Erdöl in Kombination mit einer großflächigen Entwaldung der Erdoberfläche führt dazu, dass Kohlendioxid (CO₂) nicht abgebaut werden kann und somit in der Atmosphäre angereichert wird. Hinzu kommt eine immer intensivere Viehhaltung, welche große Mengen an Gasen wie Methan (CH₄) und Distickstoffmonoxid (Lachgas, N₂O) verursacht. Kohlendioxid, Methan und Lachgas gehören zu den treibhauswirksamen Gasen, welche in der Atmosphäre zu einer Erwärmung der unteren Luftschichten führen. Diese Lebensweise, die sich bereits seit dem 18. Jahrhundert etabliert hat, ist somit für überregionale Veränderungen des Klimas und dadurch auch für einen bedeutenden Teil des Temperaturanstieges verantwortlich. (Umweltbundesamt Deutschland [UBA], 2016)

Definition des Klimabegriffs in der Forschungsarbeit

Anlehnung an die Definition des Deutschen Umweltbundesamtes:
„Klima wird beschrieben durch den mittleren Zustand, charakteristische Extremwerte und Häufigkeitsverteilungen meteorologischer Größen wie zum Beispiel Luftdruck, Wind, Temperatur, Bewölkung und Niederschlag, bezogen auf einen längeren Zeitraum und ein größeres Gebiet.“ (Umweltbundesamt Deutschland [UBA], 2021)

Bis zum Beginn der Industrialisierung (1765 in England, 1815 in Deutschland, 1850 in den USA) waren die Auswirkungen menschlicher Eingriffe lokal und regional begrenzt (UBA 2021). Vielmehr war das lokale und globale Klima seit Anbeginn der Erdgeschichte durch natürliche Schwankungen der Temperaturen gekennzeichnet. Die auf der Erde ankommende Sonneneinstrahlung trug bisher einen bedeutenden Teil dazu bei. Die Sonneneinstrahlung unterliegt langfristigen Schwankungen, die sich durch die Umlaufbahn der Erde verändert, welche sich in Perioden von einigen 10.000 bis zu mehreren 100.000 Jahren vollziehen. Dadurch kam es, nach heutigem Kenntnisstand, bisher zu mindestens sechs Eiszeitalter (z. B. vor 600 und vor 300 Millionen Jahren). Das neueste Eiszeitalter, in dem wir uns derzeit befinden, ist das Quartär. Dieses begann vor 2,7 Millionen Jahren und beinhaltet abwechselnd Kalt- und Warmzeiten (Umweltbundesamt Deutschland [UBA], 2021). Derzeit befinden wir uns in einer Warmzeit. Forschende gehen davon aus, dass wenn der Kohlendioxidgehalt (CO₂) in der Atmosphäre noch weiter ansteigt, die nächste Kaltzeit ausfallen und somit das gegenwärtige

Eiszeitalter abschließen wird. Dadurch würde eine neue, menschengemachte Klimaepoche eingeleitet werden, das Anthropozän.

Im 5. Sachstandsbericht des zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (**IPCC** Weltklimarat) konnte festgestellt werden, dass der seit der Industriellen Revolution verursachte Klimaeffekt nur zu höchstens einem Zehntel durch Änderungen der Sonneneinstrahlungen beeinflusst wird (Pachauri & Mayer, 2015). Hinzu kommt, dass der derzeitige Temperaturanstieg deutlich schneller geschieht als alle bisherigen Klimaveränderungen in der Vergangenheit. Allein im vergangenen Jahrhundert stieg die Temperatur bereits um 0,7 °C an. Berechnungen zufolge soll sich die Erde bis 2100 um mehr als 2,8 °C erwärmen (Steininger et al., 2022). Bei einer derartigen Erderwärmung kann es zur Aktivierung mehrerer Kippelemente im Erdklimasystem kommen, die eine Reihe irreversibler Rückkoppelungen in Gang setzen und verstärken würden (IPCC, 2014) (siehe Infokasten). Eine derartige Entwicklung würde unser Bild der Erde nachhaltig verändern und zur Veränderung von Klima- und Vegetationszonen führen (siehe Abbildung 5). Vor allem das Abschmelzen des grönländischen und westantarktischen Eisschildes mit dem resultierenden Anstieg des Meeresspiegels würde nachhaltige Folgen für unser Leben haben.

Begriffserklärung IPCC

„Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) - oft als "Weltklimarat" bezeichnet - ist eine Institution der Vereinten Nationen. In seinem Auftrag tragen Fachleute weltweit regelmäßig den aktuellen Kenntnisstand zum Klimawandel zusammen und bewerten ihn aus wissenschaftlicher Sicht. Der IPCC bietet Grundlagen für wissenschaftsbasierte politische Entscheidungen, indem er unterschiedliche Handlungsoptionen und deren Implikationen aufzeigt. Der IPCC präsentiert regelmäßig in Berichten und Stellungnahmen seine Einschätzungen zu den Folgen des Klimawandels auf Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft sowie Strategien zur Reaktion darauf. Seine Arbeiten dienen auch als Grundlage für die internationalen Klimaverhandlungen.“

(Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2023)

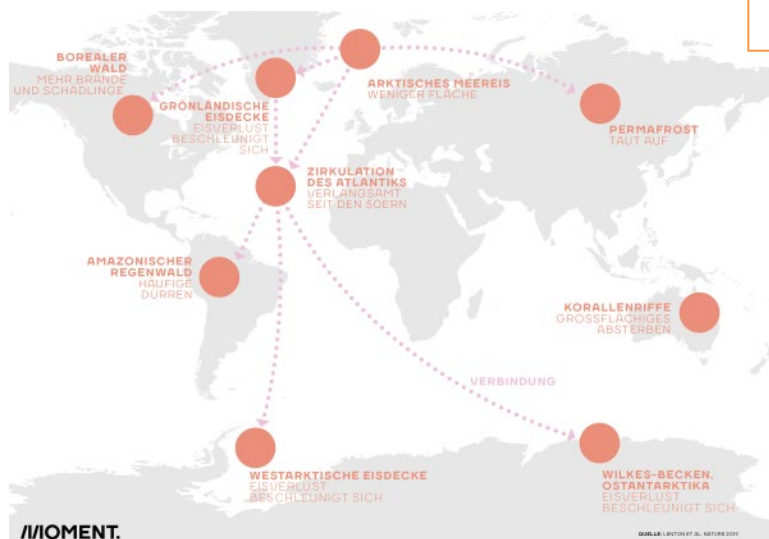


Abbildung 4: Neun größte Klima-Kippunkte (Blaha, 2019)

Definition Klimakipppunkte

Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) definiert den Klimabegriff wie folgt:
„Einige Teilsysteme des Klimasystems haben dagegen bestimmte Kipppunkte bzw. kritische Schwellenwerte, bei deren Überschreiten es zu starken und teils unaufhaltsamen und unumkehrbaren Veränderungen kommt. Eine einfache Metapher: schiebt man eine Kaffeetasse über den Schreibtischrand passiert erst nichts, bis sie einen kritischen Punkt erreicht, an dem sie kippt und abstürzt. Diese Teilsysteme (zum Beispiel die Atlantikzirkulation) werden „Kippelemente“ genannt („tipping elements“). Abb. 5 zeigt eine (unvollständige) Übersicht über wichtige Kippelemente des Klimasystems.“

(Rahmstorf et al., 2019)

2.1.2. Klimaveränderungen in Österreich bis 2100

Bei einem weltweit ungebremsten Ausstoß von Treibhausgasen wird sich die Temperatur in Österreich bis 2100 um mindestens 5 Grad erwärmen (siehe Abbildung 6). Die österreichische Bundesanstalt für Geologie, Geophysik, Klimatologie und Meteorologie Geosphere Austria (2021) weist jedoch darauf hin, dass bei einer Einhaltung des Pariser Klimaziels die Erwärmung sich in den nächsten Jahrzehnten knapp über dem aktuellen Niveau einpendeln könnte. Wie in Abbildung 3 ersichtlich, liegt der Temperaturanstieg in Österreich bereits jetzt deutlich über dem globalen Mittel. Die Temperatur in Österreich betrug 2020 bereits bei etwa 2,7 °C gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter, das globale Mittel lag hingegen noch bei 1,2 °C. GeoSphere Austria (2021) geht davon aus, dass sich mit gezielten Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise die durchschnittliche Jahrestemperatur in Österreich auf 2 °C einpendeln, also sogar wieder sinken könnte. Wenn jedoch weiterhin auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe gesetzt und keine Klimaschutzmaßnahmen in getätigt werden, soll die Jahresmitteltemperatur weiterhin steil ansteigen und sich bis 2100 gar verdoppeln.

Auch sind die ökonomischen Auswirkungen der Klimakrise nicht zu vernachlässigen. Bereits im Jahr 2020 entstanden Österreich Wertschöpfungsverluste durch fossile Importe von ca. 8 Milliarden Euro. Hinzu kamen umweltschädliche Förderungen von ca. 4 Milliarden Euro und Ausgaben für Klimawandelanpassungen von öffentlichen Einrichtungen für ca. 1 Milliarde Euro jährlich. Wetter- und klimabedingte Schäden verursachten Kosten von zumindest 2 Milliarden Euro im Jahresdurchschnitt. Bei letzteren wird ein Anstieg bis 2030 auf ca. 3 bis 6 Milliarden Euro und bis 2050 bis zumindest 6 bis 12 Milliarden Euro erwartet. (Steininger 2020)

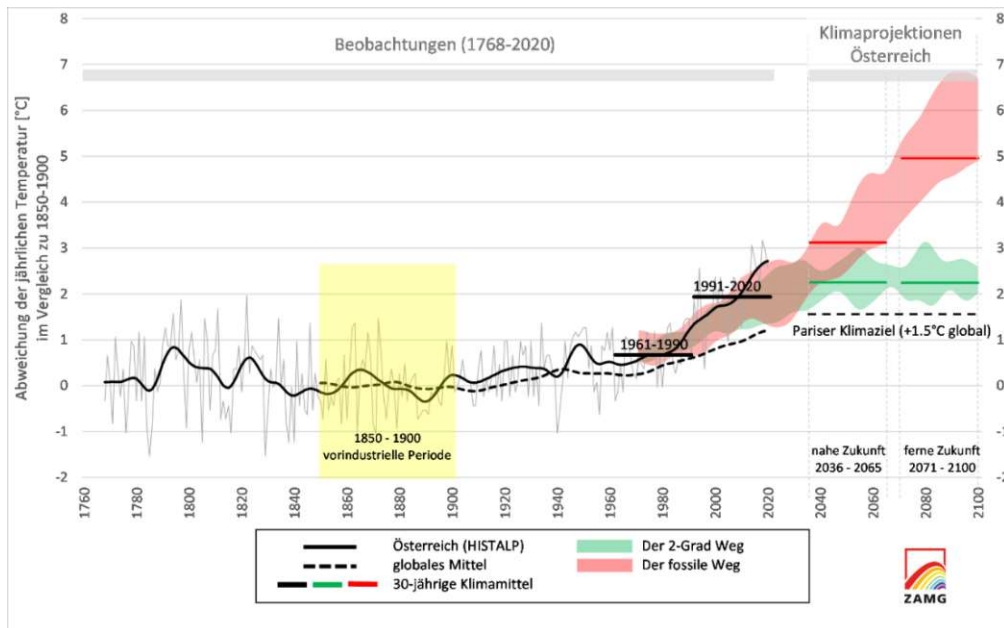


Abbildung 5: Klimaprojektion Österreich – Darstellung des Temperaturanstieges bis 2100 (GeoSphere Austria, 2021)

2.1.2.1. Hitze

Die Hitzebelastung nimmt in Österreich im Laufe der Zeit zunehmend zu. Diese wird primär an den Hitzetagen gemessen, die Temperaturen über 30 °C verzeichnen. Zwischen den 1960ern und 1980ern gab es in den meisten österreichischen Landeshauptstädten zwischen 5 und 11 Hitzetage pro Jahr, in dem Zeitraum zwischen den 1990ern und 2010ern lag der Schnitt bereits bei 16 bis 22 Hitzetagen im Jahr. Rekordwerte verzeichneten in den letzten Jahren bis zu über 40 Hitzetage. Dieser extreme Wert von 40 Hitzetagen könnte bis zum Ende des Jahrhunderts zur Normalität werden. Bleibt der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen aufrecht, werden die künftigen Rekorde gar 60 bis 80 Tage mit über 30 °C pro Jahr betragen. (GeoSphere Austria, 2021)

Die zunehmende Hitzebelastung stellt auch ein Gesundheitsrisiko für die österreichische Bevölkerung dar. Zahlreiche Studien können mittlerweile belegen, dass in Europa deutlich mehr Menschen durch Hitzewellen als durch Stürme, Hochwasser oder andere Wetterextremereignisse sterben. Hohe Temperaturen, besonders in Kombination mit hoher Luftfeuchte können erhebliche Gesundheitsrisiken verursachen. Die AGES führt gemeinsam mit der ZAMG (heute Geosphere Austria) seit 2016 ein Hitze-Mortalitätsmonitoring durch (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH, 2023). Dieses veröffentlicht jedes Jahr Schätzwerte, die einen Überblick über eine durch Hitze verursachte Übersterblichkeit schafft. Lediglich in zwei Jahren (2016 und 2019) lag der Schätzwert bei 0, in diesen Sommern kann es daher zu keiner Übersterblichkeit durch Hitze. In den Sommern 2019, 2021 und 2022 lagen die Zahlen jedoch bei 198, 227 bzw. 231 Hitzetoten. In den Jahren 2017 und 2018 betragen sie gar 375 bzw. 550 Hitzetote. Der demografische Wandel, gekoppelt mit einer immer höheren Lebenserwartung, wird in den kommenden Jahrzehnten eine Zunahme der älteren Bevölkerung bedingen. Diese wachsende Gruppe kann daher im Zusammenhang mit der

zunehmenden Hitze eine erhebliche Zunahme an Hitzetoten pro Jahr bedingen. (GeoSphere Austria, 2021)

Besonders anfällig für die Hitzebelastungen sind „[...] ältere Menschen, Kinder, Patient*innen mit Herz-Kreislauf- und psychischen Erkrankungen sowie Personen mit eingeschränkter Mobilität.“ (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH, 2023) Allerdings trifft es auch Personen in besonderem Maße, die tendenziell finanziell schlechter gestellt sind und daher häufiger in Gebäuden mit alter Bausubstanz leben müssen, die schlecht isoliert sind (Aziz & Throm, 2020). 2019 konnte in einer in Barcelona durchgeführten Studie schließlich nachgewiesen werden, dass aufgrund dieser sozioökonomischen Gegebenheiten die hitzebedingte Mortalität bei Frauen* in allen Altersklassen höher war als bei Männern* (Marí-Dell'Olmo et al., 2019). Doch nicht nur die ungleiche Ressourcenverteilung, auch physiologische Bedingungen des weiblichen Körpers führen zu einem erhöhten Risiko an Hitzeschocks. Zudem zeigen eine Vielzahl an Studien, dass erhöhte Temperaturen während der Schwangerschaft besonders schädlich sind und das Risiko für schwangerschaftsbedingte Komplikationen wie Früh- und Totgeburten erhöhen können. (Sbiroli et al., 2022)

2.1.2.2. Niederschlag

Besonders im Sommer ist es in Österreich in den letzten Jahrzehnten zu einer Veränderung der Niederschläge gekommen. So kam es paradoxerweise zu einer Zunahme an Tagen, an denen es gar nicht regnet, aber gleichzeitig auch zu einem Anstieg um 10 bis 30 Prozent von Tagen, an denen es sehr viel regnet. Dies führte dazu, dass im Sommer sowohl die trockenen Phasen als auch die starken Regenereignisse zunahmten und sich intensivierten. Untersuchungen der ZAMG ergeben zudem, dass sich das Potenzial von Unwetterlagen seit den 2000er-Jahren um ca. 20 Prozent gesteigert hat (GeoSphere Austria, 2021). So steigt die Intensität von kurzzeitigen Extremniederschlägen pro 1 °C Anstieg der Tagesmitteltemperatur um 9 – 14 Prozent. Dies wird in Zukunft zu einem Anstieg von Überflutungen, Vermurungen und Hangrutschungen führen, wofür entsprechende Schutzmaßnahmen installiert werden müssen. (Umweltbundesamt, 2018)

2.1.2.3. Dürre

Die Summe des Niederschlages bleibt in Österreich in Zukunft also gleich. Allerdings wirkt sich die stetige Erwärmung, trotzdem stark auf die Wasserbilanz aus. Diese führt einerseits zu einer höheren Verdunstung aus den Böden und der Luft, andererseits verlängert sich dadurch die Vegetationsperiode, was zu einem längeren Zeitraum des Wasserbedarfs von Pflanzen führt. Nicht zu vernachlässigen ist auch die bereits erwähnten Schwankungen der Niederschlagsmengen (siehe Kapitel 2.1.2.2) (Umweltbundesamt, 2018). So können wir davon ausgehen, dass die Sommer in Österreich immer trockener werden. 2018 verursachte die Dürre in der österreichischen Landwirtschaft Schäden von über 230 Millionen Euro. In den trockensten Arealen lagen die

Ertragsverluste bei mindestens 40 Prozent des Normalertrags (Grünland und Feldfutterbau). Auch bei den Ackerkulturen, beispielsweise Weizen, lag die Ernte etwa 12 Prozent unter dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre davor. (Stangl, 2019)

Auch in der Forstwirtschaft sind die Auswirkungen der Dürreperioden zunehmend zu spüren. So fördern diese nicht nur die Vermehrung von Schädlingen wie etwa den Borkenkäfer (Stangl, 2019) auch die Waldbrandgefahr steigt in den letzten Jahren zunehmend an. Gab es in den 2000er Jahren noch durchschnittlich 130 Brände im Jahr, stieg diese Zahl bis 2021 auf durchschnittlich 220 Brände an. (Umweltbundesamt, 2021)

2.1.2.4. Schneefall

In Österreichs tieferen Lagen wird sich die Erwärmung der Temperaturen in den nächsten Jahrzehnten stark auf die Schneelage auswirken. So hat die Zahl der Tage mit einer Schneedecke in den Landeshauptstädten Wien, Innsbruck und Graz in den letzten 90 Jahren um ca. 30 Prozent abgenommen. Geosphere Austria (2021) weist weiters darauf hin, dass sich die Schneedeckendauer in Österreich in Lagen unter 400 Meter Seehöhe bis zum Jahr 2100 um 90 Prozent verringern wird. Auch bei Lagen bis zu 1500 Meter Seehöhe wird sich die Schneedeckendauer um etwas mehr als 50 Prozent reduzieren. Bei einer konsequenten Einhaltung des Pariser Klimaabkommens werden sich die Schneelagen allerdings nur halb so stark verringern. Als Lichtblick können hier auch die Lagen zwischen 1500 und 2000 Meter Seehöhe gesehen werden, wo es auch in den kommenden Jahrzehnten kalt genug für Schneefall bleiben wird. (GeoSphere Austria, 2021)

2.1.2.5. Gletscherschmelze

Ein Forschungsprojekt der ETH Zürich aus dem Jahr 2018 zeigt mithilfe einer Simulation, wie stark die Gletscher der europäischen Alpen in den kommenden Jahren schmelzen werden (Ulmer, 2018). Unabhängig jeglicher Klimaschutzmaßnahmen wird sich das Volumen der Eismassen bis 2050 halbieren und 2100 praktisch verschwunden sein. Auch in Österreich schreitet die Gletscherschmelze somit rasant voran und zeigt sich in einem Verlust von durchschnittlich einem Meter Eisdicke pro Jahr. Österreichs größter Gletscher, die Pasterze, verliert im unteren Bereich hingegen durchschnittlich fünf Meter pro Jahr und könnte somit in rund 40 Jahren zur Gänze verschwunden sein. (GeoSphere Austria, 2021)

2.1.3. Conclusio Klima

Österreich wird zukünftig deutlich stärker von der Klimakrise betroffen sein wird als der globale Durchschnitt. Dies wird sich in dem Alpenland überwiegend auf die Hitzebelastung sowie stärkere und längere Dürreperioden auswirken. Der Niederschlag wird sich auf extremere Starkwetterereignisse fokussieren, welche durch die harten und ausgetrockneten Böden zunehmend Überschwemmungen, Hangrutschungen und Ausschwemmungen der

landwirtschaftlichen Böden verursachen werden. Klimaforscher*innen gehen davon aus, dass „[...] sich die Kosten für die Klimawandelanpassung in Österreich bis Mitte des Jahrhunderts voraussichtlich auf über 2 Mrd. Euro mehr als verdoppeln, und die Schadenskosten mit 6 bis 12 Mrd. Euro drei- bis sechsmal höher sein werden als im Jahr 2022.“ (Steininger et al., 2022). Auf globaler Ebene könnten bis 2100 mehrere Klimakippunkte kippen, was unvorhersehbare Folgen nach sich ziehen würde. Die Menschheit würde so ein anthropogenes Zeitalter einläuten ohne genaue Vorstellungen, was das für unseren Fortbestand und den der Fauna und Flora haben könnte.

2.2. Genderaspekte in der Klimakrise

Begriffsdefinition Gender

Gender (engl.) hat sich mittlerweile als Fachbegriff für „Geschlecht“ im deutschsprachigen Raum etabliert. Der Begriff verweist auf soziokulturelle Normen, Identitäten und Verhältnisse die einerseits Gesellschaften und Organisationen strukturieren, und andererseits Verhaltensweisen, Produkte, Technologien, Umgebungen und Wissen prägen. Im Unterschied zu dem englischen Begriff „sex“ (dt. biologisches Geschlecht), steht Gender für Geschlechtsidentitäten sowie das soziale, das gelebte und gefühlte Geschlecht. Gendereinstellungen und Verhaltensweisen sind komplex und verändern sich orts- und zeitabhängig. Dabei sollte darauf hingewiesen werden, dass Gender multidimensional ist und sich mit anderen gesellschaftlichen Kategorien wie biologischem Geschlecht, Alter, sozioökonomischem Status, sexueller Orientierung und ethnischer Zugehörigkeit überschneidet. (TU Wien, 2023)

Die Klimakrise unterscheidet nicht zwischen Frauen* und Männern*, Arm und Reich, jung oder alt. Doch zeigen sich deutliche Unterschiede bei der Betroffenheit durch Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Dürren oder Hitzewellen. Durch gesellschaftlich vordefinierte Lebensrealitäten von Frauen* und Männern* spielt die **Gender**dimension im Klimadiskurs eine wesentliche Rolle. So stehen durch geschlechtsspezifische Unterschiede bei Einkommen und Vermögen, Frauen* statistisch gesehen weniger Ressourcen zur Anpassung an die Auswirkungen der Klimakrise zur Verfügung. So führt das Zusammenspiel verschiedener Dimensionen wie geringeres Einkommen, Migrationshintergrund oder Altersarmut überproportional häufig zu prekären Wohnsituationen von Frauen* bei den, in denen die Hitzebelastung besonders hoch ist (z. B. durch schlechte energetische Gebäudestandards oder fehlende Kühlung der Wohnräume, ...). (Aziz & Throm, 2020)

Röhr und Alber (2018) weisen darauf hin dass, in der Forschung klimarelevante Genderbelange bisher vor allem auf der Mikroebene der Haushalte analysiert werden, was vor allem das persönliche Mobilitätsverhalten sowie den Wärme- und Stromverbrauch von Frauen* und Männern* betrifft. Oft werden diese Faktoren mit anderen sozioökonomischen Aspekten wie Bildungsstand, Alter,

Einkommen und Ernährung kombiniert. Sie kommen daher zu dem Schluss, dass Gender im Zusammenhang mit der Klimakrise also *„[...] meist am Ende der Produktionskette betrachtet, während alle vorangegangenen Schritte – vom Rohstoffabbau über die Produktion bis hin zur Entsorgung/Wiederverwertung weitgehend genderblind bleiben. Dies wird von der Geschlechterforschung vor allem hinsichtlich der Zuschreibung von Verantwortlichkeiten auf die Mikroebene bei geringen Einflussmöglichkeiten auf der Meso- und Makroebene kritisiert“*.

Röhr und Alber (2018) kommen allerdings zu dem Schluss, dass in den vergangenen Jahren die Genderperspektive in der Klimakrise deutlich an Aufmerksamkeit gewonnen hat. Sie konnten in einem umfassenden Literaturreview einen deutlichen Anstieg an Publikationen zu Gender und Klima in den vergangenen Jahren verzeichnen. Allerdings betrifft dies nicht alle Handlungsfelder der Klimapolitik. Das Hauptaugenmerk werde auf den Klimaschutz gelegt, während die Anpassung an die Klimakrise aus der Genderperspektive für Industrieländer tendenziell kaum belichtet wird. Weiters werden übergreifende Strukturen und Dynamiken meist außenvorgelassen, während sich die Wissenschaft tendenziell auf die Mikroebene fokussiere. Auch stehen männliche Sichtweisen auf die Klimakrise und die daraus resultierenden Entwicklungen von Lösungsansätzen wie auch die Hintergründe der geschlechterspezifischen Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise eher selten im Mittelpunkt. (Röhr & Alber, 2018)

Betrachtet man einige wissenschaftliche Erkenntnisse der vergangenen Jahre in diesem Feld, wird regelmäßig bei Frauen* ein höheres **Umwelt**bewusstsein festgestellt (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [BMU], 2013). Sie sind weiters auch deutlich häufiger der Meinung, dass in der Politik zu wenig im Umweltbereich getan wird (Empacher et al., 2002, S. 6). Außerdem verhalten sie sich auch in der Mobilität und Konsum eher umwelt- und klimafreundlicher als Männer*. Frauen* spielen somit eine wichtige Rolle im Klimaschutz und fungieren als **Multiplikatorinnen** (Frauenservice Wien, Magistratsabteilung 57 [MA57], 2016, S. 302). Martina Angela Friedl definiert in ihrer Analyse zur Integration der Genderperspektive in die Nationale Klima- und Energiestrategie (#mission 2020) (2020, S. 4) weiters drei Ebenen, die diese Erkenntnisse deutlich hervorheben:

- **„Politisches Wahlverhalten:** Mehr Frauen als Männer wählen Parteien, die das Thema Umweltschutz und Nachhaltigkeit betonen.

Begriffsabgrenzung Klima und Umwelt

„Als wissenschaftlicher Begriff bedeutet Umwelt die Gesamtheit der ökologischen Sphären (Boden, Wasser, Luft, Klima) und aller darin lebenden Organismen. Das Wort wird heute als Synonym für Natur, Biotop oder Ökosystem genutzt. Das Klima ist also ein Teil unserer Umwelt. Oft werden beide Begriffe in Verbindung gesetzt. Ein entsprechendes Umweltbewusstsein und die Integration von Klimaschutz-Aspekte sind schließlich notwendig, um unsere heute überbeanspruchte Umwelt zu schützen.“ (Sabrina Stallone, 2023)

- Auswahl **technischer Studienrichtungen**: Für Frauen sind Studienrichtungen attraktiver, die Ökologie und Nachhaltigkeit im Curriculum beinhalten.
- Ökologische Bewegung, „**Fridays for Future**“: Neben den überwiegend weiblichen Organisator*innen wie Greta Thunberg in Schweden, Luisa Neubauer in Deutschland, Anuna De Wever in Belgien und Anna Taylor in Großbritannien sind auch die Teilnehmenden mehrheitlich Frauen.“

Gender kann daher als wichtiger Treiber im Kampf gegen die Klimakrise definiert werden und sollte bei der Implementierung von Maßnahmen zur Adaption (Anpassung) sowie Mitigation (Abmilderung) der Klimakrise bedacht werden.

Forschungsergebnisse zeigen weiters auf, dass die Auswirkungen der Klimakrise Frauen* stärker in Hinblick auf Starkwetterereignissen wie z.B. Hitze- oder Dürreperioden und Pflegearbeit belastet. So sind Frauen* aufgrund von Betreuungspflichten meist mehr zu Hause und somit stärker auf die häusliche Energieversorgung angewiesen. Aufgrund ihres niedrigeren Durchschnittseinkommens sind sie jedoch stärker von Energiearmut bedroht als Männer* und haben weniger Möglichkeiten für Investitionen in umweltfreundliche Alternativen zur Energieerzeugung (Friedl, 2020). Die Themen Umwelt und Klimakrise sind daher noch immer Bereiche, die mit einer Vielzahl von Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern beeinflusst werden. Die Hauptfaktoren dafür sind laut European Institute for Gender Equality (2016):

- „Unterrepräsentanz von Frauen in umweltrelevanten Entscheidungsgremien (siehe Kapitel 2.3.)
- geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Auswirkungen des Klimawandels (siehe Kapitel 2.2.1.)
- Geschlechterunterschiede bei Anpassungs- und Minderungsstrategien.“ (siehe Kapitel 2.2.2.)

Diese drei Hauptfaktoren werden in der vorliegenden Forschungsarbeit fortan als grundlegende Herausforderungen der gendergerechten Klimapolitik angesehen, welche mit entsprechenden Lösungsmaßnahmen angegangen werden sollten. Der Faktor **Unterrepräsentanz von Frauen* in umweltrelevanten Entscheidungsgremien** wird im Kapitel 2.3. „Klimapolitik – eine Suche nach der Genderperspektive“ näher erläutert. Die Faktoren **Geschlechterunterschiede bei Anpassungs- und Minderungsstrategien** und **geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Auswirkungen des Klimawandels** werden in den folgenden Kapiteln 2.2.1 bzw. 2.2.2. näher beschrieben. Entsprechende Lösungsansätze zu den drei Faktoren werden im Conclusio (Kapitel 2.5) bzw. im Handlungsleitfaden (Kapitel 5) erläutert.

2.2.1. Geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Auswirkungen des Klimawandels

Die Auswirkungen der Klimakrise treffen Frauen* und Männer* unterschiedlich, insbesondere bei Naturkatastrophen. Katastrophenstudien zeigen auf, dass durch Dürren und Überschwemmungen überproportional mehr Frauen* getötet werden (Neumayer 2007). Weitere gesellschaftliche Unterscheidungsmerkmale wie sozioökonomischer Status, ethnische Zugehörigkeit und Alter sind wichtige Faktoren, die zu diesen Umständen beitragen.

Auch in Wien haben Frauen* durchschnittlich einen schlechteren Zugang zu Bildung, weniger Einkommen und sind öfter armutsgefährdet als Männer* (Aziz & Throm, 2020). An einem Beispiel von Hitzewellen kann die stärkere Betroffenheit durch die Klimakrise von Frauen* deutlich gemacht werden. Vor allem die ältere und einkommensschwache Bevölkerung leidet darunter. Frauen* sind in beiden Gruppen überrepräsentiert. Dadurch lag die Mortalität der weiblichen Bevölkerung während der großen Hitzewelle im Jahr 2003 um 75 Prozent höher als die von Männern* gleichen Alters. Hinzu kommt, dass Frauen* durch die überproportionale Ausübung von häuslicher Pflege junger, aber auch hochaltriger Menschen zusätzlicher Hitzebelastung ausgesetzt sind. Männer* hingegen sind bei heißem Wetter oft aktiver als Frauen* und sterben dadurch eher an Hitzeschlag. (Aziz & Throm, 2020)

Die Klimakrise betrifft somit zwar alle Menschen, aber nicht alle Menschen gleichermaßen. Benachteiligte Gesellschaftsgruppen haben oft nur unzureichende Handlungs- und Anpassungsmöglichkeiten an die negativen Auswirkungen der Klimakrise. Betrachtet man die Transgenderperspektive, steckt diese noch in der Klimaforschung in den Kinderschuhen und ist nur wenig erforscht. In jenen Ländern, in denen Daten vorliegen, konnten Forschende jedoch herausfinden, dass Transgender-Personen statistisch gesehen häufiger obdachlos sind beziehungsweise bei der Gesundheitsversorgung diskriminiert werden als Nicht-Transgender Personen. Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen oder Unwetter können demnach deutliche Auswirkungen auf Transgender-Personen haben. (Niranjan, 2022)

2.2.2. Geschlechterunterschiede bei Anpassungs- und Minderungsstrategien

Frauen* und Männer* haben somit sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene unterschiedliche Möglichkeiten, die Klimakrise abzumildern und sich an die Auswirkungen anzupassen. Durch die geschlechterspezifischen Lebensrealitäten besitzen Frauen* weniger Macht und befinden sich dadurch weniger in der Lage klimarelevante Maßnahmen zu setzen. Um diese Einschränkungen zu verstehen, müssen gesamtgesellschaftliche Verhaltens- und Lebensweisen, Einkommens- und Haushaltskonstellationen betrachtet werden. Die Möglichkeit einen kohlestoffarmen Lebensstil zu führen, wird unter anderem durch Ausbildung, Einkommen beziehungsweise Geschlechterrollen bestimmt. Die Benennung solcher Machtverhältnisse hilft uns zu verstehen, warum einige Gruppen mehr zu den Treibhausgasemissionen beitragen und warum

manche Gruppierungen von der Klimakrise stärker betroffen sind als andere. Durch dieses Verständnis können so zukünftig unterschiedliche Rollen und Verantwortlichkeiten aus der Genderperspektive adressiert werden und effiziente Lösungen gefunden werden. Dadurch können die unterschiedlichen Fähigkeiten, das Wissen, die Erfahrungen und Ressourcen von Frauen* und Männer* optimal genutzt werden. (European Institute for Gender Equality [EIGE], 2016)

In Europa lebende Frauen* und Männer* tragen in unterschiedlicher Weise zu den Treibhausgasemissionen bei, dies betrifft sowohl die Gesamtemissionen als auch jene Sektoren, in denen die Emissionen entstehen. Diese Unterschiede beruhen auf den vorherrschenden Geschlechterrollen, die sich in Verhaltens und Konsummustern niederschlagen. Studien haben gezeigt, dass Frauen* tendenziell ein größeres Bewusstsein für Gesundheitsfragen und eine ausgeprägtere Risikowahrnehmung haben, was sich häufig auf ihre Einstellung gegenüber Nachhaltigkeits- und Umweltthemen auswirkt, wohingegen Männer* eher auf Bequemlichkeit ausgerichtet sind (European Institute for Gender Equality [EIGE], 2016). Weiters konnten stärkere Umweltauswirkungen im Lebensmittelsektor durch den erhöhten Fleischkonsum von Männern* festgestellt werden, was wiederum in höhere Treibhausgasemissionen resultierte (Carlsson Kanyama et al., 2021).

2.2.2.1. Genderspekte bei Energienutzung im Privathaushalt

Noch vor wenigen Jahren wurden Genderspekte in der Energienutzung von Privathaushalten weitestgehend vernachlässigt. Für die zukünftige Energiewende ist es jedoch unabdingbar, die gesellschaftlichen Bedingungen und strukturellen Ungleichheiten sowie die Verhaltensweisen von Frauen* und Männern* stärker in den Fokus zu nehmen (Röhr & Alber, 2018). Im Bereich der Privathaushalte zeigen Untersuchungen eine geschlechterdifferenzierte Energienutzung auf. So liegt die Verantwortung für Fragen der Energieversorgung „traditionell“ bei Frauen* (Aziz & Throm, 2020). Das kann sowohl Strategien des Energiesparens als auch das Bestreiten von Rechnungen betreffen. Außerdem konnte nachgewiesen werden, dass selbst nach Berücksichtigung der Ausgabenhöhe, alleinstehende Frauen* weniger verbrauchsbedingte Energie benötigen als alleinstehende Männer*. (Carlsson Kanyama et al., 2021)

In unmittelbaren Zusammenhang damit steht die Energiearmut, bei der sich die Wissenschaft bisher meist auf den privaten Haushalt als Einheit konzentrierte und mit einem niedrigen Haushaltseinkommen in Kontext setzte. Allerdings darf auch hier der gendersensitive Blick nicht vernachlässigt werden, so entstehen aufgrund von Einkommensungleichheiten, Zuweisungen von Care-Arbeit sowie mangelnde soziale Absicherung oft differenzierte Machtverhältnisse und ungleiche Verteilungen von Ressourcen. (Carlsson Kanyama et al., 2021)

Auch im Bereich des Wärmekonsums konnten zudem hinsichtlich Wärmeempfinden und Komforttemperatur bedeutende Geschlechterdifferenzen festgestellt werden. Dies kann einerseits

auf physiologische Faktoren des biologischen Geschlechts zurückgeführt werden, andererseits spielen aber auch kulturelle und psychologische Faktoren eine Rolle. Dies führt zu einem erhöhten Wärmebedarf von Frauen* im Winter, wohingegen Männer* einen erhöhten Kühlungsbedarf im Sommer aufweisen. (Röhr & Alber, 2018)

Im Smart Home Sektor weisen Männer* ein stärkeres Interesse auf, wodurch in diesem Bereich der Fokus auf die häusliche Versorgungsarbeit gelegt wird. Allerdings werden durch den Einsatz von Smart Home Technologies meist andere Aspekte wie Auswirkungen auf Haushaltsroutinen, Zeitverwendung und Flexibilität übersehen. Prinzipiell wird davon ausgegangen, dass Veränderungen der Energienutzungen im Haushalt, wie beispielsweise politische Maßnahmen für eine verbesserte Effizienz, eine Mehrarbeit und damit zusätzliche Last für jene bedeuten kann die die häusliche Versorgungsarbeit leisten. Ähnliches gilt für die Energiesuffizienz welche als nachhaltige Begrenzung des Energiebedarfs angesehen wird. Auch diese erfordert erhebliche Veränderungen im Lebensstil und Alltagsroutinen, wodurch ein bedeutender Zusammenhang mit den Geschlechterverhältnissen entsteht. Diese Rahmenbedingungen setzen einen gendergerechten Blickwinkel voraus, der sowohl Ansätze des Empowerments als auch Begrenzung negativer Treiber berücksichtigen sollte, um daraus entsprechende Handlungen und Maßnahmen zu entwickeln. In diesem Feld bestehen nach wie vor Forschungslücken, die von der künftigen Genderforschung entsprechend untersucht werden sollten. (Röhr & Alber, 2018)

2.2.2.2. Genderdimension im Verkehrsbereich

Im Gegensatz zur Energie beschäftigt sich die Genderforschung bereits seit den 1980er Jahren mit der Verkehrsdimension. Seit 2010 wurden jedoch mangels Förderungen kritische und gendersensible Forschungsansätze kaum noch weitergeführt. Vielmehr wurden bereits betrachtete Aspekte auf Mikroebene weitergeführt und dabei deutlich ausdifferenziert. Der Fokus der Untersuchungen wurde meist auf die Nachfrageseite gelegt, wohingegen die Angebotsseite durch Bereitstellung von Infrastrukturen nur selten thematisiert wird. Als gutes Beispiel geht hier Skandinavien voran, wo es bereits langjährige Erfahrungen in der Erforschung von Maskulinität, Normen und Mobilität gibt. (Röhr & Alber, 2018)

Männer* haben vielen Berechnungen zufolge einen deutlich höheren **CO₂-Fußabdruck** welcher nachweislich durch deren Mobilitätsverhalten (z.B. größere Autos, häufigere

CO₂-Fußabdruck

„Der CO₂-Fußabdruck ist die Gesamtmenge an Treibhausgas-Emissionen, die durch ein Unternehmen oder eine Privatperson, eine Veranstaltung, ein Produkt oder eine Dienstleistung verursacht werden. Die Emissionen werden über einen bestimmten Zeitraum – in der Regel ein Jahr oder die Dauer einer Veranstaltung oder die Lebensdauer eines Produkts – berechnet und dann als Richtwert für die Messung von Reduktionsmaßnahmen herangezogen.“

(ClimatePartner, 2023)

Nutzungen bei längeren Strecken) verursacht wird. Darüber hinaus beeinflussen die unterschiedlichen Wegezwecke und -ketten von Frauen* und Männern*, bedingt durch Versorgungsarbeit und Begleitverkehr, maßgeblich deren CO₂-Bilanz. Langzeitbetrachtungen des geschlechterbedingten Mobilitätsverhaltens zeigen jedoch, dass sich die zurückgelegten Strecken von Frauen* und Männern* allmählich aneinander anpassen. Dies kann auf längere, mit dem PKW gefahrene Strecken von Frauen* in mittleren Altersgruppen und erheblich geringere Strecken bei jungen Männern* zurückgeführt werden. (Röhr & Alber, 2018)

2.2.3. Conclusio Genderperspektiven in der Klimakrise

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass weder die Ursachen und Auswirkungen noch die Bemühungen um Lösungen in der Klimakrise gleich verteilt sind. Durch geringere Ressourcenverfügbarkeit entsteht eine stärkere Betroffenheit von in Armut lebenden Menschen. Darunter befinden sich überproportional viele Frauen* und Mädchen. Ebenso haben Frauen* durch diese sozioökonomischen Voraussetzungen nur eingeschränkten Zugang zu Macht und Entscheidungspositionen im klimarelevanten Bereich. (Lachkovics, 2020)

Die Überrepräsentanz von Männern* sowohl in politischen Entscheidungspositionen als auch in der Forschung mit klimarelevanten Bezug, führt zu einer „gender-blindheit“ wodurch bei derzeitigen Erhebungs- und Messmethoden in der Forschung die Genderdimension meist nicht mitgedacht wird (Berger & Matzinger, 2022). Geschlechterspezifische Handlungsnotwendigkeiten werden somit schlicht nicht sichtbar gemacht und in weiterer Folge bei politischen Maßnahmen nicht miteinbezogen. Allerdings konnte in den vorhergegangenen Kapiteln nachgewiesen werden, dass die Genderdimension erhebliche Auswirkungen auf die Physiologie, die Psyche als auch auf die gelebten Lebensweisen von Frauen* und Männern* hat. Das resultiert nicht zuletzt in einem deutlich höheren CO₂-Fußabdruck von Männern*. An dieser Stelle kann auf den Fakt hingewiesen werden, dass durch Umweltbedenken ein signifikant negativer Zusammenhang mit dem persönlichen CO₂-Fußabdruck festgestellt werden konnte, allerdings dürfte dieser einen deutlich geringeren Einfluss haben als das tatsächliche Einkommen (Carlsson Kanyama et al., 2021).

2.3. Klimapolitik – eine Suche nach der Genderperspektive

Um all die in Kapitel 2.1 gezeichneten Negativszenarios einzudämmen, wenn nicht sogar aufhalten zu können, wurde vor einigen Jahren auf internationaler Ebene ein gemeinsames Ziel formuliert - die Beschränkung der globalen Erwärmung auf maximal 1,5 °C. Es wurde als Ziel mit hohem symbolischen Wert gehandelt, dem 2015 auf der UN-Klimakonferenz in Paris im Jahr 2015 197 Staaten zustimmten. Maximal um 2 - besser aber noch um 1,5 °C sollte sich die mittlere globale Temperatur im Vergleich zu dem Jahr 1850 (Beginn der Industriellen Revolution) erwärmen dürfen. um wirksam gegen die Klimakrise vorzugehen. Damals ging man nach neuesten Forschungsergebnissen davon aus, dass bis zu dieser Grenze die Auswirkungen der Klimakrise noch umkehrbar seien und künftige

Generationen die Veränderungen in der Natur wieder rückgängig machen könnten. Alle beigetretenen Länder verpflichteten sich also zu einer Reduktion der ausgestoßenen Treibhausgase. Um das Ziel zu erreichen, müsste die Welt bis 2050 klimaneutral sein, also netto keine Treibhausgase mehr erzeugen. (Steininger et al., 2022)

Als Antwort auf die Klimarahmenkonvention 2015 in Paris veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) 2018 einen Sonderbericht über das 1,5-Grad-Ziel (IPCC, 2022). Dieser sagte nach damaligem Stand eine Erreichung der globalen Erwärmung um 1,5 °C bereits zwischen 2030 und 2052 voraus (IPCC, 2022). Um diese 1,5 °C Grenze dann auch dauerhaft einhalten zu können, müssten die weltweit ausgestoßenen CO₂-Emissionen bis 2030 um 45 Prozent gegenüber dem Niveau von 2010 abnehmen. Würden die CO₂-Emissionen um immerhin 20 Prozent gegenüber 2010 abnehmen, würde dies der Einhaltung des 2 °C Ziels entsprechen.

2018 lag das verbleibende globale Budget¹ bei 420 Gigatonnen CO₂, die noch ausgestoßen werden dürfen um das 1,5°C Ziel zu erreichen (IPCC, 2022). Umgerechnet stand Österreich im Jahr 2022 noch ein verbleibendes Budget von 240 Megatonnen CO₂ zur Verfügung (Steininger et al., 2022). Bei einem unveränderten CO₂ Ausstoß Niveau wäre dieses **Budget bereits 2025 aufgebraucht** und die Erreichung des 1,5 °C Ziels verfehlt. Aufgrund der derzeitigen Bodenversiegelungsraten, landwirtschaftlichen Praktiken, Vernichtungen von Wäldern durch Schädlinge und Extremwetterereignisse könnte das österreichische CO₂ Budgets allerdings noch schneller aufgebraucht sein (Steininger et al., 2022).

Können wir das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch erreichen? Die kurze Antwort lautet nein. Die längere in etwa so:

Das Climate Chance Centre Austria weist in seinem Bericht (Steininger et al., 2022) darauf hin, dass aktuelle Maßnahmenpläne nicht ausreichen, um das 2 °C Ziel, geschweige dem 1,5°C Ziel einzuhalten. Derzeit steuern wir auf eine globale Erwärmung von +2,8 °C in diesem Jahrhundert zu, was erheblich negative Folgen auf unsere Lebensqualität haben wird (Steininger et al., 2022). Wetterextreme würden somit weiter an Intensität gewinnen, Dürren unsere Landwirtschaft zusehends beeinträchtigen und Erträge erheblich schmälern. Seen und Flüsse würden austrocknen sowie Überschwemmungen und Muren Siedlungsgebiete zerstören. In Anbetracht nicht nur der wirtschaftlichen Einbußen, sondern auch der humanitären Krise ist es höchste Zeit einschneidende Maßnahmen zu setzen und zu handeln.

¹ mit einer Wahrscheinlichkeit von 66 Prozent

2.3.1. Genderaspekte in der Klimapolitik

Auf internationaler Ebene traten Genderaspekte in der Klimapolitik zunächst bei internationalen Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) in den Themenbereichen Anpassungen und Vulnerabilität im Globalen Südens auf. Im Jahr 2007 konnte bei der UNFCCC Vertragsstaatenkonferenz, der COP13 auf Bali erstmals ein Durchbruch in diesem Feld errungen werden. Seither wurden verstärkt Projekte mit entwicklungspolitischen Hintergrund durchgeführt, welche insbesondere Frauen* stärken und diese als „Agents of Change“ zur Anpassung an die Klimakrise ansprechen sollen. Bis heute ist es der internationalen Politik jedoch nicht gelungen, eine ähnliche Aufmerksamkeit auf Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit in der Klimakrise im Globalen Norden zu lenken. Dies betrifft vor allem die politische Ebene - auf Seiten der Wissenschaft kann jedoch seit einigen Jahren eine steigende Anzahl von Forschungsarbeiten verzeichnet werden. (Röhr et al., 2018)

Österreich wird in dem Bericht zu *Gender in environment and climate change* des European Institute for Gender Equality (2016) als eines der **führenden Länder der EU** genannt, welches Genderaspekte in die nachhaltige Entwicklungshilfe einfließen lässt. Die Austrian Development Agency (ADA) - auch Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit – agiert im globalen Süden und bietet Hilfe in jenen Bereichen an, in denen ausgewiesenes österreichisches Know-how besteht. So werden unter anderem raumplanerische Themen wie Wasser und Siedlungshygiene, Land- und Forstwirtschaft, aber auch erneuerbare Energie und Klimaschutz bearbeitet.

Die ADA greift bei Ihrer Arbeit sowohl die Umweltkonventionen der Vereinten Nationen, die Grundsätze der EU-Politik sowie die OECD-Paris-Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit auf und erklärt **Gender-Mainstreaming** in sämtliche Arbeitsbereiche einfließen zu lassen. Darüber hinaus organisierte das österreichische Außenministerium 2012 in Kooperation mit UNDESA und UN Women den *Vienna Policy Dialogue on Gender Equality*. Weiters hatte im Jahr 2014 die Veranstaltung *Advancing Gender Equality and Women's Empowerment in Development Cooperation and the Post-2015 Development Agenda* vor allem das Ziel, das vierte Forum für Entwicklungszusammenarbeit das UN-Wirtschafts- und Sozialrats vorzubereiten. Dadurch sollte die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle

Gender-Mainstreaming

„... ist eine Strategie zur Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist erreicht, wenn das unterschiedliche Verhalten sowie die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern gleichermaßen beachtet und unterstützt werden. Gender-Mainstreaming als gleichstellungspolitische Strategie für Politik und Verwaltung unterstützt alle an politischen Entscheidungen beteiligten AkteurInnen auf diesem Weg.“

(IMAG GMB, 2023)

der Frau in die globale Umweltentwicklungsagenda der Zukunft gestärkt werden. (European Institute for Gender Equality [EIGE], 2016)

Österreich positioniert sich auf dem internationalen Bankett somit sehr fortschrittlich bei der Einbindung von Genderperspektiven in die Entwicklungsarbeit zum Klimawandel im globalen Süden. Auf **nationaler Ebene** gibt es vonseiten des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) ebenso einige Projekte und Initiativen (z. B. FEMtech, FEMtech Parktika für Studentinnen). Allerdings stellen diese bisher noch keinen großen Impact auf die Einstellungen und Arbeitsweisen in Österreich dar: so kommen bei einem Vergleich von Frauen* und Männern* in klimarelevanten hochrangigen Führungspositionen 14 Frauen* auf 49 Männer*, was einem Prozentsatz von 28,6 Prozent entspricht. Österreich liegt somit 5,8 Prozent unter dem EU-weiten Schnitt (European Institute for Gender Equality [EIGE], 2016). Besonders prekär scheint die Geschlechterverteilung im Energiesektor zu sein, wo von acht Positionen keine einzige von einer Frau besetzt ist (siehe Abbildung 7).

	Environment		Transport		Energy		Total (three sectors)	
	Women	Men	Women	Men	Women	Men	Women	Men
EU-27	121	236	52	205	35	167	202	588
Austria	11	32	3	9	0	8	14	49

Abbildung 6.: Anzahl an Frauen* und Männer*n in klimarelevanten hochrangigen Führungspositionen in Österreich und der EU (European Institute for Gender Equality [EIGE], 2016)

Auch generell sind Frauen* in Österreich in politischen - und Entscheidungspositionen, nach wie vor stark unterrepräsentiert. Vor allem in ländlichen Gebieten scheint ein nachhaltiger Wandel nur langsam erkennbar zu werden. Es fehlt nach wie vor an einer gerechten Repräsentation beider Geschlechter in Entscheidungsprozessen (Theresia Oedl-Wieser, 2010). Der Frauen*anteil im österreichischen Parlament beträgt aktuell 39,89 Prozent. Auf Landes- und Gemeindeebene stieg die politische Sichtbarkeit von Frauen* in den letzten Jahren zwar leicht an, trotzdem fällt sie noch deutlich geringer als auf Bundesebene aus (Österreichisches Parlament, 2020). Von 2093 Bürgermeister*innen sind nur 220 weiblich. Der Anteil liegt damit bei 10,5 Prozent. (Österreichischer Gemeindebund, 2023)

Auf niederösterreichischer **Länderebene** wurde Gender-Mainstreaming in der Klimapolitik bei der Erstellung des Niederösterreichischen Klimaprogramm 2004 – 2008, aber auch bei den nachfolgenden Klimaprogrammen berücksichtigt (Amt der NÖ Landesregierung, 2017, S. 19). Das Land gibt auf **regionaler Ebene** bei der Erstellung Kleinregionaler Entwicklungskonzepte ebenso die Berücksichtigung der „[...] Querschnittsthemen Gender-Mainstreaming (Chancengleichheit für alle sozialen Gruppen) sowie Nachhaltigkeit (im Zieldreieck Gesellschaft-Umwelt-Wirtschaft) [...]“ vor (Amt der NÖ Landesregierung, 2009, S. 21). Im Jahr 2023 machte die Landesregierung allerdings

Schlagzeilen mit dem sogenannten „Genderverbot“ womit ab dem 01.08.2023 „[...] Frauen* und Männer* sprachlich gleichgestellt, aber auf „Gender-Stern“, „Gender-Gap“, „Gender-Doppelpunkt“ und „Binnen-I“ gemäß der zuständigen Instanz für die Regelung der einheitlichen Rechtschreibung im deutschen Sprachraum verzichtet wird. Das dient unter anderem der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit amtlicher Texte.“ (Amt der NÖ Landesregierung, 2023b)

Bemühungen zum Gender-Mainstreaming in der österreichischen Klimapolitik sind somit in mehr oder minder erkennbaren Ausmaß auf internationaler, nationaler, Landes- und regionaler Ebene gegeben. Während die Verpflichtungen und Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen und Unterstützung von Klimaadaptation und -mitigation auf internationaler Ebene ausgehandelt werden, sind die nationalen und regionalen Ebenen für die Umsetzung eben jener zuständig. Hier, aber auch insbesondere auf der **kommunalen Ebene** werden Genderaspekte und unterschiedliche Lebensrealitäten der Bevölkerung spürbar. Politische Maßnahmen der Kommunalpolitik haben somit einen direkten Einfluss auf den Lebensalltag der Bevölkerung. Auf lokaler Ebene scheint die Thematik jedoch ein unbeschriebenes Blatt zu sein.

2.3.1.1. Gender-Mainstreaming in der Klimapolitik

Durch die konstanten Bemühungen der EU zur Einbindung von Gender-Mainstreaming in den politischen Alltag, müssen alle politischen Bemühungen und Handlungen mit dem Hintergrund der Gleichstellung von Frauen* und Männern* gestaltet werden. Dadurch gelangt die Thematik auch zunehmend in den alltäglichen Diskurs (Europäische Kommission, 1998, S. 25). Oedl-Wieser (Theresia Oedl-Wieser, 2004) weist jedoch darauf hin, dass es *„nach wie vor [...] große Probleme mit dem Verständnis des Begriffs Gender-Mainstreaming und Unsicherheiten bei dessen Umsetzung im regionalpolitischen Kontext“* gibt. *„Andererseits wird von Seiten der regionalpolitisch Aktiven oft wenig Problembewusstsein und Akzeptanz gezeigt, ihr Tun aus einer geschlechterspezifischen Perspektive zu reflektieren.“* (Theresia Oedl-Wieser, 2004, S. 1)

Die Europäische Kommission (2004) macht in ihrem Leitfaden zu Gender-Mainstreaming deutlich, dass durch die Rücksichtnahme auf die differenzierten Lebenssituationen von Frauen* und Männern* durch Akteure in Politik und Verwaltung eine bessere Orientierung und Effizienz der Politik gewährleistet werden kann. Gleichstellung könnte dabei einerseits so aufgefasst werden, dass alle Menschen exakt gleich zu behandeln sind (z.B. Gehalt) oder aber andererseits auf gewisse Unterschiede differenziert eingegangen werden muss (z.B. Mutterschaft). Dieses komplexe Thema soll laut dem *Leitfaden zu Gender-Mainstreaming* (2004) mittels geeigneter Maßnahmen in die Öffentlichkeit geholt werden, um sowohl bestehende Ungleichheiten als auch die Wahrnehmung der Welt ausschließlich aus der einseitigen „männlichen“ Perspektive nachhaltig abzubauen.

Die problematische Ansicht, dass, um Gleichstellung zu erlangen, erst der einen Gruppe (beispielsweise Männer*) Macht und Privilegien zum Vorteil der anderen Gruppe (beispielsweise

Frauen*) überlassen werden soll, führt oft zu einem Kampf, der so nicht zu lösen ist. Die echte Herausforderung bestehe darin „[...] zu zeigen, dass von einer Gesellschaft mit gleichen Voraussetzungen, die auf der Anerkennung der Unterschiede beruht und in der die Bedürfnisse von Individuen und Gruppen berücksichtigt werden, alle profitieren können.“ (Europäische Kommission, 2004, S. 2).

In weiterer Folge werden jene Bereiche definiert, die in Gender-Mainstreaming einfließen. Da Gender-Mainstreaming als umfassendes Konzept funktioniert und ganzheitlich betrachtet werden sollte, bieten sich die fünf Grundsätze des Dezernates für Gender-Mainstreaming der Stadt Wien (2019) als Anhaltspunkte an:

- **„geschlechtergerechte Sprache**
- **geschlechterbezogene Datenerhebung und Datenanalyse**
- **gleichberechtigter Zugang und gleichberechtigte Nutzung von Dienstleistungen**
- **gleiche Teilhabe von Frauen und Männern**
(in Entscheidungs- und Gestaltungsgremien wird auf das Geschlechterverhältnis Rücksicht genommen)
- **Integration von Gleichstellung in Steuerungsinstrumente**
(für eine nachhaltige Gleichstellungspolitik muss Gender-Mainstreaming in Steuerungssysteme wie Controlling und Qualitätsmanagement und in alle Evaluierungen integriert werden)“ (Stadt Wien, 2019, S. 8)

Einer Fallstudie von Bauer und Fröhlich v. Bodelschwingh 2017 zufolge, brauchen Gender-Prozesse in der Politik eine **Top-down-Strategie**. Diese könne durch politische Beschlüsse und verbindlichen Zuständigkeiten eine Rückendeckung erfahren und dadurch eine deutlich höhere Durchsetzungs- und Erfolgsquote darstellen als unverbindliche politische Maßnahmen. Um Top-down Arbeitsweisen effizient gestalten zu können, ist die Anwendung eines geeigneten **Gender-Budgetings** notwendig. Die Einrichtung eines Budgets gem. (BGBL. Nr. 1/1930. Art. 13, 2009) wurde als österreichische Staatszielbestimmung festgelegt, welches sowohl von den Ländern als auch den Gemeinden als Gebietskörperschaften umzusetzen ist. Der Begriff Gender-Budgeting bezeichnet dabei „[...] die Berücksichtigung von geschlechtergerechter Verteilung des Budgets für geplante Investitionen und Subventionen einer Gemeinde“ und weiters „eine genaue Analyse der Profiteure von Gemeindeausgaben soll im Vorhinein getätigt werden, damit eine gezielte geschlechtergerechte Steuerung der finanziellen Mittel möglich ist.“ (Vogtenhuber, 2019, S. 19). **Gender-Budgeting** soll somit im Gemeindewesen die langfristige Zufriedenheit der Bevölkerung sicherstellen. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Vorhabens sind von der Entscheidungsfindung dafür jedoch ausreichend Daten in guter Qualität aufzubereiten. Eine geschlechtersensible Erhebung mit statistischer Belegung der Quellen sind dabei unerlässlich. Annahmen aufgrund persönlicher

Annahmen oder gar Vorurteilen sollten dabei keinesfalls miteinbezogen werden. (Vogtenhuber, 2019, S. 20)

Politische Institutionen auf landes- und kommunaler Ebene fungieren somit als öffentliche Verwaltungsapparate und tragen durch die Schaffung vieler Rahmenbedingungen maßgeblich zur Durchführung und Steuerung von **Gender-Mainstreaming** bei. Neben der wichtigen Aufgabe des **Gender-Budgetings** verantwortet sie ebenso **Fördermittel** und so einkommensschwache und benachteiligte Gruppen (z. B. im Kampf gegen den Klimawandel) unterstützen. Weiters spielen diese Institutionen eine Vorbildrolle als Arbeitgeberinnen im öffentlichen Dienst, welche durch verstärkte **Transparenz** in der Besetzung sowie durch **Geschlechterquoten in Führungspositionen** Engagement zeigen können. Schlussendlich sind sie bedeutende Auftraggeberinnen, welche in wirtschaftliche Aktivitäten involviert sind. Hier können sie ebenso in gleichstellungspolitischen Belangen Einfluss nehmen. Neben fixen Kriterien bei der Vergaben von Aufträgen an private Unternehmen können ebenso zusätzliche Kriterien im Gender-Mainstreaming in die Auftragsvergabe miteinfließen (z. B. Frauen* in Führungspositionen, Gender-Mainstreaming Checklisten, Transparenz). (Vogtenhuber, 2019, S. 19)

2.3.2. Conclusio gendergerechte Klimapolitik

Die Welt steuert auf ein Versagen des 1,5-Grad-Ziels zu. Bis dato werden zu geringe Bemühungen vonseiten der Politik vermerkt, um die Treibhausgasemissionen bis 2040 auf Netto null zu drücken. Eine Ursache des Scheiterns der Politik, könnte die Unterrepräsentanz von Frauen* in klimapolitischen Entscheidungsprozessen sein (Stadt Wien, 2019). Denn einem Bericht der IPCC zufolge, ist die Kohlenstoffverschmutzung in jenen Ländern geringer, in denen Frauen* ein größeres politisches Mitspracherecht haben.² Außerdem tragen Frauen* stärker zu klimarelevanten strukturellen Veränderungen bei als Männer*. Dies kann gut am Beispiel der weltweiten Bottom-Up Bewegungen der Klimaprotestbewegungen wie z.B. „Fridays for Future“ erkannt werden, bei denen überproportionale viele Frauen* und Mädchen aktiv sind und Führungspositionen übernehmen. (Niranjan, 2022)

Ein wichtiger Schritt für eine zukünftige erfolgreiche Klimapolitik stellt also ein zielgerichtetes Gender-Mainstreaming in diesem Feld dar. Dabei sollten Genderaspekte einerseits in der inhaltlichen Erarbeitung von Maßnahmen und Handlungsweisen bedacht werden. Aufgrund unterschiedlicher Lebensrealitäten wäre es für eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung von klimarelevanten Maßnahmen sinnvoll, diese inhaltlich an die Bedürfnisse von Frauen* und Männern* anzupassen (siehe Kapitel 2.2.2.). Andererseits sollte Gender-Mainstreaming verstärkt in der österreichischen National-, Landes- und Kommunalpolitik betrieben werden, um das politische

² Selbst nach Bereinigung der Einkommensunterschiede und andere genderrelevante Faktoren

Mitspracherecht von Frauen* in klimarelevanten Entscheidungen zu erhöhen. Dies könnte durch Maßnahmen wie Gender-Budgeting, Fördermittel, angepasste Geschlechterverhältnisse in Entscheidungsgremien oder auch geschlechtergerechte Sprache geschehen. Nicht zuletzt ist die bisherige dünne Datenlage im Bereich der Klimaforschung mit Genderbezug hervorzuheben. Eine gezielt geschlechterbezogene Datenerhebung und -analyse würde es der Klimapolitik erleichtern, auf Basis wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse, Ziele zu setzen und gendergerecht zu handeln.

2.4. Gendergerechte Klimapolitik international – Best Practice Beispiele aus Europa

2.4.1. Umeå, Schweden

Mit 130.000 Einwohner*innen hat es sich Umeå zum Ziel gesetzt bis 2030 Klimaneutral zu werden. Dies möchte die Stadt durch eine gezielte Schaffung und Gestaltung einer gleichberechtigten Gesellschaft erreichen. Die Stadtverwaltung wurde nach diesem geschlechtergerechten Prinzip aufgestellt und fokussiert sich in ihrer Arbeit auf die Bereitstellung aller städtischen Einrichtungen und Mobilitätslösungen nach den Bedürfnissen von Frauen* und Männern*. Einen wichtigen Beitrag zum Erfolg dieses Best Practice Beispiels, spielte die Erhebung geschlechterspezifisch aufgeschlüsselter Daten zur Verkehrsnutzung und -verhalten in der Stadt. Aufgrund dieser Ergebnisse konnten allgemein zugängliche Mobilitätslösungen entwickelt werden. Umeå wurde dadurch 2017 im Rahmen des URBACT-Programms mit einem europäischen Good-Practice-Preis für seinen „Gendered-Landscape“-Ansatz ausgezeichnet. (Urban Innovative Actions, 2022)

2.4.2. Vitoria-Gasteiz, Spanien

Die Hauptstadt des Baskenlandes mit 250,000 Einwohnern fokussiert sich seit deren Beginn der Demokratie 1980 auf eine nachhaltige und grüne Stadtplanung. Die Stadt setzt auf Basis des 2004 verabschiedeten Gesetzes „4/2005 Equal Opportunity Between Women and Men Act“ seit über 20 Jahren auf Gender-Mainstreaming, was unter anderem zu einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis in politischen Entscheidungspositionen und einer gendergerechten Arbeitsweise der Politik und Stadtplanung geführt hat. Bei der Stadtplanung wurde der primäre Fokus auf die flächige Umsetzung von Superblocks im gesamten Stadtgebiet, in Anlehnung an das Konzept aus Barcelona, gelegt. Das öffentliche Verkehrsnetz wurde daraufhin grundlegend umstrukturiert. Durch einen breit angelegten Partizipationsprozess wurde die Bevölkerung in die Strategieentwicklung miteingebunden. (Espiau Idoyaga, 2022)

2.4.3. Wien, Österreich

Die Stadt Wien setzt im Rahmen ihres Smart-City Rahmenprogramms auf eine smarte Stadterneuerung mit Genderfokus. Neben verschiedenen Publikationen zu dem Thema wurde am

26.09.2022 auf eine internationale Tagung veranstaltet, die sich der Querschnittsmaterie widmete. Die Smart-City Strategie verfolgt dabei das Ziel die Lebensqualität in der Stadt für alle darin lebenden Menschen zu verbessern. Dabei wird der Fokus neben stadtplanerische Maßnahmen im öffentlichen Raum, Erreichbarkeit bzw. dem subjektiven Sicherheitsgefühl von Frauen* auch auf klimapolitische Maßnahmen gelegt (Bauer & Kail, 2023). Der Wiener Gleichstellungsmonitor untersucht beispielsweise in regelmäßigen Abständen die Lebenssituationen von Frauen* und Männern* in Wien (Frauenservice Wien, Magistratsabteilung 57 [MA57], 2016)

2.5. Conclusio Theorie

Welche Bedeutung nimmt Gender in unserer Öffentlichkeit oder im privaten Umfeld ein? Welche in der Politik und Wirtschaft? Genderfragen sind eine politische Angelegenheit und sollten im Sinne der Chancengleichheit und Klimagerechtigkeit immer mitbedacht werden:

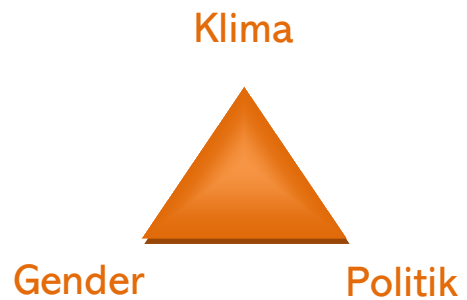


Abbildung 7: Klima-Gender-Politik Dreieck (Eigene Darstellung)

„Die politische Reaktion auf die Klimakrise muss explizit ökonomische Interessengegensätze und Fragen von Gerechtigkeit und Ungleichheit mit thematisieren. Die Lösung des Klimaproblems ist daher nicht nur ein gesellschaftlicher Lern- und Such-, sondern vor allem auch ein gesellschaftlich umkämpfter Prozess: ein Systembruch, der die energetische Basis unserer modernen Gesellschaften (von fossil auf erneuerbar) ersetzt, ein neues Verständnis von Wohlstand jenseits von materiellem Besitz etabliert und die wachsende Ungleichheit reduziert.“ (Weber, 2022)

Klimaforscher*innen gehen davon aus, dass „[...] sich die Kosten für die Klimawandelanpassung in Österreich bis Mitte des Jahrhunderts voraussichtlich auf über 2 Mrd. Euro mehr als verdoppeln, und die Schadenskosten mit 6 bis 12 Mrd. Euro drei- bis sechsmal höher sein werden als im Jahr 2022. Die nicht-vorhandenen Schritte in der Klimapolitik kommen daher insbesondere im öffentlichen Budget zu tragen. Eine konsequente Klimapolitik würde daher helfen, den Budgethaushalt zu schonen und langfristig Kosten zu vermeiden.“ (Steininger et al., 2022). Auf globaler Ebene könnten bis 2100 mehrere Klimakippunkte kippen, was unvorhersehbare Folgen nach sich ziehen würde. Die Menschheit würde so ein anthropogenes Zeitalter einläuten ohne genaue Vorstellungen, was das für unseren Fortbestand und den der Fauna und Flora haben könnte.

In Kapitel 2.3. Genderaspekte in der Klimapolitik wurden die drei Herausforderungen

- Unterrepräsentanz von Frauen* in umweltrelevanten Entscheidungsgremien
- geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Auswirkungen des Klimawandels
- Geschlechterunterschiede bei Anpassungs- und Minderungsstrategien

als Hauptfaktoren benannt und in den folgenden Kapiteln entsprechend ausgearbeitet. Diese Erkenntnisse werden als Basis für die folgenden Kapiteln 3. Regionale Verortung, 4. Empirie und 5. Handlungsempfehlung gesehen und entsprechend darauf aufgebaut. Insbesondere in der Handlungsempfehlung **Klimapolitik in der Kleinregion 10 vor Wien – Schwerpunkt Genderngerechtigkeit** werden schließlich entsprechende Maßnahmen vorgestellt, wie auf diese Herausforderungen Kleinregionsspezifisch eingegangen werden kann.



Abbildung 8: Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien (Eigene Darstellung)



3. VERORTUNG

3.1. Kleinregion 10 vor Wien - Faktencheck

Die **Kleinregion 10 vor Wien** befindet sich im südwestlichen Weinviertel im Bezirk Korneuburg und umfasst eine Fläche von 230,72 km² mit insgesamt 57.197 Einwohner*innen (Kleinregion 10 vor Wien, 2022). Die elf Mitgliedsgemeinden Bisamberg, Enzersfeld, Großrußbach, Hagenbrunn, Harmannsdorf, Korneuburg, Langenzersdorf, Leobendorf, Spillern, Stetten und Stockerau beschloss bereits im Jahr 2006 sich zu dem **Regionalentwicklungsverein 10 vor Wien - Donau Raum Weinviertel** zusammen zu schließen. In weiterer Folge konnte ein erstes Kleinregionales Entwicklungskonzept erstellt werden. Das Leitbild der Kleinregion lautet wie folgt:

Wir, die Kleinregion „10 vor Wien“, bewahren und schützen unsere vielfältigen natürlichen Ressourcen (Weinbau, Landwirtschaft, Waldflächen) zwischen Rußbach, Rohrbach und Donau und entwickeln eine eigenständige, lebenswerte und innovative Stadt-Land-Region vor den Toren Wiens.

Wir streben ein moderates Wachstum der Kleinregion mit einer behutsamen Siedlungsentwicklung und koordinierten Wirtschaftsräumen an und

verfolgen die Idee eines kostengünstigen, bedarfsorientierten öffentlichen Verkehrssystems, das auf die Bedürfnisse der Region optimal abgestimmt ist.

Wir sichern und entwickeln attraktive Kultur-, Freizeit und Naherholungseinrichtungen für einen naturnahen, sanften Tourismus.

(Kleinregion 10 vor Wien, 2022)

Politisch ist die Kleinregion der übergeordneten Hauptregion Weinviertel zuzuordnen. Geografisch wird sie in Niederösterreich von der Donau als räumliche Barriere im Südwesten, dem Bisamberg im Süden und dem Kreuttal im Osten eingegrenzt (Heinrich et al., 2009). Nach Norden und Westen hin öffnet sie sich in Richtung des Hügellandes, der Waschbergzone. Die Kleinregion wird landwirtschaftlich (Ackerbau), gewerblich-industriell und infrastrukturell intensiv genutzt (Heinrich et al., 2009). Durch ihre räumliche Nähe zur Bundeshauptstadt Wien erlebte sie in den letzten Jahren einen deutlichen Zuwachs an Einwohner*innen. Vor allem die Wiener Umlandgemeinden der Kleinregion zählen zu den dichter besiedelten Gemeinden Niederösterreichs, sie weisen bereits seit den 1980er Jahren starke Wachstumszahlen auf. Dies schlägt sich auch auf die Bevölkerungsdichte des Bezirks nieder, welche mit 139 EW/km² deutlich über dem niederösterreichischen Schnitt von 88 EW/km² liegt (Statistik Austria, 2020).

3.1.1. Landschaftsbild und Siedlungsstruktur

Das Aussehen der Kleinregion wird durch unterschiedliche Landschaftsräume geprägt. Vom Donaauraum mit seinen Auen über das Korneuburger Becken, den Bisambergzug und den welligen Hügeln der Klippenzone des Weinviertels besteht das Gebiet aus einer Vielzahl einzigartiger Naturräumen. Einige davon sind als Schutzgebiet ausgewiesen, wie zum Beispiel der Bisamberg und Stettner Berg, die Stockerauer Au und der Rohrwald. Das Landschaftsbild wird durch gewachsene dörfliche Strukturen sowie Acker- und Weinbau bestimmt. 52,7 km² der Kleinregion sind bewaldet, der Waldflächenanteil von 20 Prozent bedeutet einen bemerkenswert hohen Anteil im Vergleich zum restlichen Weinviertel. Forstwirtschaftliche Nutzung ist dabei an den Hügelkuppen und den Auwäldern der Donau im Süden zu finden. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2020)

Aufgrund der räumlichen Nähe zur österreichischen Bundeshauptstadt, entwickelten sich die besser angebundenen Gemeinden und Städte der Kleinregion in den letzten Jahren und Jahrzehnten zum sogenannten Speckgürtel außerhalb von Wiens. Dies schlägt sich auch in der Stadt-Regionalen-Typologisierung-

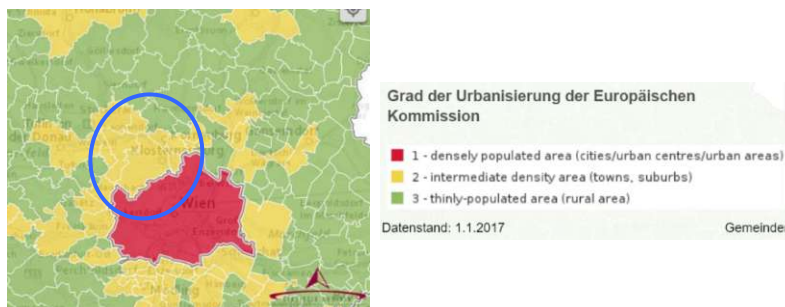


Abbildung 9: Urban-Rural-Typologie der Statistik Austria nach NUTS-3. Kleinregion 10 vor Wien blau eingekreist. (Statistik Austria, 2023)

g der Statistik Austria nieder. Dabei werden sieben Gemeinden (Bisamberg, Enzersfeld, Hagenbrunn Langenzersdorf, Korneuburg, Spillern und Stockerau) als Städte oder Vororte klassifiziert. Die restlichen vier Mitgliedsgemeinden (Großrußbach, Harmannsdorf, Leobendorf und Stetten) werden als ländlicher Raum eingestuft. Die Städte Korneuburg und Stockerau werden auch als Satellitenstädte vor Wien bezeichnet, da sie innerhalb der Außenzone Wiens liegen und selbst keine Außenzone sowie Pendler*inneneinzugsgebiet besitzen. (Statistik Austria, 2023)

Laut Registerzählung der Statistik Austria gibt es in der Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien insgesamt 22.248 Gebäude. Die Sanierungsquote liegt in NÖ bei 1 Prozent. Dies bedeutet umgelegt, dass pro Jahr ca. 220 Häuser in der Kleinregion 10 vor Wien saniert werden. Das Ziel der KEM10 ist es bis 2030, die Sanierungsquote deutlich zu erhöhen. Bei 7 Prozent (1.000 Gebäude) könnten eine Reduktion von 2.300 Tonnen CO₂ erreicht werden. Weiters werden rund 90 Prozent der Haushalte mit fossilen Brennstoffen (Öl- und Gasheizungen) beheizt. Bei einem Austausch von 1.000 Anlagen könnten zusätzliche 2.450 Tonnen CO₂ eingespart werden. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017, 2020)

3.1.2. Erschließung

Die Kleinregion 10 vor Wien verfügt über eine sehr gute Verkehrsanbindung, die zu guten inner- als auch überregionalen Erreichbarkeitsverhältnissen führt. Die Donauufer-Autobahn A22 quert als Hauptverbindung den Südtail der Kleinregion. Daran entlang führt auch die Nordwestbahn von Wien über Korneuburg und Stockerau bis ins tschechische Znojmo. Als weitere wichtige Verkehrsverbindungen kann die Wiener Außenring-Schnellstraße S1 genannt werden, welche von Korneuburg über Stetten, Enzersfeld im Weinviertel und Hagenbrunn bis in den 22. Wiener Gemeindebezirk führt. Ebenso sind die Autobahnen Stockerauer Schnellstraße S5 von Stockerau Richtung Westen, die Weinviertel-Schnellstraße S3 von Stockerau nach Hollabrunn sowie eine lokale jedoch inaktive Bahnstrecke von Korneuburg nach Ernstbrunn erwähnenswert. Die im Norden der Kleinregion gelegenen Gemeinden sind allerdings aufgrund fehlender Zubringer und schlechter öffentlicher Verkehrsanbindung lagemäßig benachteiligt. Diese strukturellen Unterschiede bedingen auch unterschiedliche Mobilitätsverhältnisse in den Gemeinden. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017).

Durch die räumliche Lage der Kleinregion entsteht eine starke wirtschaftliche und soziale Verflechtung mit der österreichischen Bundeshauptstadt. Allerdings stellen auch die regionalen Zentren Tulln, Hollabrunn und Mistelbach Anlaufpunkte für die Bevölkerung dar. Der Name der Kleinregion verrät jedoch die räumliche und geistige Orientierung des Forschungsgebietes, die Gemeinden „10 vor Wien“ befinden sich direkt vor den Toren Wiens, die Ausrichtung kommt daher nicht von ungefähr. Der Anteil jener Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsplatz außerhalb des Bezirks haben, beträgt rund 61 Prozent, 49 Prozent pendeln dabei nach Wien (Arbeiterkammer Niederösterreich, 2017). Bis 2018 hat die Zahl der Auspendelnden zusätzlich um 6,32 Prozent

zugenommen, was 1,56 Prozentpunkte unter dem österreichischen Schnitt liegt. Die Zahl der Einpendelnden hat nur um 2,15 Prozent zugenommen (Statistik Austria, 2023).

Einer Mobilitätserhebung des Büros Rosinak & Partner ZT GmbH zufolge lagen die Anteile der nachhaltigen Mobilitätsformen bei Fuß, Rad, und öffentlicher Verkehr der Stadt Korneuburg in Jahr 2015 deutlich höher als im niederösterreichischen Schnitt (Lipp et al., 2020). Aufgrund dieser Erkenntnis, ist in den Gemeinden entlang der Nordwestbahn ein ähnlicher Modal Split zu erwarten. Der Anteil an MIV-Lenker*innen und -Mitfahrer*innen dürfte in den ländlicheren Gemeinden deutlich höher sein als in Korneuburg.

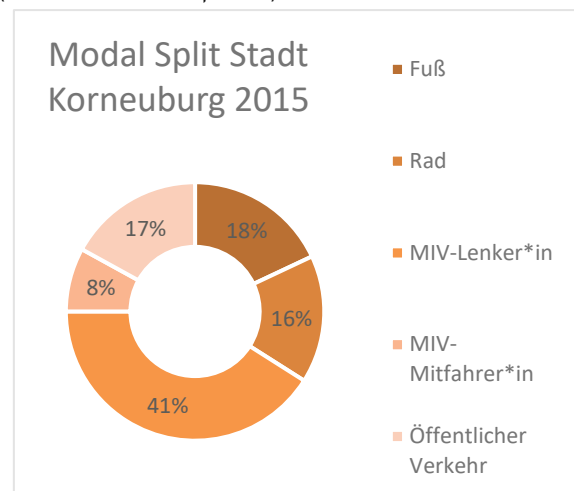


Abbildung 10: Modal Split Stadt Korneuburg 2015 (Lipp et al., 2020)

3.1.3. Demografie

Der Bezirk Korneuburg verzeichnet seit Anfang der 1980er Jahre ein Bevölkerungswachstum, das zu den dynamischsten Entwicklungen österreichweit zählt. Betrug das Wachstum zwischen 1971 und 1981 noch 2 Prozent, so stieg das Wachstum in dem folgenden Jahrzehnt auf 10 und zwischen 1991 und 2001 gar auf 12,2 Prozent. Der Anstieg der Bevölkerung ist dabei allein auf eine positive Wanderungsbilanz von +8.582 Personen zurückzuführen, wohingegen die Geburtenbilanz negativ ausfiel (-44) (Arbeitsmarktservice Österreich, 2022). Zwischen 2002 und 2019 stieg die Bevölkerungszahl schließlich um weitere 18,8 Prozent. Auch weiterhin ist das Wachstum ungebremst, so prognostiziert die Kleinräumige Bevölkerungsprognose der ÖROK vom Jahr 2018 dem Bezirk ein Wachstum von +15.074 Personen und somit ein Plus von 16,7 Prozent bis 2040 (Österreichische Raumordnungskonferenz, 2019).

Durch diese starken Zuwachsraten liegt der Altersdurchschnitt der Bevölkerung mit 19 Prozent der Über-65-Jährigen etwas unter dem niederösterreichischem Durchschnitt mit 20,1 Prozent. Der Anteil der unter-15-jährigen entspricht etwa dem niederösterreichischen Vergleichswert mit 14,3 zu 14,5 Prozent. Auch der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung entsprach 2019 mit 10,3 Prozent ca. dem landesweiten Vergleichswert von 10,1 Prozent. (Österreichische Raumordnungskonferenz, 2019)

Aufgrund des enormen Bevölkerungswachstums entwickelte sich die Kleinregion von einer ländlichen Region mit landwirtschaftlichen Strukturen hin zum heutigen nordwestlichen Speckgürtel von Wien. Durch die bessere Versorgung und Anbindung an die umliegenden Zentren ist das Interesse an einem Haus im Grünen ungebrochen. Dies schlägt sich auch auf die Grundstückspreise nieder, mussten so 2019 für einen Quadratmeter Grund in den teuersten

Gegenden der Kleinregion 400 bis 600 € bezahlt werden (Korneuburg und Langenzersdorf). Deutlich unter diesem Niveau liegen die Gemeinden Harmannsdorf, Spillern und Stetten mit 160 bis 250 € pro m² und die geringsten Preise verbucht die Gemeinde Großrußbach aufgrund ihrer Entfernung zu Wien mit 65 bis 88 € pro m² (Kraft, 2019). Die Bebauungsstrukturen änderten sich im ländlichen Raum somit von Straßendörfern mit Streckhöfen und Hintausbereichen zu vermehrt alleinstehenden und gestreuten Einfamilienhausstrukturen mit hinteren und seitlichen Baufluchtlinien. Durch den zunehmenden Preisdruck werden die Grundstücke zusehends kleiner, von ehemals über 1.000 m² je Grundstück in den 1990er Jahren hin zu aktuell 300 bis 400 m² in den besonders dicht bebauten Gemeinden. Die Bebauungsdichten und so auch der Versiegelungsgrad nehmen somit deutlich zu.

3.1.4. Wirtschaft und Bildung

Die Kleinregion profitiert von ihrer Lage und der Nähe zu Wien und verzeichnet somit auch ein positives Wachstum an Betrieben. So waren 1993 im Bezirk Korneuburg 2.233 Betriebsstandorte vorhanden, die bis 2003 auf 3.207 und 2013 schließlich auf 4.836 Standorte anwuchsen (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017). Der Bezirk Korneuburg verzeichnet eine überdurchschnittliche Kaufkraft von 28.274 € und liegt somit 16,7 Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt. Allerdings verzeichnet die Kleinregion eine zu geringe Kaufkraftbindung der Einwohner*innen und die Zahl der Produktionsbetriebe sinkt zusehends (Land Niederösterreich, 2021).

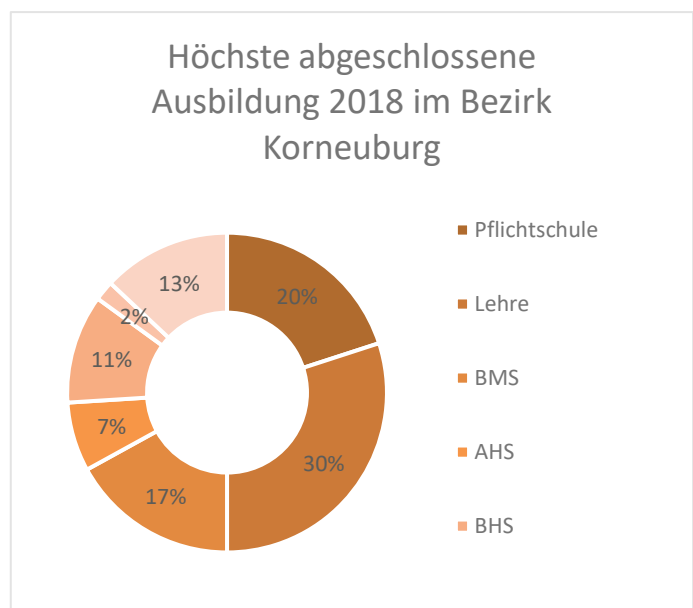


Abbildung 11: Höchste abgeschlossene Ausbildung im Bezirk Korneuburg 2018 (Land Niederösterreich, 2021)

30 Prozent aller höchst abgeschlossenen Ausbildungen fallen im Bezirk Korneuburg auf den Lehrabschluss. 20 Prozent der Einwohner*innen haben einen Pflichtschulabschluss. Weiters folgen die BMS-Abschlüsse (Berufsbildende mittlere Schulen) mit 17 Prozent, Universitäts- bzw. Fachhochschulabschlüsse mit 13 Prozent und ein BHS-Abschluss (Berufsbildende höhere Schulen) mit 11 Prozent. Der AHS-Abschluss mit 7 Prozent nimmt hingegen nur einen geringen Anteil ein. (Land Niederösterreich, 2020)

3.1.5. Klima

Das Land Niederösterreich hat vier sogenannte „Klimaviertel“ nach deren klimatischen Bedingungen definiert. Neben der Region Donauraum gibt es die Region Ostalpen, das östliche Flachland und das Waldviertel als Klimaviertel. Die Kleinregion wird dabei geografisch überwiegend dem östlichen Flachland zugeordnet (Bisamberg, Enzersfeld, Großrußbach, Hagenbrunn, Harmannsdorf, Korneuburg, Langenzersdorf, Leobendorf, Spillern, Stetten und Stockerau). Die südlichen Gemeindegebiete der vier Gemeinden Korneuburg, Leobendorf, Spillern und Stockerau befinden sich allerdings im Klimaviertel Donauraum. (Umweltgemeinde Service, 2023)

Das Klimaviertel östliches Flachland ist stark durch das pannonisch-kontinentale Klima, mit trocken-warmen Sommern beeinflusst. Dadurch kommt es zu einer Anzahl von durchschnittlich 80 Sommertagen pro Jahr mit mehr als 250 Tagen ohne Niederschlag. Diese Gegebenheiten begünstigen den Anbau von Wein und Gemüse. Die Jahresmitteltemperatur beträgt 11,2 °C bei einem Jahresniederschlag von 639 mm. (Umweltgemeinde Service, 2023)

Die südlichen Teilbereiche der Gemeinden Korneuburg, Leobendorf, Spillern und Stockerau sind dem Klima der Region Donauraum zuzuordnen. Diese wird neben dem atlantischen Einfluss mit seinen fechtkühlen Wetterlagen und gelegentlichen Hochwässern von dem pannonischen Einfluss geprägt. Die langen Trockenperioden und hohen sommerlichen Tagestemperaturen, aber auch das abwechslungsreiche Klima ermöglicht eine große Artenvielfalt und begünstigt die Land- und Forstwirtschaft. (Umweltgemeinde Service, 2023)

In beiden Klimaregionen ist mit einer signifikanten langfristigen Änderung der Lufttemperatur zu rechnen. So soll die mittlere Temperatur im Winter um +1,4 °C und jene im Sommer um +1,7 °C ansteigen. Neben dem gesteigerten Temperaturniveau sind auch mit einer Zunahme von zusätzlichen +8 Hitzetagen von über +30,0 °C im Sommer (östliches Flachland bisher 10, Donauraum bisher 8) zu



Abbildung 12: Klimaviertel östliches Flachland, Kleinregion 10 vor Wien blau eingekreist (Umweltgemeinde Service, 2023)



Abbildung 13: Klimaviertel Region Donauraum, Kleinregion 10 vor Wien blau eingekreist (Umweltgemeinde Service, 2023)

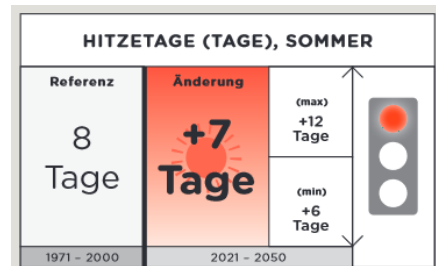


Abbildung 14: Langfristige Änderung der Lufttemperatur in der Kleinregion 10 vor Wien (Umweltgemeinde Service, 2023)

rechnen. Außerdem sollen die Niederschlagsmengen um bis zu +36 mm zunehmen. (Umweltgemeinde Service, 2023)

Daraus resultiert eine starke Zunahme der Kühlgradzahl um +101 °C. Die Kühlgradzahl gibt „[...] die Summe der Differenz zwischen Raum- (+20,0 °C) und Außentemperatur an Tagen mit einer Tagesmitteltemperatur über +18,3 °C an“ (Umweltgemeinde Service, 2023). Der Anstieg der Temperatur führt auch zu einer deutlichen Erhöhung des Kühlbedarfs. So steigt die Kühlgradzahl im Donauraum um +71 Prozent an. Auch die Zahl der Tropennächte soll sich gar vervierfachen, von derzeit einer Nacht auf zukünftig vier. Zugleich sinkt jedoch der Heizbedarf um -13 Prozent signifikant ab. (Umweltgemeinde Service, 2023)

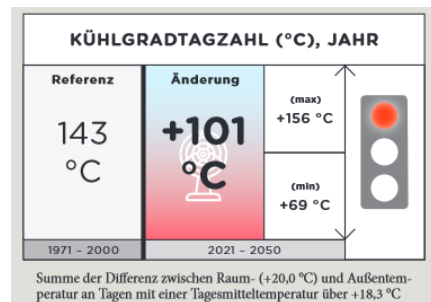


Abbildung 15: Langfristige Änderung der Kühlgradtagzahl in der Kleinregion 10 vor Wien (Umweltgemeinde Service, 2023)

Weiters ist von einer Zunahme an fünf niederschlagsfreien Tagen (bisher 69) im Frühling zu rechnen. Da jedoch auch die Niederschlagsmenge zunehmen soll, lässt sich eine Veränderung der Art der Niederschlagsereignisse folgern. Dies deutet auf eine Zunahme von Starkregenereignissen hin. Generell rechnet die Analyse des Projektes „Klimaszenarien Österreich“ mit einer deutlichen und signifikanten Zunahme an Klimaereignissen in den Gemeinden der Kleinregion 10 vor Wien, die eine zunehmende Belastung für Mensch, Tier und Pflanzen darstellen.

3.2. Chancengleichheit von Frauen* und Männern* in der Kleinregion 10 vor Wien

Das Institut SORA veröffentlichte 2021 einen **Gleichstellungsindex** (Heinz et al., 2022) in dem die Gleichstellung von Frauen* und Männern* in den österreichischen Gemeinden anhand von neun messbarer Faktoren (z.B. Bildung, Erwerbstätigkeit, Mobilität, Kinderbetreuung, ...) berechnet wurde. Der **Gesamtindex** für Österreich erreicht einen Wert von **51** (von einem möglichen Wert zwischen 0 und 100, 100 = voll erreichte Gleichstellung). Demzufolge hat Österreich die Gleichstellung der Geschlechter erst zur Hälfte erreicht. Der Gesamtindex zur Gleichstellung liegt in den Mitgliedsgemeinden der Kleinregion zwischen **40** (Harmannsdorf) und **55** (Spillern) und bewegt sich somit rund um das österreichische Mittel. (Heinz et al., 2022)

Der Gesamtindex setzt sich aus 9 Dimensionen zusammen. In weiterer Folge werden vier Dimensionen ausgewählt, die einen inhaltlichen Zusammenhang zum Themenschwerpunkt der Forschungsarbeit haben:

- Der **Dimensionsindex Erwerbstätigkeit** liegt bei den Mitgliedsgemeinden zwischen **49** und **68** (österreichischer Schnitt **47**). Dies deutet darauf hin, dass in der Kleinregion u.a. eine geringere Differenz der Teilzeitarbeit zwischen Frauen* und Männern* herrscht als im österreichischen Durchschnitt. Dies lässt eine höhere Chancengleichheit von Frauen* hinsichtlich Erwerb und Einkommen erkennen. Allerdings liegt der Anteil von teilzeiterwerbstätigen Frauen* im Bezirk Korneuburg noch immer auf einem sehr hohen Niveau von 66 Prozent sowie der Anteil jener Frauen* ohne eigenes Einkommen bei 10 Prozent (genderAtlas, 2011). Außerdem liegt das durchschnittliche Gesamteinkommen von Frauen* im Bezirk bei 26.167 €, wohingegen das der Männer* 39.795 € beträgt. Dies bedeutet einen Einkommensnachteil von -20,7 Prozent der Frauen* im Bezirk Korneuburg, wodurch der GenderPayGap auf den 17. Oktober fällt (Österreichweit 21. Oktober).
- Der **Dimensionsindex Kinderbetreuung und Vereinbarkeit** der Mitgliedsgemeinden liegt zwischen **46** und **87**, was eine enorme Spannweite bedeutet (österreichischer Schnitt **51**). Dies lässt auf große Unterschiede innerhalb der Kleinregion hinsichtlich Kinderbetreuungsquote und Vereinbarkeit mit Vollzeitbeschäftigung der Eltern schließen. Hier kann ein deutliches Gefälle zwischen den ländlich geprägten Gemeinden im Norden und den urbanen und gut angebundenen Gemeinden im Süden der Kleinregion verzeichnet werden.
- Der **Dimensionsindex Mobilität** der Mitgliedsgemeinden liegt zwischen **40** und **91**, was eine enorme Spannweite bedeutet (österreichischer Schnitt **46**). Dies lässt auf große Unterschiede innerhalb der Kleinregion hinsichtlich ÖV-Güteklassen und Anfahrtszeiten zu regionalen Zentren schließen. Auch hier kann ein deutliches Gefälle zwischen den ländlich geprägten Gemeinden im Norden und den urbanen und gut angebundenen Gemeinden im Süden der Kleinregion verzeichnet werden.
- Der **Dimensionsindex Repräsentation** der Mitgliedsgemeinden liegen zwischen **28** und **67**, was eine enorme Spannweite bedeutet (österreichischer Schnitt **35**). Dies lässt auf große Unterschiede innerhalb der Kleinregion hinsichtlich Frauen*anteil in Gemeinderäten und Frauen*anteilen in Bürgermeister*innenämtern schließen. Hier können deutliche Unterschiede im Zusammenhang mit der Größe je nach Einwohner*innenzahl der Gemeinden identifiziert werden. (Heinz et al., 2022)

Zusammenfassend liegt die **Chancengleichheit von Frauen* und Männern*** in der Kleinregion 10 vor Wien über dem österreichischen Durchschnitt. Vor allem die urbaneren, bevölkerungsstärkeren und besser angebundenen Gemeinden Bisamberg, Korneuburg, Langenzersdorf, Spillern und Stockerau weisen ein relativ gutes Gleichstellungsniveau auf. Bei den ländlicheren Gemeinden Großrußbach, Enzersfeld, Hagenbrunn, Harmannsdorf und Stetten besteht allerdings teils noch großes Aufholpotenzial bei der Gleichstellung von Frauen* und Männern*. Dies betrifft insbesondere die Kategorien **Kinderbetreuung und Vereinbarkeit, Mobilität** sowie **Repräsentation**.

3.3. Akteursgefüge in der Kleinregion

In weiterer Folge werden die drei Hauptakteure der Forschungsarbeit benannt und analysiert: wie bereits in Kapitel 1 beschrieben, handelt es sich bei der behandelten Thematik der Forschungsarbeit um eine Dreiecksbeziehung zwischen der **Kleinregion 10 vor Wien**, der **Lokalpolitik der Mitgliedsgemeinden** sowie der **Zivilgesellschaft**.

3.3.1. Die Kleinregion 10 vor Wien

Die interkommunale Zusammenarbeit in Niederösterreich basiert auf dem Freiwilligkeitsprinzip, wodurch in den 1980er Jahren die ersten Kleinregionen gegründet wurden. Mittlerweile gibt es, durch starke Bemühungen und Förderungen durch das Land NÖ, **63 Kleinregionen**, dabei sind etwa 87 Prozent der niederösterreichischen Gemeinden Mitglieder. Das Land gibt für diese Form der Zusammenarbeit eine Mindestgröße von sechs oder mehr Gemeinden mit insgesamt 8.000 Einwohner*innen oder zwischen drei und fünf Gemeinden mit insgesamt 12.000



Abbildung 16: Mitglieder der Kleinregion 10 vor Wien (Kleinregion 10 vor Wien, 2022)

Einwohner*innen vor. Sowohl fachlich als auch finanziell werden die Gemeinden durch die Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten sowie der **NÖ.Regional GmbH** unterstützt. Über den **Fonds für Kleinregionen** werden Fördersummen von bis zu 18.000 Euro bzw. 60 Prozent für kleinregionale Projekte ausgeschüttet. Konkret werden dabei Themen wie die Beratung zur Kleinregionsgründung, Begleitung kleinregionaler Entwicklungs-/Rahmenkonzepte sowie Strategiebegleitung und Projektbegleitung bearbeitet. Weiters werden Förderberatungen- und -abwicklungen, thematische Inputs zur Weiterentwicklung der Kleinregionen sowie Krisenintervention angeboten. (Umweltgemeinde Service, 2023)

Die Möglichkeiten einer Kleinregion sind vielfältig, so können Kleinregionale Entwicklungskonzepte (KREK – Strategien für die interkommunale Zusammenarbeit für 8 bis 10 Jahre), Kleinregionale Rahmenkonzepte (KRRK – Abstimmungen räumlicher Entwicklungsvorstellungen für 10 Jahre) und/oder Kleinregionale Strategiepläne (KRSP – Grundlage für Kooperationen und Projekteinreichungen im Fonds für 4 Jahre) erstellt werden. Inhaltlich bewegen sich die Maßnahmen und Projekte der Kleinregionen unter anderem von der Bildung kleinregionaler Identität und Bewusstsein über technische Infrastruktur und Mobilität hin zur Raumentwicklung. Außerdem wird auf der Webseite der Abteilung Raumordnung und Gesamtverkehrsangelegenheiten des Landes Niederösterreich ausdrücklich erwähnt, dass „**Gender-Mainstreaming** (Chancengleichheit für alle sozialen Gruppen) sowie **Nachhaltigkeit** [...] als Querschnittsmaterien in allen Bereichen entsprechend zu berücksichtigen“ sind. (Amt der NÖ Landesregierung, 2009)

In der Region nordwestlich von Wien wurde schließlich die Kleinregion von dem **Regionalentwicklungsverein 10 vor Wien** 2006 gegründet. Dieser setzte sich zum Ziel „[...] *fortan verstärkt gemeindeübergreifend zu arbeiten, eine gemeinsame Vision zu entwickeln und in seinem Wirkungsbereich das gemeinsam erarbeitete regionalen Leitbild mit den darin festgelegten Zielen, Maßnahmen und Projekten umzusetzen*“ (Kleinregion 10 vor Wien, 2022). Die ursprünglichen Gründergemeinden die „Zehn vor Wien“ waren Enzersfeld, Großrußbach, Korneuburg, Langenzersdorf, Leobendorf, Hagenbrunn, Harmannsdorf, Spillern, Stetten und Stockerau. Die Marktgemeinde Bisamberg trat zehn Jahre später, im Jahr 2016, der Kleinregion bei. Die Kleinregionsmanagerin Karin Schneider verwaltet seit Anfang 2017 als Geschäftsführerin den Regionalentwicklungsverein. (Kleinregion 10 vor Wien, 2022)

Bereits bei ihrem Zusammenschluss, definierte die Kleinregion die Verbesserung der Mobilität als eines der wichtigsten Aufgabengebiete. Im Zuge dessen wurde neben dem **Kleinregionalen Entwicklungskonzept 2005** ein „Kleinregionales Öffentliches Verkehrskonzept“ in Zusammenarbeit mit dem 21. Wiener Gemeindebezirk im Jahr 2006 erstellt. Im selben Jahr wurde auch eine Radroutennetzerweiterung forciert. Darauf folgten ein **Regionales Energiekonzept 2011** sowie die **Kleinregionale Strategien 10 vor Wien 2013 und 2020**. Im Laufe der Jahre wurden in der Region Projekte in den folgenden Bereichen realisiert:

- „Mobilität (Bewusstseinsbildung und Information der Bevölkerung über bestehende Bus- und Bahnangebote, Errichtung von Radwegen und Radabstellanlagen, Maßnahmen zur Förderung des Alltagsradverkehrs, Regionalzug von Wien nach Retz 2006 bis 2013, IST mobil Bezirk Korneuburg, Netzausweitung nextbike 2019, Jugend-Shuttlebus)
 - Sport- und Gesundheitsveranstaltungen (Zwei-Städte-Lauf Korneuburg Stockerau, Sport- und Gesundheitstage, Drachenbootrennen)
 - Gastronomische und kulinarische Events (Hafenfest WERFT, Oldtimer Treffen, Märkte, Feste)
 - Kunst und Kultur (Kreisverkehre – Kunst im öffentlichen Raum, Fossilienwelt, Konzerte, Stadtführungen Korneuburg und Stockerau)“
- (Kleinregion 10 vor Wien, 2022)

Die Kleinregion kooperiert häufig mit der **Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ** (eNu) zur Planung und Realisierung nachhaltiger Maßnahmen in den Mitgliedsgemeinden. Die eNu wurde 2011 gegründet und untersteht dem Landesrat für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes NÖ. Die Hauptaufgabe der Agentur ist die Beratung und Information von niederösterreichischen Bürgern, Unternehmen, Verwaltung und Gemeinden zu den Themen rund um Energie, Klima, Umwelt und Naturschutz. So unterstützt die eNu Gemeinden beispielsweise bei der Energieberatung und bei der Erstellung einer Energiebuchhaltung. Außerdem steht den Gemeinden ein kommunales Förderzentrum zu den Themen Klima, Energie, Umwelt und Natur zur Verfügung, wo Beratungen zu

den möglichen Förderungen, Einreichungen und Vergaben erfolgt. Hier gibt es beispielsweise die Förderkategorie „Klimaschutz in Gemeinden“ für die sich die Gemeinden selbst bewerben können. Dabei werden Förderungen für z.B. Projekte für thermische Gebäudesanierungen, zum Energiesparen in Gebäuden und bei öffentlicher Beleuchtung sowie zur Umstellung von Heizungssystemen mit maximal 300.000 € zugestanden. Weiters stellt das Land Niederösterreich auch Förderungen im Umweltbereich für Privatpersonen zur Verfügung (z.B. Eigenheimsanierungen, Solaranlagen, Fernwärmeanbindungen, Heizkesseltausch). (Amt der NÖ Landesregierung, 2023a)

Weiters dient das **NÖ Umweltgemeindeservice** als zentrale Anlaufstelle für Umweltgemeinderäte und Energiebeauftragte zur Förderberatung und für Weiterbildungen im Bereich Energieeffizienz- und Klimaschutz sowie Klimawandelanpassung. Zudem können sich Gemeinden hier Know-how aus dem Energie-Gemeinde-Paket holen. Ein weiteres Angebot des Umweltgemeindeservice ist der Energie- & Klima Check Bericht, dieser bietet in einem Excel Sheet eine Überprüfung und Einschätzung der bereits getätigten Maßnahmen in der Gemeinde an (z.B.: Förderberatung für Gemeinden, Energie- und Umwelt-Gemeinde-Tag, Energiebeauftragte-Foren, Ökomanagement, Veranstaltungsscheck, Bildungscheck für NÖ Gemeindebeauftragte, ...). Neben dieser Überprüfung enthält der Check einen äußerst umfassenden Maßnahmenkatalog, welcher den Gemeinden helfen soll, nachhaltige Handlungen auf lokaler Ebene zu setzen. (Umweltgemeinde Service, 2023)

3.3.1.1. Mobilität in der Kleinregion 10 vor Wien

Aufgrund der sehr guten Verkehrsanbindung der Kleinregion 10 vor Wien und der starken Ausrichtung der Mobilitätsströme in die Bundeshauptstadt, wird ein Großteil des Verkehrs durch Pendler*innenbewegungen von und aus der Stadt Wien generiert. Das öffentliche Verkehrsangebot der Kleinregion 10 vor Wien besteht aus einem Mobilitätsmix aus Schnellbahn und Regionalzügen sowie Busverbindungen in alle Mitgliedsgemeinden, in die umliegenden regionalen Zentren sowie die Landes- und Bundeshauptstadt. Der Großteil der Mitgliedsgemeinden haben daher eine gute öffentliche Verkehrsanbindung (7 von 11 Gemeinden haben eine ÖV-Güteklasse D oder höher (Österreichische Raumordnungskonferenz, 2019)). Die Mobilität und deren Herausforderungen in der Kleinregion waren einer der ausschlaggebenden Punkte für die Gründung des Regionalentwicklungsvereins. Im Zuge der Vereinsarbeit finden daher einige Projekte mit dem Ziel zur Reduktion von CO₂-Emissionen statt:

Mobilitätszentrale

Durch den Einsatz und Engagement des Kleinregionsvereins konnte 2009 das Pilotprojekt der ersten Mobilitätszentrale in Niederösterreich errichtet werden, welches aufgrund seines Erfolges 2014 als klima:aktiv mobil Partner ausgezeichnet wurde. Die Mobilitätszentrale wurde mittlerweile durch das Mobilitätsmanagement der NÖ.Regional.GmbH ersetzt. (Kleinregion 10 vor Wien, 2022)

IST-Mobil

Weiters ergänzt das ISTmobil das öffentliche Verkehrsangebot, welches 17 teilnehmende Gemeinden von Montag bis Sonntag von 6:00 bis 24:00 verbindet. Diese gemeindeübergreifende Betriebsform eines Anrufsammeltaxisystems ohne Linien- und Fahrplanbindung vereint innovative Elemente, die eine bedarfsorientierte und effiziente Mobilitätslösung ermöglichen und so den administrativen Aufwand für die Gemeinden vereinfachen. Durch die Maximierung des Sammelpotenzials und Erhöhung des Besetzungsgrades sollen so Leerkilometer vermieden werden. Das Projekt konnte bereits einige Preise und Auszeichnungen für sich gewinnen (Auszeichnung klima:aktiv mobil, VCÖ-Mobilitätspreis für Niederösterreich, Climate Star 2016). (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017)

E-Mobilität

Die E-Mobilität steckt in der Kleinregion noch in den Kinderschuhen. In jeder Gemeinde der Kleinregion gibt es zurzeit zumindest eine öffentliche E-Tankstelle (diese befinden sich meist am Hauptplatz oder auf Parkplätzen von Einzelhandelseinrichtungen). Die Stadt Korneuburg nimmt in diesem Sektor zudem eine Vorreiterrolle ein und bietet gemeinsam mit dem 360° Programm der ÖBB sowohl E-Car-Sharing als auch einen E-Scooter und E-Bike-Verleih an. Die Gemeinde Harmannsdorf plant die Umstellung ihres Fuhrparks auf E-Mobilität. (Kleinregion 10 vor Wien, 2022)

Radmobilität

In der Kleinregion 10 vor Wien gibt es eine Vielzahl an Freizeitradwegen, allen voran die Etappe 7 des Donauradwegs Nordufer: Tulln - Wien/Nordbrücke welche ein Teil des 2850 km langen Donauradwegs ist (Kleinregion 10 vor Wien, 2022). Auch deutet der Korneuburger Modal Split mit einem Radverkehrsanteil von 16 Prozent (Lipp et al., 2020) auf einen vergleichsweise hohen Anteil an Radfahrer*innen in der Stadt hin. Die Radverbindungen in die peripher gelegenen Gemeinden im Norden der Kleinregion sind jedoch noch ausbaufähig. Die schlechte alltägliche Versorgung in den ländlichen Gemeinden und große Distanzen zueinander erschweren die alltäglichen Radverbindungen.

NextBike

In fünf Gemeinden der Kleinregion (Korneuburg, Stockerau, Spillern, Langenzersdorf und Leobendorf) können an insgesamt 69 Verleihstationen Next-Bikes ausgeliehen und an einer beliebigen Station wieder abgegeben werden. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017)

3.3.1.2. Energie in der Kleinregion 10 vor Wien

Der jährliche Energiebedarf der Klima- und Energiemodellregion – KEM10 belief sich im Jahr 2017 auf 2.424 GWh (Gigawattstunden). Dieser lässt sich in drei Sektoren wie folgt unterteilen: **Wärmebedarf** (Raumwärme, Warmwasser, Prozesswärme) mit 55 Prozent, **Mobilität** (Treibstoffe) mit 29 Prozent

sowie **Strombedarf** (Elektrizität) mit 16 Prozent Anteil. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017)

Der Wärmebedarf lässt sich dabei in weitere drei Sektoren unterteilen. Diese verteilen sich zu 39 Prozent auf Wohnen, 56,2 Prozent auf Betriebe sowie 4,7 Prozent auf Infrastruktur. Auch der Strombedarf verteilt sich zu 27,4 Prozent auf Wohnen, zu 66,1 Prozent auf die Betriebe und zu 6,5 Prozent auf die Infrastruktur. Der hohe Anteil des Energiebedarfs im Sektor Mobilität besteht zu einem überwiegenden Teil aus dem motorisierten Individualverkehr. Weiters ist hierbei auch der Verlust bei der Umsetzung von Endenergie in Nutzenergie am höchsten. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017)

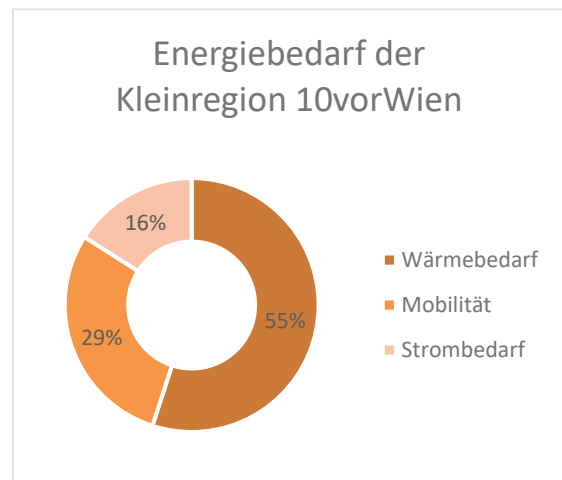


Abbildung 17: Energiebedarf der Kleinregion 10 vor Wien nach Sektoren. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017)

Energiebereitstellung

Die regionale Energieversorgung erfolgte 2017 zu ca. 8,3 Prozent aus regionalen erneuerbaren und zu ca. **90 Prozent aus fossilen Energiequellen**. Dies bedingt Ausgaben für Energieimporte von ca. 244 Mio. Euro im Jahr. Die fossilen Energielieferanten setzen sich aus Erdöl (43 Prozent), Erdgas (31 Prozent), Netzstrom (19 Prozent) und zu 8 Prozent aus Biomasse, erneuerbaren Strom sowie Kohle zusammen. Die regionale Energiebereitstellung mit erneuerbaren Energieträgern erfolgt größtenteils über Biomasse (48,7 Prozent) und Fernwärme (37,8 Prozent). Neben Windkraft (9,1 Prozent) und Solarstrom (2,0 Prozent) spielen Wärmepumpen und Solarwärme nur eine untergeordnete Rolle bei der Energiebereitstellung.³ (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017)

Potentiale

Aus technischer Sicht sind in der Kleinregion große Potentiale zum Energiesparen, aber auch zur Energieproduktion vorhanden. Das Umsetzungskonzept der KEM10 setzt auf eine starke Reduktion des regionalen Jahresenergiebedarfs durch einen Mix an Maßnahmen wie Energiebuchhaltung, Nutzer*innenschulung, Sanierung von Gebäuden und Anlagen, Gerätetausch und Verkehrssparen. Weiters soll durch einen ständigen Ausbau nachhaltiger Energieträger eine deutliche Anhebung der

³ Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass die verwendeten Statistiken zur nachhaltigen Energiebereitstellung, zum Großteil aus dem Jahr 2008 verwendet wurden und vor allem bei der Solarstromgewinnung in den letzten Jahren ein enormer Boom erfolgte.

Eigenproduktion ermöglicht werden (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017). Der Abbildung 12 können die enormen ungenutzten Potentiale der Kleinregion in den Bereichen der Solarstrom- und Windkraftenergiegewinnung entnommen werden:

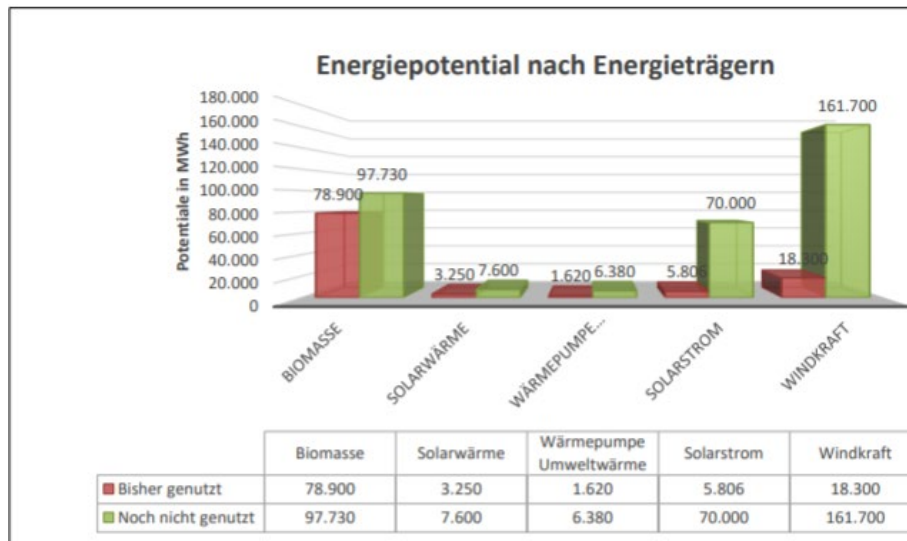


Abbildung 18: Nachhaltiges Energiepotential nach Energieträgern. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017)

Erzeugung Windenergie

Der Bezirk Korneuburg befindet sich an Platz 8 der Top 10 Windpotentialbezirke österreichweit und an Platz 4 in Niederösterreich mit einem theoretisch maximal mobilisierbaren Windenergiepotenzial von 161.700 MWh. Derzeit befinden sich Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von ca. 9 MW im Einsatz. Die Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien weist darauf hin, dass „[...] mit **zusätzlichen 15 neuen Windkraftanlagen** in der 3,5 MW Leistungsklasse, der **derzeitige gesamte Strombedarf der Region gedeckt** werden könnte. Dabei könnten 7,25 Tonnen CO₂ vermieden werden. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017, S. 51)(Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017)

Erzeugung Solarstrom

Mit Stand 2018 erzeugten 697 Anlagen 5.806 kWp Sonnenstrom in der Kleinregion. Theoretisch könnten in Summe über 11.000 Gebäude (50 Prozent) in der KEM10 mit einer eigenen Photovoltaikanlage ausgestattet werden. Damit könne „ein nutzbares Potential für Solarstrom auf Gebäuden von mindestens 70 GWh/a. erreicht werden.“ (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017, S. 49)

Energiesparpotential

Beim Energiesparen setzt die KEM10 insbesondere auf Maßnahmen zur Wärmedämmung von Wohngebäuden, die Optimierung von Heizungsanlagen, Effizienzmaßnahmen für elektrische Verbraucher (z.B. Umstellung LED-Beleuchtung) sowie Optimierungsmaßnahmen bei der Mobilität, insbesondere beim Individualverkehr. Bis Ende der 2010er Jahre konnte nur verhaltenes Interesse der Bevölkerung der Kleinregion hinsichtlich erneuerbarer Energien und Energieeinsparmaßnahmen

verzeichnet werden. Begründet wurde dies zu jener Zeit mit einem mangelnden Angebot und zu hohen Preis für erneuerbare Alternativen. Der Verein für Energie-Autarkie in Bisamberg kann an dieser Stelle als eines der wenigen Leuchtturmprojekte genannt werden, welches sich in den Jahren 2011 bis 2021 stark für die Themen nachhaltige Energie, Photovoltaikanlagen und Beratung engagiert hatte. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017)

Im Zuge der Krisenzeit seit 2020 stiegen jedoch die Energiepreise, insbesondere für fossile Brennstoffe, durch multiple Krisen exorbitant an und betrug so 2022 mehr als das Dreifache als im Jahr 2019. Diese finanzielle Mehrbelastung gekoppelt mit einer ungewöhnlich hohen Inflation verursachte ein gesamtgesellschaftliches Umdenken wodurch die Themen energiesparende Geräte, Sanieren, Dämmen und Umstieg auf nachhaltige Energiegewinnungsmethoden plötzlich in den Fokus der österreichischen Bevölkerung rückten. So wurden 2022 -3,2 Prozent weniger Strom und -8,1 Prozent weniger Gas verbraucht als im Vergleich zum Mittelwert von 2017 bis 2021 (Peter Draxler, 2023). Diese Zahlen sind hinsichtlich Einsparungen von THG-Emissionen und einem spürbaren Umdenken in der Gesellschaft erfreulich, können allerdings aufgrund dieser ungewöhnlichen Lebensumstände langfristig nur mit Vorsicht betrachtet werden. Ob ein tatsächlicher Wandel hin zu einer energiesparenderen Zukunft stattfindet, kann erst in den kommenden Jahren beurteilt werden.

Maßnahmen zur Energiegewinnung, -nutzung und -einsparen in der Kleinregion 10 vor Wien

Grundlage für das grundlegende Handeln in der KEM10 ist der Slogan: „Für ein Leben frei von Emissionen, mit leistbarer Energie für Generationen!“. Die KEM10 befindet sich seit Jänner 2023 in der Umsetzungsphase 3 des betreffenden Programms, welche noch bis Dezember 2025 läuft. Dabei werden 10 Maßnahmen in den Kategorien

- **Energie denken** (Energieraumplanung KEM 10 vor Wien, Paris – KEM 10 vor Wien)
- **Energie lenken** (Wir forcieren die Verkehrswende!, Aktiv mobil in der KEM10 vor Wien!)
- **Energie senken** (Forcierung Energieeffizienz Bevölkerung, Raus aus dem Öl und Gas, Energieeffizienz kommunale Gebäude)
- **Energie schenken** (Neue Quellen zur Wärmeversorgung!, Wir bringen PV-Strom in unsere Region!)

umgesetzt. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2023)

3.3.1.3. Zusammenarbeit der Kleinregion 10 vor Wien mit weiteren Förderprojekten und -maßnahmen

Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien

Die KEM10 (Klima- und Energiemodellregion) ist ein Zusammenschluss der Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien zusammen mit den Gemeinden Großmugl und Sierndorf. Gegründet wurde die Modellregion im Jahr 2015 und konnte seitdem bereits einige Maßnahmen mit dem Ziel zur „Festlegung einer strategischen Vorgangsweise im Bereich Energie“ umgesetzt werden. Unter

anderem soll damit der kleinregionale Energiebedarf gesenkt und erneuerbare Energieträger ausgebaut werden. Die Themen Energiesparen, erneuerbare Energieträger, Vermeidung von CO₂ Emissionen sollen zudem stärker in den Fokus der Bevölkerung, der Unternehmen und der Gemeinden treten, um damit die Umwelt, die Natur, aber auch die physische und psychische Gesundheit der Menschen zu schützen. Die KEM10 wird gemeinsam mit der Kleinregion 10 vor Wien von der Kleinregionsmanagerin Karin Schneider verwaltet. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2023)

Klimawandel-Anpassungsmodellregion KLAR! 10 vor Wien

Die KLAR! 10 vor Wien besteht aus insgesamt 13 Gemeinden (Bisamberg, Enzersfeld im Weinviertel, Großmugl, Großrußbach, Hagenbrunn, Harmannsdorf, Korneuburg, Leitzersdorf, Niederhollabrunn, Sierndorf, Spillern, Stetten, Stockerau). Davon sind 9 Gemeinden auch Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien. Durch die Initiierung einer KLAR!-Region wollen die Gemeinden nun auch die Themen der Klimawandelanpassung in deren Zusammenarbeit einfließen lassen. Dadurch soll ein nachhaltiger Nutzen für die Region und ihre Menschen sowie zugleich auch für Klima und Umwelt erzielt werden. Die gemeinsame Vision der KLAR! 10 vor Wien ist: *„Unter Berücksichtigung einer optimalen Anpassung an den Klimawandel gilt es, die in der Region vorhandenen vielfältigen Ressourcen (Weinbau, Landwirtschaft, Waldflächen) zu schützen. Durch Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, den Unternehmen und den Gemeinden sollen aktiv Maßnahmen gesetzt werden, um eine eigenständige, lebenswerte und innovative Stadt-Land Region vor den Toren Wiens zu erhalten.“* Wie auch die KEM10 wird die KLAR! 10 vor Wien gemeinsam mit der Kleinregion 10 vor Wien von der Kleinregionsmanagerin Karin Schneider verwaltet. (KLAR! 10 vor Wien, 2022)

LEADER-Region Weinviertel Donauraum (2013 - 2020)

Die LEADER Region Weinviertel Donauraum ist ein Zusammenschluss der Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien zusammen mit den Gemeinden Großmugl, Hausleiten, Leitzersdorf, Niederhollabrunn, Russbach und Sierndorf. Die Lokale Entwicklungsstrategie der LEADER-Region Weinviertel Donauraum 2021–2027 ist gerade in Ausarbeitung. In dieser LEADER-Periode wird es das zusätzliche Aktionsfeld *„Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“* geben, dass es zukünftig ermöglichen wird, Förderungen für regionale Projekte zu lukrieren. Damit wird die LEADER-Region Weinviertel Donauraum zu einem wichtigen Partner der KLAR! 10 vor Wien bei der Umsetzung von Klimawandelanpassungsprojekten. (KLAR! 10 vor Wien, 2022)

3.3.2. Die Kommunalpolitik in der Kleinregion 10 vor Wien

Die Kommunalpolitik in der Kleinregion 10 vor Wien ist überwiegend konservativ und wird in 12 der 13 Mitgliedsgemeinden von der ÖV regiert (siehe Abbildung 13). Außerdem sind die Gemeinderatssitze überwiegend in männlicher Hand. Zwei Gemeinden werden von einer Frau regiert (Leobendorf und Stockerau - beide ÖVP), die übrigen Gemeinden befinden sich in männlicher Hand. Auch die

Geschlechterverteilung der Gemeinderät*innen zeichnet ein recht eindeutiges Bild: neun der elf Mitgliedsgemeinden liegen zwar über dem österreichischen Schnitt von 24 Prozent Frauen*anteil in der Kommunalpolitik, allerdings erreichen nicht einmal die Hälfte der Mitgliedsgemeinden jene 30 Prozent, die sich die UN-Frauen*statuskommission in der Pekinger Deklaration und Aktionsplattform zum Ziel setzte, bis 1995 zu erreichen (im Anhang 2 dunkelgrün eingefärbt) (Bundeskanzleramt Österreich, 2020). Lediglich vier Gemeinden (Bisamberg, Korneuburg, Langenzersdorf und Spillern) erreichen einen Frauen*anteil von über 35 Prozent.

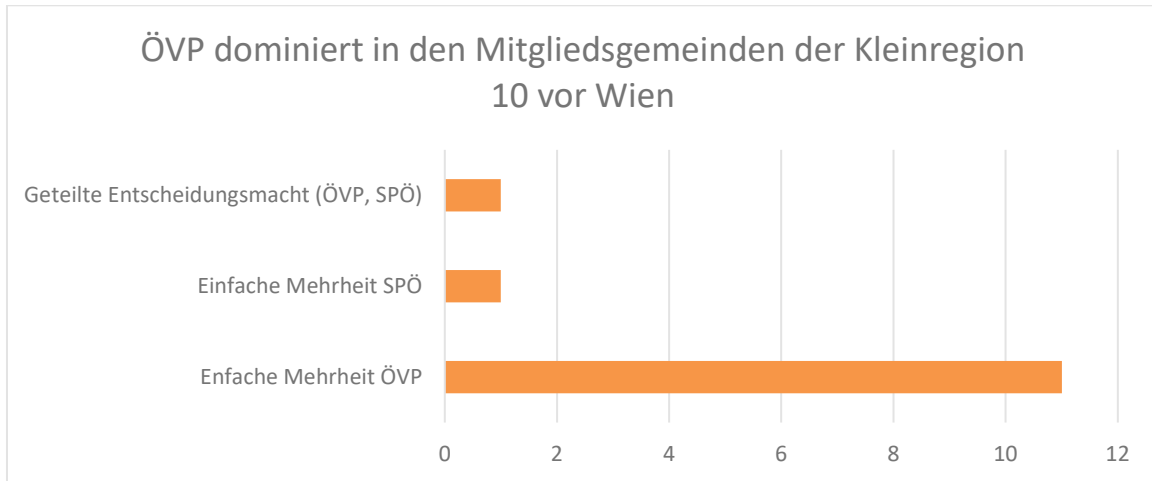


Abbildung 19: ÖVP dominiert in den Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien (Eigene Darstellung)

Bei der Betrachtung der Umwelt- und Frauenagenden* der Gemeinden zeichnet sich ein sehr differenziertes Bild in der Kleinregion 10 vor Wien. So lassen einige Gemeinden eindeutige Bemühungen im Bereich Klima- und Umweltschutz erkennen (Bisamberg, Harmannsdorf und Korneuburg, im Anhang 2 dunkelgrün eingefärbt). Bei den restlichen Gemeinden wiederum konnten keine entsprechenden Maßnahmen auf deren Webauftritt verzeichnet werden. Der Bereich Gender-Mainstreaming scheint in der Region noch nicht angekommen zu sein, keine der Gemeinden verdeutlicht Bemühungen in diesem Feld. Hinsichtlich der Unterstützung von Frauen* in ihrer politischen Laufbahn nehmen die **kommunalen Frauenvereine* der ÖVP und SPÖ** Vorreiterrollen ein. Diese motivieren, aktivieren und unterstützen Frauen* in der jeweiligen Gemeinde und starten lokale Aktionen mit Frauenbezug*.

Bestehende Aktivitäten in den Gemeinden der Kleinregion 10 vor Wien zu den Themen **Klimaschutz, Mobilität** und **Energie**:

- 11 – also alle Mitgliedsgemeinden sind Mitglied des Klimabündnisses (Vorreiter Marktgemeinde Bisamberg mit der Kategorie A++)
- 5 Gemeinden haben ein kommunales Energiekonzept
- Mitgliedsgemeinden sind Mitglied des Bondenbündnisses

- Mitgliedsgemeinden sind Mitglied der Lokalen Agenda 21 – Gemeinde21
- 1 Gemeinde ist zudem eine e5-Gemeinde (Marktgemeinde Bisamberg)
- Energiestammtisch Korneuburg
- Arbeitskreis „Bürgerbeteiligung erneuerbare Energie Berndl Bad“ Korneuburg
- Energiestammtisch und Arbeitskreis „Umwelt und Energie“ Stockerau

(Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2023)

Einige Gemeinden bieten zusätzlich zu den Förderungen des Bundes und Landes auch auf Gemeindeebene finanzielle Zuschüsse für nachhaltige Projekte ihrer Bürger*innen an. Folgende Gemeinden verzeichnen Förderungen auf ihren Webseiten⁴:

- Bisamberg bietet eine ÖKO-Förderung für energiesparende und emissionsmindernde Maßnahmen in der Höhe von max. 1.200 € an
- Enzersfeld fördert Solar- und Photovoltaikanlagen sowie Stromspeicheranlagen
- Hagenbrunn fördert umweltschonende Mobilität (E-Autos, E-Bikes) sowie diverse alternative Energieversorgungen (Fernwärme, Pelletheizung, Photovoltaik, Solar, Wärmepumpen)
- Harmannsdorf fördert Alternativenergien (Solar, Photovoltaik, Wärmepumpen)
- Langenzersdorf bietet eine Förderung von energiesparenden Maßnahmen an
- Leobendorf fördert den Bau von Photovoltaikanlagen
- Spillern fördert den Bau von Passivhäusern sowie Photovoltaikanlagen
- Stetten fördert den Heizkesseltausch, Sanierungen und Solarenergie
- Stockerau fördert E-Fahrräder und Solaranlagen

Neben diesen bestehenden Ansätzen zu Umwelt- und Genderagenden in den Gemeinden gibt es noch eine Vielzahl an Möglichkeiten für die Gemeinden sich aktiv mit den Themen zu beschäftigen. Weitere Ansätze finden sich im Kapitel **5**, in dem zielführende Maßnahmen vorgestellt werden.

3.3.3. Vereine der Kleinregion 10 vor Wien

Bei der Bevölkerung der Kleinregion gibt es noch großes Aufholpotenzial gegenüber den Themen **Gender, Klima, Energie** und **Mobilität**. Sowohl das generelle Interesse als auch Aktivitäten auf diesem Feld fallen bis dato generell schwach aus.

⁴ Informationen wurden den jeweiligen Webseiten der Gemeinden entnommen (Stand 30.05.2023)

Vereine

Vereine haben traditionell eine große Bedeutung in der Kleinregion. Die Bevölkerung engagiert sich rege im Vereinsleben, welches sich jedoch zum überwiegenden Großteil auf die Freiwillige Feuerwehr, Blaskapelle bzw. (Jugend) ÖVP beschränkt. Eine eingehende Recherche zum Vereinsspektrum zu den Themen Gender und Klima ergab folgende Lokalbeschau:

- Frauen für Frauen Stockerau
- Verein Wir Stettner Frauen
- Die Bäuerinnen im Gebiet von Korneuburg
- Verein Energie-Autarkie Bisamberg (wurde 2021 eingestellt)
- Fridays for Future Stockerau
- Radlobby Korneuburg

Als weitere Bottom-Up Initiative in diesem Feld kann der FoodCoop Verein Korneuburg genannt werden, der durch einen Zusammenschluss von Mitgliedern und lokalen Lebensmittelproduzent*innen Lebensmittelversorgung neu denkt. Dem Bereich der Lebensmittelversorgung kann auch der Bioladen in Bisamberg zugerechnet werden. Das Reparaturcafe in Korneuburg hat jeden Samstag geöffnet und hilft kostenlos bei anfallenden Reparaturarbeiten von kleineren Alltagsgegenständen und Haushaltsgeräten. Weiters hat die eNu hat durch das Programm Klimawandeln zwei nachhaltige Projekte aus der Kleinregion ausgezeichnet (Bürgerbeteiligung zur Finanzierung einer 34 kWp PV-Anlage am Dach der Evangelischen Kirche Korneuburg, Bokashi - Biodünger aus Küchenabfällen). (Schütz, 2023)

3.4. Zusammenfassung Kleinregion 10 vor Wien

Das Kapitel zeichnet einen überblickshaften Lokalausgang der Kleinregion 10 vor Wien. Im Kapitel 3.1.2 konnte verdeutlicht werden, dass die Region durch die **hervorragende Erschließung** und Nähe zur Bundeshauptstadt eine äußerst beliebte Wohnlage darstellt, was starke Steigerungen der Immobilienpreise bedingt. Das hohe Preisniveau führt zur Ansiedelung einer **gehobenen Mittelschicht** mit gutem Bildungsniveau und Jahreseinkommen. Dadurch ergibt sich eine **höhere Chancengleichheit für Frauen*** und **Männer*** als im österreichischen Durchschnitt. Die Politik der Kleinregion kann zum Großteil **konservativ mit einem deutlichen Männerüberhang*** in den Gemeinderatssitzen eingestuft werden.

2006 schlossen sich die 10 Mitgliedsgemeinden zu einem Regionalentwicklungsverein zusammen, der den Schwerpunkt auf Mobilität und Klimaschutz setzte. Dadurch wurde ein Startschuss für eine Vielzahl an nachhaltigen Projekten zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Klimaveränderungen geschaffen. Diese konzentrieren sich zum Großteil auf technische Maßnahmen in den Bereichen nachhaltige Mobilität sowie Energieerzeugung und -einsparen. Vereinzelt finden Informations- und

Verortung

Bildungsmaßnahmen statt. Gerade im Energiesektor gibt es in der Kleinregion noch enormes Aufholpotenzial. 90 Prozent der Haushalte werden nach wie vor mit fossilen Brennstoffen beheizt. Dem gegenüber steht das einmalige, jedoch ungenutzte Potenzial, zur Deckung des gesamten kleinregionalen Strombedarf durch erneuerbare Energiequellen.

Frauen* werden derzeit nicht gezielt gefördert in der Kleinregion 10 vor Wien. Dies spricht für ein fehlendes Bewusstsein zur gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen* im Allgemeinen. In politischer Hinsicht sind die kommunalen Frauenvereine der ÖVP und SPÖ sehr aktiv und unterstützen Frauen* bei ihrer politischen Tätigkeit.

Auch hinsichtlich Bürger*innenbeteiligungen, Aktivismus und Bottom-Up Initiativen konnten nur vereinzelt Aktivitäten ausgemacht werden. Eine breite Interessensbewegung der Bevölkerung etwas am Status-Quo hinsichtlich Gender- und Klimabelange konnte nicht ausgemacht werden. Dies könnte auf fehlendes Bewusstsein, aber auch fehlendes Interesse zurückzuführen sein.



4. EXPERTI*INNENINTERVIEWS

Bisher gibt es nur wenige Forschungsergebnisse zu dem Thema der **gendergerechten Klimapolitik** im globalen Norden. Im europäische Ausland nehmen die nordischen Länder in Skandinavien sowie Deutschland hierbei Vorreiterrollen ein. Zudem wird die Thematik bereits seit einigen Jahren von der internationalen Gemeinschaft (UN, IPCC, WHO) aufgegriffen. Allerdings konzentrieren sich deren Berichte und Handlungen überwiegend auf benachteiligte und marginalisierte Gruppen im globalen Süden. Oftmals stehen dabei Frauen* die sich um Haus, Ernte- und Wasserbeschaffung kümmern im Mittelpunkt. Diese befinden sich in gänzlich anderen Lebenssituationen als Frauen* in Mitteleuropa bzw. im globalen Norden. Die Erkenntnisse und Maßnahmenvorschläge dieser Berichte können daher nur mit Vorsicht in dieser Forschungsarbeit angewandt werden.

Vereinzelt machen allerdings bereits Best Practice Beispiele in Europa auf kommunaler Ebene auf sich aufmerksam (siehe Kapitel 2.4.). Insbesondere kann dabei auf die schwedische Stadt Umeå hingewiesen werden, welche bereits seit einigen Jahren eine besonders erfolgreiche Gender-Mainstreaming Strategie fährt welche nicht nur in eine klimafreundliche Politik resultiert, sondern auch besonders innovative Leuchtturmprojekte im Kampf gegen die Klimakrise hervorbringt (z.B. gendergerechte Freiraumgestaltung, Anpassung der Taktung des öffentlichen Verkehrs an die Bedürfnisse von Care-Arbeit) (Urban Innovative Actions, 2022).

Die Datenlage zu gendergerechten Klimapolitik im globalen Norden ist daher noch dünn und ausbaufähig. Besonders auf (klein)regionaler Ebene begibt sich die Forschungsarbeit auf neues Terrain mit dem Ziel neue Erkenntnisse in diesem Feld zu generieren. Die vorliegende Arbeit dient demnach primär der Exploration. Sowohl die Exploration des kleinregionalen Stimmungsbildes kommunalpolitischer Entscheidungsträger*innen als auch die anschließende Aufstellung von fachgerechten Handlungsanweisungen für gendergerechte Klimapolitik machen qualitative Methoden notwendig. Hierbei steht das „Prinzip der Offenheit“ (Gläser & Laudel, 2010, S. 30f) gegenüber neuen Erkenntnissen im Mittelpunkt. Daher wird für die Beantwortung der Forschungsfrage die Erhebung von persönlichen Einstellungen und derzeitigen Wissensständen der gewählten Expert*innen (Definitions begriff siehe Kapitel 1.4.1) als zentral angesehen. Aus diesem Grund erfolgende die Erhebung und Auswertung des Forschungsmaterials nach Kuckartz als evaluative Inhaltsanalyse, mit dem Ziel Inhalte einzuschätzen, zu klassifizieren und zu bewerten. (Kuckartz, 2016)

4.1. Erhebungsinstrument Expert*inneninterviews

Die Wahl der Erhebungsmethode fiel auf den Bereich des Expert*inneninterviews. Dabei soll zuallererst festgehalten werden, dass es sich bei der gewählten Erhebungsmethode nicht um eine einheitlich festgelegte Methode oder abgeschlossene methodologische Diskussion handelt, sondern vielmehr um eine Zusammenfassung an verschiedenen Methoden, die jeweils am Gegenstand und der Fragestellung ausgerichtet werden müssen (Bogner et al., 2014, 3, 33f). Bogner, Littig und Menz (2014) weisen weiters darauf hin, dass Expert*inneninterviews über die Befragtengruppen und nicht, wie bei anderen Methoden üblich, über bestimmte methodische Vorgehensweisen definiert werden.

Um der Befragung ausreichend freien Raum zu lassen, fiel die Wahl auf eine qualitative Erhebungsmethode mit offenen Fragen in Form von leitfadengestützten Interviews. Bei der Gestaltung des Leitfadens wurden unterschiedliche Fragetypen verwendet, um unterschiedliche Wissensformen der gewählten Expert*innen abzufragen und so die notwendige Reflexion gewährleisten zu können (Kaiser, 2014, S. 44–46). Bei der Leitfadenkonstruktion wurde darauf Acht gegeben, die Fragen je nach gewünschten Ergebnis zu formulieren. So wurden Fragen nach Fakten, aber auch Meinungen oder Einschätzungen formuliert. Diese Ergebnisse werden in der Diskussion in den Kapiteln 4.3.2. und 4.5 entsprechend moderiert.

4.1.1. Der standardisierte Fragebogen

Der Leitfaden „[...] dient der Strukturierung des Themenfeldes der Untersuchung sowie als konkretes Hilfsmittel in der Erhebungssituation.“ (Bogner et al., 2014, S. 27) Er wurde aus den in Kapitel 1 formulierten Forschungs- bzw. Arbeitsfragen hergeleitet. Dabei handelt es sich um eine strukturierte und zugleich offene Interviewform. Zur Prüfung der Einflussfaktoren hinsichtlich **Klima** und **Gender** auf die **Kommunalpolitik** in der Kleinregion 10 vor Wien wurde eine standardisierte Befragung mittels

Fragebogen durchgeführt (schriftlich oder mündlich). Dabei wurden allen interviewten Personen die vordefinierten Fragen in der gleichen Reihenfolge vorgelegt (Baur & Blasius, 2014). Der Fragebogen besteht aus 20 Fragen und wurde in fünf Abschnitte (Erzählgenerierende Einstiegsfrage, Vorbefragung, allgemeine Sondierung, Ad-hoc-Fragen, Ausstiegsfrage) unterteilt (siehe Anhang 1 – Interviewleitfaden).

In Anlehnung der Empfehlungen in der Methodenliteratur wurde der Interviewleitfaden nicht als vorgegebenes Skript, sondern vielmehr als Gedächtnisstütze, behandelt (Bogner et al., 2014, S. 27f). Bei der Durchführung der Interviews wurde daher darauf Acht gegeben, dass insbesondere bei den Abschnitten Erzählgenerierende Einstiegsfrage, Vorbefragung und Allgemeine Sondierung alle Fragen von den Teilnehmenden beantwortet wurden. Darauf folgte ein Block mit spezifischen Rückfragen, bei dem die Interviewende die Gelegenheit hatte, Rück- bzw. Verständnisfragen zu dem bereits gesagten zu stellen. Bei den darauffolgenden Ad-hoc-Fragen wurde spontan je nach Wissens- und Interessensstand der Befragten entschieden, welche Fragen tatsächlich Sinn ergeben. Vereinzelt konnten hier nicht alle Fragen von den Befragten beantwortet werden.

Um die Verständlichkeit und Durchführbarkeit des Fragebogens zu testen, wurde dieser zuallererst einem Pretest unterzogen (Bogner et al., 2014, S. 34). Die befragte Person gehörte zum vorab definierten Expert*innenkreis und hätte dadurch auch Befragte in einem zur Auswertung vorgesehenen Interview werden können. Als Ergebnis ergab sich eine verständnisfördernde Umformulierung der Frage 6.1., ansonsten mussten keine Änderungen am Leitfaden vorgenommen werden. Dies bestätigte den Aufbau des Leitfadens. Da die befragte Person zur Fallvorauswahl zählte und bereits die Einwilligung zur Verwendung des Interviewmaterials vorlag, wurde das Transkript zu dem Erhebungsmaterial hinzugezählt und mit ausgewertet. (Kaiser, 2014, S. 70)

4.1.2. Durchführung der Befragungen

Bei der Begrenzung der Zielgruppe, also der Fallvorauswahl wurde Augenmerk auf Personen mit politischer Entscheidungsmacht in der **Kleinregion 10 vor Wien** gelegt. Das Sampling beinhaltete somit Mitglieder des Gemeinderats der jeweiligen Mitgliedsgemeinden, politisch Aktive, Vorstände von politisch und raumplanerisch agierenden Vereinen (z.B. Verein Kleinregion 10 vor Wien, Klima- und Energiemodellregion) sowie Expert*innen und Berater*innen der örtlichen Raumplanung. Diese Auswahl legt nahe, dass möglichst viele unterschiedliche Positionen und Meinungen gehört werden konnten. (Bogner et al., 2014, S. 36)

In einem weiteren Schritt wurden alle Bürgermeister*innen der Kleinregion sowie Gemeinderät*innen in den Bereichen Umwelt, Verkehr oder Raumplanung per E-Mail angeschrieben, über das Forschungsvorhaben informiert und um ein Interview gebeten. Weiters wurden die jeweiligen örtlichen Raumplaner*innen der Gemeinden sowie die Vereinsvorständin der Vereine

Kleinregion 10 vor Wien und Klima- und Energiemodellregion kontaktiert. In einem Zeitraum von fast vier Monaten wurden die Anfragen versendet, woraus sich in den darauffolgenden 9 Monaten acht Interviews ergaben, die zum Teil persönlich, aber zum Großteil per Telefon, Zoom oder schriftlich durchgeführt wurden. Aufgrund der zu der Zeit vorherrschenden COVID-19 Pandemie stellte sich die Kontaktaufnahme als schwierig heraus und die Rücklaufquote als gering. Lockdowns, Krankheit und Ausnahmestände in den Verwaltungseinheiten machten es schwierig, den Kontaktierten Zeit und Raum für ein 30- bis 60-minütiges Interview einzuräumen.

Um ein breiteres Samplingfeld zu ermöglichen, wurden nach Abschluss der 8 Expert*inneninterviews daraufhin noch zwei weitere Personen außerhalb der Kleinregion per Telefon befragt. Diese waren zur Zeit der Befragung im Gemeinderat der Marktgemeinde Bad Erlach in der Kleinregion „Gemeinsame Region Bucklige Welt“ im Südosten Niederösterreichs tätig. Sie hatten zudem das Frauenteam Bad Erlach ins Leben gerufen, mit dessen Initiativen einige Maßnahmen hinsichtlich **Gender** und **Klima** umgesetzt werden konnten. Anlässlich dieser einmaligen Konstellation wurden diese beiden Personen als externe Expert*innen identifiziert, die aufgrund ihrer Arbeit einen außergewöhnlichen Mehrwert für die Informationserhebung der Forschungsarbeit darstellten.

In Summe konnten also zehn Personen interviewt werden. Dabei handelte es sich um 3 Bürgermeister*innen, 4 Gemeinderät*innen, 1 Person von einem Raumplanungsbüro, 1 Person von dem Regionalentwicklungsverein 10 vor Wien sowie 1 Regionalberaterin der NÖ.Regional GmbH. Erwähnenswert für die folgenden Kapitel und die Auswertung der Interviewergebnisse erscheint auch die Geschlechterverteilung der befragten Personen: 70 Prozent der Befragten identifizierten sich als weiblich, 30 Prozent als männlich. Bei der Dokumentation der Interviews wurden alle persönlichen Gespräche (per Handy oder PC) aufgezeichnet, transkribiert und zu den schriftlich beantworteten Interviewleitfäden abgelegt. Anschließend wurde ein kurzes Gesprächsprotokoll mit ergänzenden Beobachtungsdaten wie Zeit, Ort, Dauer, Gesprächsklima erstellt. Das gesammelte Material bleibt aufgrund der versprochenen Anonymität bei der Autorin.

4.2. Auswertung der Interviews mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Kuckarz

Nach Abschluss der Interviews erfolgte eine qualitative Inhaltsanalyse der Ergebnisse nach Kuckarz. Wichtig war es dabei, die eigens erstellten Vorannahmen der Autorin außen vorzulassen und sich auf das Gesagte in den Interviews einzulassen. Persönliche Interviews wurden zuallererst vollständig transkribiert, dabei aber ins Schriftdeutsche übertragen. Um eine regelgeleitete und transparente Auswertung der Ergebnisse zu ermöglichen, wurden die Interviews anschließend codiert (Kuckartz, 2016, S. 35–37). Da es sich bei dem Forschungsthema um ein bisher relativ unbekanntes Terrain

handelt, wurde hierbei eine induktive Codierung angewandt. Diese folgt keinem vorgegebenen Rahmen, sondern das Ziel ist es viel mehr eine Theorie auf Basis der Aussagen zu entwickeln.

In einer ersten Runde wurde etwa 25 Prozent des Interviewmaterials gesichtet und nach thematischen Hauptkategorien unterteilt (codiert). Dabei wurde auf die Technik der Beschreibenden-Codierung (Konzentration auf den übergreifenden Inhalt des Interviews) geachtet. Als Hauptkategorien konnten die Themen **Klima**, **Gender** sowie **Kommunalpolitik** identifiziert werden. In einem weiteren Schritt wurden Subkategorien mittels der Werte-Codierung (Konzentration auf die Einstellungen, Überzeugungen und Werte der interviewten Personen) erarbeitet. Durch diese Vorgangsweise kristallisierten sich induktiv 12 Kategorien heraus auf Basis deren, das gesamte Interviewmaterial Satz für Satz codiert und mit entsprechenden Farbcodes zugeordnet wurde (siehe Tabelle 1). (Kuckartz, 2016)

Nr.	Kategorie	Definition
1	Bezug zur Kleinregion	Klarstellung des/der jeweiligen Expert*in des persönlichen Bezugs zur Kleinregion (z.B. Wohnort, Arbeit, Politik)
2	Einstellung zur Klimakrise	Persönliche Einstellung zur Thematik der Klimakrise
3	Einstellung zur Chancengleichheit	Persönliche Einstellung zur Thematik der Chancengleichheit in der Kleinregion
4	Subjektives Empfinden zur Effizienz im Kampf gegen die Klimakrise	Abschätzung welches Empfinden die befragte Person hinsichtlich derzeitiger Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise hat
5	Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise	Aufzählung der Bemühungen der jeweiligen Verwaltungseinheit zur Bekämpfung der Klimakrise
6	Wichtige Personen im Kampf gegen die Klimakrise	Definition der Personen die üblicherweise die Initiative im Kampf gegen den Klimawandel anstoßen
7	Benachteiligung von Frauen* in der Kommunalpolitik	Persönliche Erfahrungen zur Benachteiligung von Frauen* in der Kommunalpolitik

8	Bestrebungen zur Gleichstellung von Frauen* und Männern*	Aufzählung der bestehenden Maßnahmen zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen* und Männern* in der Kleinregion
9	Wichtige Personen im Kampf für die Geschlechtergerechtigkeit	Definition der Personen, die üblicherweise die Initiative im Kampf für die Geschlechtergerechtigkeit ergreifen
10	Umsetzung gendergerechter Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise	Abklärung, ob Verständnis gegenüber der Umsetzung von gendergerechten Maßnahmen gegeben ist
11	Zukunftsgedanke: klimafitte Gemeinde	Herausfinden von Vorstellungen und Wünschen für die Gemeinde im Kampf gegen die Klimakrise
12	Zukunftsgedanke: chancengleiche Gemeinde	Herausfinden von Vorstellungen und Wünschen für die Gemeinde im Kampf für die Chancengleichheit

Tabelle 1: Zwölf induktiv ermittelte Kategorien der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz für die leitfadengestützten Interviews (Eigene Darstellung)

4.2.1. Ergebnisse der leitfadengestützten Expert*inneninterviews

Nach erfolgter Codierung des gesamten Interviewmaterials werden in folgendem Kapitel die Aussagen je Kategorie zusammengefasst und beispielhafte Zitate der Befragten angeführt.

4.2.1.1. Bezug zur Kleinregion

Auswertung Kategorie 1 „Bezug zur Kleinregion“

Bei der Auswahl der Expert*innen wurde auf den kleinregionalen Bezug großen Wert gelegt. Dabei kam die Auswertung der Interviews zu dem Ergebnis, dass 50 Prozent der befragten Personen sowohl ihren Lebensmittelpunkt als auch ihre Erwerbstätigkeit in der Kleinregion 10 vor Wien haben. 30 Prozent leben zwar nicht in der Kleinregion, haben durch ihre Erwerbstätigkeit jedoch starken Bezug zur Kleinregion 10 vor Wien. Weitere 20 Prozent wurden aufgrund ihrer hervorragenden Eignung in Bezug auf die Thematik als externe Expert*innen befragt.

4.2.1.2. Persönliche Einstellung zu den Themen Klimakrise und Chancengleichheit

Zu Beginn des Interviews ging es um eine allgemeine Sondierung der Befragten hinsichtlich der persönlichen Einstellung zu den Themen Klimakrise und Chancengleichheit. Die beiden evaluativen

Fragen wurden so gestellt, dass Antworten auf einer Ordinalskala gegeben wurden (d.h. Antworten welche die Phrasen „gut“, „mäßig“, „schlecht“, „eher ja“, „eher nicht“ enthalten).

Auswertung Kategorie 2 „Einstellung zur Klimakrise“

„Im privaten Bereich beschäftige ich mich sehr mit der Klimakrise. Beruflich, dann wenn es in der Projektarbeit möglich ist.“

9 der 10 Befragten gaben an, sich persönlich mit der Thematik der **Klimakrise zu beschäftigen**. Bei einer vertiefenden Nachfrage gaben 3 Personen an, dass die Kleinregion 10 vor Wien **weniger Probleme als in anderen Regionen** der Welt habe. Weitere 3 Personen wiesen jedoch darauf hin, dass die Kleinregion 10 vor Wien **stark betroffen** sei. Dies deutet auf eine **stark differenzierte Wahrnehmung** der befragten Personen hinsichtlich der Problematik der Klimakrise hin.

Auswertung Kategorie 3 „Einstellung zur Chancengleichheit“

„Ungleichbehandlung ist immer ein Thema, egal in welche Richtung.“

Hinsichtlich der Chancengleichheit waren 7 der 10 Befragten der Meinung, dass **Chancengleichheit** ein **ausgesprochen wichtiges Thema** sei, das **in der Kleinregion beachtet** werden sollte und mit dem sie sich persönlich beschäftigen würden. Die übrigen 3 Personen waren allerdings der Meinung, dass die **Chancengleichheit** in der Kleinregion 10 vor Wien bereits **gegeben sei**. Auch hier kann eine **differenzierte Einstellung** der befragten Personen gegenüber der Ungleichbehandlung von Frauen* in der Kleinregion 10 vor Wien betrachtet werden.

4.2.1.3. Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise in der Kleinregion 10 vor Wien

Auswertung Kategorie 4 „Subjektives Empfinden zur Effizienz im Kampf gegen die Klimakrise“

„Hinsichtlich Klimakrise tut sich bei uns schon einiges.“

5 der Befragten gaben an, dass sich in der Gemeinde bzw. Kleinregion hinsichtlich **Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen** bereits **„einiges tue“**. Dabei kann darauf hingewiesen werden, dass diese Einschätzung zwar nach subjektivem Empfinden erfolgte, diese allerdings hauptsächlich von jenen Personen getätigt wurde, die ein besonderes Interesse bei dem Thema der Klimakrise erkennen ließen. Weiters konnten diese Personen als **lokale Klimaakteure** identifiziert werden, welche besonders oft im Zusammenhang mit Klimaschutzprojekten standen.

Auswertung Kategorie 5 „Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise“

Den inhaltlich größten Block der qualitativen Interviews machte die Kategorie der Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise aus. Signifikant bei der Auswertung des Kategorienblocks war die

Auffälligkeit, dass 8 der 10 Befragten bei der erzählgenerierenden Einstiegsfrage „Gibt es bereits Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise in der Kleinregion?“ größtenteils Maßnahmen mit Mobilitätsbezug angaben. Dies lässt darauf hindeuten, dass **Klimaschutz in der Kleinregion überwiegend mit nachhaltiger Mobilität in Verbindung gebracht wird.**

„Begonnen wurde mit kleinen Schritten, Jugend-Shuttle / Fahrradleihstationen /
Fahrradinfrastruktur / E-Tankstellen“

Für eine bessere Übersichtlichkeit wurde, wie in der untenstehenden Tabelle 2 ersichtlich, die Kategorie 5 in weitere zwei Unterbereiche mit mehreren Subkategorien unterteilt:

Unterteilung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise in der Kleinregion in folgende Subkategorien:					
Energie	Mobilität	Nachhaltigkeit und Umwelt	Raumplanung	Information und Bildung	
Weitere Subkategorien zur Bekämpfung der Klimakrise:					
Kleinregionale Organisationsstruktur	Gelder und Förderungen		Subjektive Einschätzungen		

Tabelle 2: Kategorie 5 „Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise“ und deren Subkategorien (Eigene Darstellung)

In einem weiteren Schritt wurden sämtliche Textpassagen der Kategorie 5 vertiefend nach den neu erstellten Subkategorien codiert. In der untenstehenden Tabelle 3 wurden die Maßnahmennennungen je Subkategorie gezählt und eine beispielhafte Zusammenfassung der genannten Maßnahmen getätigt:

Subkategorie	Anzahl genannter Maßnahmen	Konkrete Maßnahmennennungen zur Bekämpfung der Klimakrise in der Kleinregion
Energie	38	<p>Energieerzeugung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • z.B. Windkraft, Solarenergie <p>Energieversorgung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • z.B. Energiegemeinschaften <p>Energie einsparen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • z.B. Sanierungen, Wärmedämmungen, Straßenbeleuchtung mit LED, Beheizung öffentlicher Gebäude mit nachhaltiger Energie, Energiebuchhaltung der Marktgemeinde Bisamberg <p>Weitere Maßnahmen:</p>

Expert*inneninterviews

		<ul style="list-style-type: none"> Budget für Energieberater*in, Erstellung eines Energiekonzeptes für neue Stadtteile, Ökoförderung für erneuerbare Energien für private Haushalte für Biomasseheizung, Photovoltaikanlagen, Solaranlagen bzw. Wärmepumpen
Mobilität	37	<p>nachhaltige Mobilität:</p> <ul style="list-style-type: none"> z.B. Ausbau Radwege, öffentlicher Verkehr, Carsharing Angebote, bedarfsorientierte Mobilitätsangebote wie Anrufsammeltaxi, Schulgebus, Fahrradleihstationen <p>Mobilitätsmanagement:</p> <ul style="list-style-type: none"> z.B. Online-Plattformen wie ÖBB Wegfinder App, gratis Klima-Schnupper-Ticket, RadlGrundnetz, Karte für die Mobilität, Fahrradreparaturtage, Jugend-Shuttle <p>E-Mobilität:</p> <ul style="list-style-type: none"> z.B. E-Tankstellen, E-Autos, E-Scooter
Nachhaltigkeit und Umwelt	18	<p>Nachhaltigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> z.B. Abfallvermeidung, Kreislaufwirtschaft, Vermeidung von Plastik <p>Umweltschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> z.B. Ausbau Biodiversitätsflächen, Baumpflanzungen, Pflegekonzepte, Bodenverbrauch
Raumplanung	17	<p>Siedlungsentwicklung:</p> <ul style="list-style-type: none"> z.B. Verdichtung der Ortskerne, Nachverdichtungen, Starkwetterereignisse, Begrünungen, Ortskerngestaltungen, Entsiegelung <p>Siedlungserweiterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> z.B. Reduktion der Zersiedelung, Verkehrsberuhigungen, kurze Wege, Neubauten mit Tiefenbau und nachhaltiger Energieversorgung
Information und Bildung	8	<p>Bewusstseinsbildung:</p> <ul style="list-style-type: none"> z.B. Informationstage, Veranstaltungen (Umweltfest), Workshops (Mülltrennen), Initiativen, Ausstellungen <p>Beratungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Fortbildung zum/r kommunalen Energie- & Umweltmanager*in der Energie- und Umweltagentur

Tabelle 3: Genannte Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise bei den Expert*innen Interviews in Subkategorien. Inklusive Anzahl und beispielhaften Nennungen (Eigene Darstellung)

Der obenstehenden Tabelle 3 kann entnommen werden, dass es insgesamt zu mehr Nennungen in der Subkategorie Energie (38) als bei der Mobilität (37) kam. Wurden zwar bei der erzählgenerierenden Einstiegsfrage hauptsächlich Maßnahmen mit Mobilität – jedoch kaum Energie – erwähnt, so konnten bei den späteren vertiefenden Nachfragen doch insgesamt mehr nachhaltige Maßnahmen mit Bezug zur Energie identifiziert werden. In weiterer Folge wurden einige konkrete Maßnahmen in den Subkategorien Nachhaltigkeit und Umwelt (18) sowie Raumplanung (17) genannt. Bemühungen im Informations- und Bildungsbereich (8) finden nur vereinzelt in der Kleinregion statt.

In der untenstehenden Tabelle 4 wurden schließlich jene Erwähnungen vermerkt, welche zwar keinen konkreten Subkategorien der Tabelle 3 zuzuordnen waren, allerdings nichtsdestotrotz von großer Bedeutung für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise in der Kleinregion sind:

Subkategorie	Anzahl genannter Maßnahmen	Hintergrundinformationen zur Bekämpfung der Klimakrise in der Kleinregion
Kleinregionale Organisationsstruktur	3	<ul style="list-style-type: none"> • Klima- und Energiemodellregion, kurz KEM 10 vor Wien • KLAR (Klimawandelanpassungsregion) • LEADER Region
Gelder und Förderungen	2	<ul style="list-style-type: none"> • Förderungen über die Gemeinde • Förderungen auf kleinregionaler Ebene (KEM 10 vor Wien bzw. KLAR) • Förderungen auf Landes bzw. Bundesebene (z.B. Klimafonds)
Subjektive Einschätzungen	2	<ul style="list-style-type: none"> • Behandlung rein technischer Maßnahmen im Umweltrat • Behandlung von klimarelevanten Maßnahmen abhängig von der jeweiligen Gemeinde

Tabelle 4: Genannte Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise bei den Expert*innen Interviews in Subkategorien. Inklusiv Anzahl und beispielhaften Nennungen (Eigene Darstellung)

Der obenstehenden Tabelle 4 kann entnommen werden, dass vereinzelt Aussagen zu organisatorischen und Hintergrundinformationen in der Kategorie 5 Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise getätigt wurden. Die Organisationsstrukturen **Klima- und Energiemodellregion KEM 10 vor Wien**, **KLAR (Klimawandelanpassungsregion)** sowie die **LEADER Region** finden bereits Anwendung in der Kleinregion 10 vor Wien. **Gelder und Förderungen** zu dem Thema nachhaltige Energie und Mobilität gäbe es zudem sowohl auf **Gemeinde-** und **kleinregionaler Ebene** als auch auf **Landes-** und **Bundesebene**. Oft bestehe aber nach wie vor eine **Finanzierungslücke**, die es noch zu

schließen gäbe. Hinsichtlich subjektiver Einschätzungen zu den Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise berichtet eine Befragte:

„Ich hatte bis Dezember 2022 den Posten der Umweltgemeinderätin inne, seitdem gibt es einen Umweltrat. Dabei werden jetzt schon sehr technische Dinge behandelt und ich bin froh, dass ich mich mit diesen Themen nicht mehr beschäftigen muss. Wir, das Frauenteam, organisieren jetzt eher „sanfte“ Maßnahmen wie den Kostnix-Laden und den Zufuß-Bus.“

Zwei weitere Befragte weisen darauf hin, dass Behandlung von klimarelevanten Maßnahmen stark abhängig von der jeweiligen Gemeinde und deren Willen etwas zu unternehmen seien.

Auswertung Kategorie 6 „Wichtige Personen im Kampf gegen die Klimakrise“

Hinsichtlich zur Frage, von wem üblicherweise **Initiativen zur Bekämpfung der Klimakrise** ausgehen, fielen die Antworten breit gestreut aus. Dabei wurden **alle politischen Ebenen** wie Bund, Land, Region und Gemeinde erwähnt. Eine Befragte weist darauf hin, dass tendenziell eher weniger Initiativen von männlichen Mitgliedern ihres Gemeinderates kommen.

Weiters wurde die **Bevölkerung** (5 Nennungen) als wichtiger Initiator für Maßnahmen identifiziert. Dabei sei besonders die **junge Bevölkerung** hervorzuheben, welche durch die Bottom-Up Initiative **Fridays for Future** einen systematischen Wandel der Gesellschaft fordert (Blome, 2020). In direktem Gegenteil dazu stehe die breite Masse der Allgemeinbevölkerung, wo **„das Verständnis für die Wichtigkeit von Klimaschutz“** fehle.

„[...] die Verantwortung wird nicht ausreichend wahrgenommen und vor allem der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wird nicht angenommen. Jahrelange Bemühungen, die Bevölkerung zu einem Umdenken zu bewegen, sind bisher nur teilweise gefruchtet.“

Als weitere wichtige Initiatoren wurden zudem **einzelne Visionäre** und Motivierte, „die da ihr Herzblut hineinstecken und andere motivieren“ genannt. Zudem brauche es **viel Zeit und Fingerspitzengefühl**, um Maßnahmen umzusetzen.

4.2.1.4. Gender-Mainstreaming in der Kleinregion 10 vor Wien

In einem weiteren Fragenblock wurden die regionalen Expert*innen nach ihren Eindrücken zu Gender-Mainstreaming in der Kleinregion befragt.

Auswertung Kategorie 7 „Benachteiligung von Frauen* in der Kommunalpolitik“

Hinsichtlich der **Benachteiligung von Frauen* in der Kommunalpolitik** der Kleinregion wies der Großteil der Befragten (7 von 10) darauf hin, dass es **(zu) wenige Frauen* in der Kommunalpolitik**

gebe. Ob nun tatsächlich Chancen(un)gleichheit bei Männern* und Frauen* herrsche, gingen die Meinungen auseinander. Zwei (männliche) Bürgermeister waren der Meinung, dass Frauen* in der Kommunalpolitik **nicht benachteiligt** werden. Zwei Kommunalpolitikerinnen (Bürgermeisterin und Gemeinderätin) **fühlten sich nicht benachteiligt**, wohingegen zwei weitere Gemeinderätinnen angaben, dass Frauen* in der Kommunalpolitik der Kleinregion 10 vor Wien „**es schon sehr schwer haben**“. Eine Person gab an, dass das Arbeitsklima zwischen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten **sehr positiv und produktiv** sei. Zwei Personen gaben an, dass sich die Situation in den letzten Jahren bessere und zunehmend mehr Frauen* das Amt der Gemeinderätin oder Bürgermeisterin anstreben würden. Vier Befragte waren der Meinung, dass es sehr schwer sei, junge Menschen, insbesondere Frauen*, **zu motivieren** in die Kommunalpolitik zu gehen. Dies wurde auf fehlendes Interesse, Erziehung und/oder konventionelle Rollenbilder zurückgeführt.

3 befragte Personen (alle nicht in der Kommunalpolitik tätig) gaben an, dass sie die derzeitige Situation zur Benachteiligung von Frauen* in der Kommunalpolitik nicht beurteilen können. Dies deutet darauf hin, dass eine dahingehende Einschätzung von Außenstehenden nur schwer getroffen werden kann.

In weiterer Folge wurden einige spekulative Aussagen getätigt, warum es zu dem Männerüberhang in der Kommunalpolitik käme. Frauen* wollen **nicht öffentlich auftreten** und **eher im Hintergrund arbeiten**. Für Frauen* sei es zudem nicht einfach, sich **ein offenes Ohr zu verschaffen, im Gemeinderat durchzusetzen** sowie **bei älteren (männlichen) Gemeinderäten mit Argumenten anzukommen**. Die zusätzliche Belastung durch **schwere Vereinbarkeit mit Haushalt und Familie** schrecke außerdem viele Frauen* ab. Drei Personen waren daher der Meinung, dass sich Kommunalpolitikerinnen aufgrund dieser Voraussetzungen „**wärmer anziehen**“ sollen und **durch Beharrlichkeit auszeichnen** müssen. Frauen* sollten **weniger selbstkritisch sein, sich ihre Arbeit zutrauen** und **besser in der Politik verkaufen**.

An dieser Stelle sei die Auffälligkeit zu erwähnen, dass sämtliche Erklärungsversuche zu der Ursache des politischen Männerüberhangs als Schuldfrage und Aufgabengebiet der Frauen* gesehen wurden. Keine*r der Befragten suchte die Ursache auf der Seite der Männer*, obwohl es zu diesem Ungleichgewicht offensichtlich Ursachen auf beiden Seiten geben müsse.

Auswertung Kategorie 8 „Bestrebungen zur Gleichstellung von Frauen* und Männern“**

In dieser Kategorie gaben 8 von 10 Befragten an, dass es **keine konkreten Bestrebungen oder Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen* und Männern*** in ihrer Gemeinde gäbe. Zwei Befragte wiesen darauf hin, dass „lediglich“ die „**ÖVP-Frauen**“ in ihrer Gemeinde sehr aktiv wären und aktiv darum bemüht wären, Frauen* in die Politik zu holen und aktive Politikerinnen zu unterstützen. In einer Gemeinde gibt es ein **ehrenamtliches Frauenteam***, welches seit 2022 auch einmal im Monat einen Frauenstammtisch* veranstaltet, bei dem sich Frauen* vernetzen und austauschen können.

Zwei Personen gaben an, dass Frauen* ohnehin nicht schlechter gestellt und Maßnahmen in diese Richtung nicht notwendig seien. Ein befragter Bürgermeister einer kleineren Gemeinde der Kleinregion 10 vor Wien ist dazu folgender Meinung:

„Mir wäre kein Beispiel bekannt, in dem Frauen in irgendeiner Art in unserer Gemeinde gegenüber Männern bewusst schlechter gestellt sind; sei es bei Vereinen, in der Gemeinde (als Arbeitgeber) oder bei Projekten.“

Eine Gemeinderätin derselben Gemeinde wies allerdings darauf hin, dass in ihrer Gemeinde sehr wohl bereits einiges hinsichtlich Chancengleichheit (**Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten, Vereine mit Kinder- und Jugendarbeit, ...**) sowie in der Politik (**Erstellung der Liste der Kandidat*innen sowie Besetzung des Gemeinderats nach dem Reißverschlussprinzip, ...**) gemacht werde. Die Tatsache, dass beide Befragten aus derselben Gemeinde kamen und dabei sehr konträre Ansichten zu demselben Thema äußerten, lässt auf ein ausgesprochen **subjektives Wahrnehmungsverhalten** bei der Gleichstellung von Frauen* und Männern* hindeuten.

Bei der direkten Nachfrage ob denn Maßnahmen zur Frauenförderung* in der Politik sinnvoll wären, stimmten wiederum 8 der 10 Befragten zu. Dies solle über Fördermaßnahmen, Attraktivierung des Berufsbildes, Aufklärungsarbeit und auch Selbstbewusstseinsbildung geschehen. 6 der Befragten würden diese auch aktiv umsetzen. Wichtig sei es persönlich an die Frauen* heranzutreten, Kontaktaufnahme via E-Mail oder Telefon funktioniere nur bedingt. Insbesondere sinnvoll wurden dabei die Frauenvereine der SPÖ und ÖVP erachtet. Von drei Befragten (alle 3 Bürgermeister*innen) wurden jedoch starke Bedenken gegenüber Quoten geäußert. Dies sei eine Gratwanderung, denn als „Quotenfrau“ abgestempelt zu werden sei „schwierig“. Augenscheinlich ist die Bereitschaft zur Frauenförderung* bei einem Großteil der Befragten vorhanden es wurden auch effiziente Lösungsansätze genannt. Allerdings kann eine starke Fokussierung auf die Quotenthematik in diesem Zusammenhang wahrgenommen werden. Hier wird weiterer Bedarf nach einer gemeinsamen fachlich fundierten Gesprächsbasis vernommen.

Auswertung Kategorie 9 „Wichtige Personen im Kampf für die Geschlechtergerechtigkeit“

Die Befragten waren der Meinung, dass **Initiativen zur Gleichstellung von Frauen* und Männern*** meist von Frauen* ausgehen. Dies geschehe lokal **von einzelnen Frauen*** oder **mittels Frauennetzwerken*** zur gegenseitigen Stärkung. Vereinzelt werde dies auch vom Gemeinderat, insbesondere Bürgermeister*innen, anvisiert.

Auswertung Kategorie 10 „Umsetzung gendergerechter Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise“

In der Kategorie 10 wurde versucht, die vorhergegangenen Blöcke zu den Themen Klima und Gender zu kombinieren. Auf die Frage „Denken Sie, dass Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise an die

Bedürfnisse von Frauen* und Männern* angepasst werden sollten, und würden Sie diese umsetzen?" wurde vereinzelt mit Unverständnis reagiert. Drei Personen gaben an, in ihrer Arbeit keine Unterschiede zu machen und sahen keine Notwendigkeit, Maßnahmen an die jeweiligen Bedürfnisse anzupassen. Eine Person sehe die Notwendigkeit für eine Grundsatzdiskussion über die tatsächlichen Bedürfnisse von Frauen* und Männern* anhand von Studien. Zwei weitere Personen mussten nachfragen, worum es bei der Frage genau gehe. Nach eingehender Erklärung zu den Hintergründen der Thematik inklusive Beispiele konnten die Personen die Intention deutlich besser verstehen und antworteten auch mit größerem Verständnis auf die ursprüngliche Frage. Es wurde weiters darauf hingewiesen, dass diese Thematik vielen Menschen fremd sei und eine erschwerte Behandlung im Gemeinderat vermutet werde.

Drei Personen sprachen sich **positiv gegenüber der Anpassung von Maßnahmen an die Bedürfnisse von Frauen* und Männern*** aus. Maßnahmen sollen für alle da sein, aber Frauen* teilweise zusätzlich unterstützt werden. Andererseits wurde darauf hingewiesen, dass sich die Anpassung nicht am biologischen Geschlecht, sondern vielmehr an den **sozialen Rollen innerhalb der Gesellschaft orientieren** solle. Insbesondere wurde diese Notwendigkeit im Bereich der Alltagsmobilität (Öffis, Rad- und Fußverkehr, Barrierefreiheit) verortet.

„Ich würde nicht von einer Anpassung an die Bedürfnisse von Männern und Frauen, sondern von der Anpassung an unterschiedliche Rollen und Aufgaben sprechen. Die sanfte Mobilität erfordert unterschiedliche Maßnahmen, wenn man an die Aufgaben Berufsausübung, Kinderbetreuung, Pflege und Versorgung denkt.“

4.2.1.5. Zukunftsgedanken für die eigene Gemeinde und Kleinregion 10 vor Wien

Auswertung Kategorien 11 „Zukunftsgedanke: klimafitte Gemeinde“ und 12 „Zukunftsgedanke: chancengleiche Gemeinde“

Bei der **klimafitten Gemeinde der Zukunft** wurde ein breites Spektrum an möglichen Ansatzpunkten genannt. Vieles solle, den Befragten zufolge, über den **Ausbau nachhaltiger Mobilität** (z.B. sanfte Mobilität, Elektromobilität, mehr Radwege, Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, Mikromobilität, letzte Meile) erfolgen. Weiters wurde die Wichtigkeit der **zukunftsgerichteten Stadtplanung** hervorgehoben. Ein konsequenter **Umstieg auf erneuerbare Energien** und die Implementierung von e5-Gemeinden würden einen wichtigen Beitrag zu einer klimafitten Gemeinde beitragen. Im **Umweltbereich** wurde der Umgang mit Lebensmitteln, eine regionale Versorgung, Tauschkreise sowie der Naturschutz genannt.

Nicht zu vernachlässigen seien zudem **Bürgerbeteiligungen** und **Aufklärungsarbeit**. Dies könne zum Beispiel über eine eigene Anlaufstelle für Mobilitäts- und Energiefragen angestrebt werden. Als

wichtigen Akteur in diesem Bereich wurden die **kleinregionalen Förderprogramme** KEM und Klar! sowie die **interkommunale Zusammenarbeit** in der Kleinregion genannt. So können Synergien und Vorteile der jeweiligen Gemeinden gemeinsam genutzt werden.

Bei der **chancengleichen Gemeinde der Zukunft** fielen die Ideen etwas verhaltener aus. Den Befragten fielen einerseits keine konkreten Maßnahmen ein oder sie sahen keine Notwendigkeit für Veränderung. Ein mehrstimmig genannter Ansatz war jedoch ein deutlich **höherer Anteil an Frauen* in der Politik** und vor allem **in Führungspositionen**. Allerdings wurden auch an dieser Stelle Bedenken für Maßnahmen zur Frauen*förderungen geäußert, da diese oftmals falsch interpretiert werden können.

Generell solle eine klimafitte und zugleich chancengleiche Gemeinde als Vorbild für die ortsansässigen Bürger*innen vorangehen, Aufklärungsarbeit leisten und Projekte umsetzen. Dies solle einen Umdenkprozess eines jeden Einzelnen lostreten. Generell seien regionale Abstimmungen und Anstrengungen für die Umsetzung gemeinsamer Visionen und die Erreichung dieses Ziels notwendig.

4.2.1.6. Zusammenfassung der Ergebnisse der leitfadengestützten Interviews

Durch die qualitative Inhaltsanalyse der Expert*inneninterviews konnten eine Vielzahl an wertvollen Erkenntnissen gewonnen werden. Zusammenfassend wurde quer durch die Auswertung der Interviews eine **stark differenzierte Wahrnehmung** der Befragten hinsichtlich der Themen **Klima** und **Gender** wahrgenommen. Dabei konnten beide Themenblöcke als **emotional behaftete Themen** identifiziert werden. Die Bandbreite reichte von Ärger bzw. Desinteresse bis hin zu stark erhöhtem Bewusstsein der Problematiken und Unmut über die Untätigkeit der Gesellschaft. Besonders bei jenen Befragten, deren persönliche Einstellung einem der beiden Extreme zugeordnet werden konnten, wurden verstärkte Emotionen wahrgenommen. Diese Einschätzung führte zu der **Erkenntnis, dass es sich um zwei sehr emotional behaftete Themen handelt, für die eine wissenschaftlich fundierte Gesprächsbasis geschaffen werden muss.**

Hinsichtlich des **Themenblocks Klimaschutz- und anpassungsmaßnahmen** wurden eine Vielzahl an Maßnahmen im Energie- und Mobilitätsbereich genannt⁵. Bei dem Großteil der Befragten wurde zudem eine **gesteigerte Motivation zur Umsetzung dieser Maßnahmen** wahrgenommen. Maßnahmen im Bereich **Raumplanung, Umwelt** sowie **Information und Bildung** wurden **nur vereinzelt genannt**. Das Bewusstsein für eine effiziente Raumplanung und Maßnahmen im

⁵ Hierzu muss angemerkt werden, dass sehr konkret zu Themen Energie und Mobilität nachgefragt wurde, was zu einem erhöhten Informationsoutput in diesem Bereich führte.

Umweltbereich schien bei den Befragten im Vergleich zu Mobilitäts- und Energiemaßnahmen weniger vorhanden zu sein. Auch sogenannte „softe Maßnahmen“ im Aufklärungs-, Bildungs- und Beteiligungsbereich wurden nur sporadisch genannt. Die Auswertung dieses Themenblocks führte zu der **Erkenntnis, dass die genannten (hauptsächlich technischen) Maßnahmen im Mobilitäts- und Energiebereich eine sehr gute Grundlage für eine klimafreundliche Zukunft der Kleinregion darstellen. Im Bereich der Maßnahmen bei Raumplanung, Umwelt sowie Information und Bildung gibt es augenscheinlich noch Nachholbedarf.**

Im **Themenblock Gender-Mainstreaming in der Kleinregion** wurde eine **erhöhte Skepsis** gegenüber der Thematik wahrgenommen. Der Großteil der Befragten war der Meinung, dass **Frauen* in der Kleinregion nicht benachteiligt** werden. Bei dem Versuch, die Ursachen der männerdominierten Politik zu erklären, wurden zum Teil **veraltete und sexistische Stereotypen** reproduziert. Für den Grund der fehlenden Beteiligung von Frauen* in der Kommunalpolitik, wurde von dem überwiegenden Großteil der Befragten, **die Schuld bei den Frauen* selbst** gesehen. (Emotionale) Ablehnung herrschte vor allem gegenüber Quoten, unfair besetzten Gemeinderatssitzen, die Übervorteilung und Abstempelung von Frauen* ihren eigenen Platz nicht zu verdienen, Männern* durch etwaige Maßnahmen zu viel Macht einzugestehen bzw. umgekehrt Frauen* als das schwächere Geschlecht dastehen zu lassen, welches Hilfe benötige. Generell gibt es, den Befragten zufolge, **kaum Maßnahmen zur Frauenförderung* in der Kleinregion 10 vor Wien**. Vereinzelt engagieren sich Vereine (ehrenamtliches Frauenteam) oder Parteigruppen in den einzelnen Gemeinden (**ÖVP-Frauen, SPÖ-Frauen**). Diese dienen der Vernetzung und politischen Förderung von Frauen* und werden von den Befragten als **sinnvoll angesehen**. Gezielten Fördermaßnahmen, Attraktivierung des Berufsbildes, Aufklärungsarbeit und auch Selbstbewusstseinsbildung stand der Großteil der Befragten außerdem positiv gegenüber. Die Auswertung in diesem Themenblock lässt auf ein **hochemotionales Thema** hindeuten, bei dem mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Wissensständen mehr oder weniger fachlich diskutiert wird. Dies führt zu der **Erkenntnis (oder vielmehr den Verdacht), dass diese Diskussionen teils nicht mit fachlich wissenschaftlichen Informationen geführt werden. Es wird daher der Bedarf nach einer vertiefenden qualitativen Literaturrecherche verortet, um eine grundlegende Gesprächsbasis für den Themenbereich Gendermainstreaming in der Kommunalpolitik zu schaffen.**

Sowohl im Bereich **Klima** als auch **Gender** wurden von den Befragten **einzelne Motivierte** als **wichtige Akteure** im Kampf gegen die Ungleichheit gesehen. Im **Klimabereich** wurde dazu auch die **politischen Ebenen** (Bund, Land, Region, Gemeinde) als **Klimaakteure** genannt und zudem die **junge Bevölkerung** als Stimmungstreiber identifiziert. Im Genderbereich wurden einstimmig **motivierte Frauen*** bzw. **Frauen Netzwerke/vereine*** als Kämpferinnen genannt. Dies führt zu der **Erkenntnis, dass der Kampf für Veränderung von einzelnen motivierten Vorreiter*innen bzw. Gruppierungen ausgeht. Die politische Ebene jedoch diesen Willen zur Veränderung aufgreifen und umsetzen kann.**

Bei dem Versuch die beiden **Themen Klima und Gender in einem Themenblock miteinander zu kombinieren**, herrschte wie bereits im Themenblock **Gender-Mainstreaming** in der Kleinregion **große Skepsis**. Bei der Nachfrage, ob die Befragten gendergerechte Maßnahmen in der Klimapolitik umsetzen würden, konnte sich ein Teil der Befragten nichts darunter vorstellen. Einige sahen **keine Notwendigkeit für eine Anpassung der Maßnahmen an Frauen* und Männer* im Klimabereich**. Einige wenige wiesen darauf hin, dass die Maßnahmen vielmehr **an die klassischen Rollenbilder in unserer Gesellschaft angepasst werden** sollten als an das biologische Geschlecht. Bei einer genaueren Betrachtung der transkribierten Interviews konnte die **Erkenntnis gewonnen werden, dass die persönliche Einstellung der Befragten gegenüber den Themen Klima und Gender, deren Bereitschaft Maßnahmen in diesem Bereich umzusetzen, deutlich beeinflusst. Weiters wurde in diesem Themenblock großer Aufklärungsbedarf erkannt. Viele der Befragten waren ideenlos und hatten keine Vorstellung, was gendergerechte Maßnahmen in der Klimapolitik darstellen könnten. Der Hinweis auf die Anpassung der Maßnahmen vielmehr an klassische Rollenbilder als an das biologische Geschlecht, konnte aus äußerst fortschrittlich wahrgenommen werden.**

In dem Fragenblock zur klimafitten und chancengleiche Gemeinde wurden weitere (zum Großteil bereits genannte) Maßnahmen identifiziert. Wichtigste **Erkenntnis war hier die Identifizierung der Wichtigkeit einer zukünftigen interkommunalen Zusammenarbeit, um so Synergien innerhalb der Kleinregion nutzen zu können. Es wurde darauf hingewiesen, dass kommunaler Klimaschutz im kleinregionalen Kontext deutlich erfolgreicher sei, wenn über die eigene Gemeindegrenze hinausgeblickt werde.**

4.3. Qualitative Literaturrecherche zu den Erkenntnissen der Expert*inneninterviews

In dem vorhergegangenen Kapitel konnte großer Bedarf nach wissenschaftlich fundierten Aussagen zu dem Themenbereich **Gender-Mainstreaming** in der kleinregionalen und **Kommunalpolitik** in Österreich verortet werden. Zu diesem Thema fand im Februar und März 2023 durch das Team von Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle eine Befragung aller Bürgermeister*innen Österreichs statt. Mit einer Rücklaufquote von 466 Fragebögen (von 2093) konnten durch die repräsentative Studie wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden. (Stainer-Hämmerle et al., 2022)

Dabei wurde festgestellt, dass Personen im Bürgermeister*innenamt größtenteils in traditionellen Familienständen mit konservativen Rollenaufteilungen leben (Stainer-Hämmerle et al., 2022). Nicht zu vernachlässigen sei die Aufgabenverteilung im Haushalt. 36 Prozent der befragten Bürgermeisterinnen gaben an, dass sie selbst den Großteil der Haushaltsarbeit erledigen. Bei den Bürgermeistern waren es nur 1 Prozent. Generell empfanden die befragten Bürgermeisterinnen, dass sie zu Hause weniger unterstützt werden als die Bürgermeister. Die schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie werde zudem von beiden Geschlechtern (beide über 70 Prozent) als Hauptgrund für den geringeren Frauenanteil* in der Politik gesehen. Unbezahlte Gemeindepolitik sei „[...] für Frauen mangels Freizeit neben Familienverantwortung und existenzsichernder Erwerbsarbeit oft wohl nicht zu bewältigen.“ (Leitner & Wagner, 2016, S. 119) Hinzu kommt der Ansicht der Männer* nach, mangelndes Interesse der Frauen*, wohingegen Frauen* vor allem die männlich geprägte Politiknetzwerke, die Frauen* den Eintritt in politische Ämter erschweren, das traditionelle Frauenbild in der Bevölkerung und ihr mangelndes Selbstvertrauen als das Problem sehen (Stainer-Hämmerle et al., 2022).

Weiters kommt hinzu, dass sich die Erwartungen an Frauen* und Männer* in dem Bürgermeister*innenamt deutlich unterscheiden. Dies spiegelt sich auch im Stundenaufwand wider, der bei Frauen* und Männern* unterschiedlich eingeschätzt wird. So arbeitet ein Bürgermeister zwischen 21 und 40 Stunden, wohingegen Bürgermeisterinnen zwischen 42 und 60 Stunden Arbeitsaufwand verbuchen. Nicht zuletzt kam die Studie zu dem Ergebnis, dass 55 Prozent der Bürgermeisterinnen Sorge um ihre eigene soziale Absicherung haben. Die Studienautorin kommt



Haben Sie Angst um Ihre soziale Absicherung?



20 Prozent der Frauen haben im Wahlkampf **Sexismus** erfahren. Männer kennen das nicht.

Unterscheiden sich die Erwartungen an Frauen und Männer im Amt?



Nicht einmal 10 Prozent der Bürgermeister in Österreich sind weiblich. **Müssen Maßnahmen** gesetzt werden, um den Frauenanteil zu erhöhen?



Meine Partnerin/mein Partner übernimmt den Großteil der Haus- und Familienarbeit



Abbildung 20: Umfrage Bürgermeister und Bürgermeisterinnen Österreich, (Dauer, 2022)

daher zu der Erkenntnis, dass eine bessere soziale Absicherung für Frauen* die beste Förderung für Frauen* in der Kommunalpolitik sei. (Stainer-Hämmerle et al., 2022)

Leitner und Wagner weisen in ihrem Gleichstellungsbericht Tirol (2016, S. 120) darauf hin, dass nach wie vor demokratiepolitisch umstritten sei, inwieweit die Beteiligung von Frauen* in der Politik, die Berücksichtigung von Fraueninteressen* bei Entscheidungen beeinflusse. Die Beteiligung von Frauen* an Entscheidungsprozessen sei jedoch „[...] ein grober Indikator für die Einbeziehung von Gender-Kompetenz, die sich im Einzelfall nicht unbedingt mit dem biologischen Geschlecht deckt.“ Dennoch könne davon ausgegangen werden, dass „[...] mit höherem Frauenanteil auch weibliche Lebensrealitäten in Entscheidungsprozessen stärker berücksichtigt werden.“ Aufgrund der Erkenntnisse aus Kapitel 2 (mehr Frauen* in der Politik = nachhaltigere Klimapolitik) könne sich dies direkt auf eine **erhöhte Bereitschaft zur Umsetzung und Ausführung von gendergerechten Maßnahmen in der Klimapolitik auswirken.**

Leitner und Wagner (2016) führen folgende Instrumente zur Erhöhung der Frauenpartizipation* in der Politik an:

- „Qualifizierungsmaßnahmen (z.B. Mentoring, spezifische Programme für Frauen*)
- strukturelle Maßnahmen im Sinne von Regelungen für Politikprozesse
- Berücksichtigung von Geschlechterperspektiven in Entscheidungsprozessen (Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting)“

Weiters werde die umstrittene Bedeutung von Frauenquoten* diskutiert. Derartige Quoten sind größtenteils nur als freiwillige Selbstverpflichtung in Parteisatzungen der Bundesparteien enthalten. Leitner und Wagner (2016) kommen jedoch zu dem Schluss, dass diese freiwillig angestrebten Quoten der politischen Parteien sehr wohl zu dementsprechend unterschiedlichen Frauenanteilen* in den jeweiligen Gremien führen. Dies führe zu einer differenzierten Repräsentanz von Wählerinnen durch Frauen* in der Politik.

Eine tatsächliche ausgewogene Teilhabe von Frauen* in der Politik stellt sich also nicht von selbst ein, sondern erfordert eine gezielte Förderung der „Kultur der Gleichberechtigung. In Zukunft ist im Sinne einer fairen Chancengleichheit, also ein Kulturwandel in der Kommunalpolitik der Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien notwendig. Dieser Prozess kann nicht von Frauen* allein bewältigt werden, sondern erfordert ein Mitpacken und den Willen zur Veränderung sämtlicher Personen, die in der Kommunalpolitik tätig sind oder mit ihr in Berührung kommen. Dazu zählt zum einen das kritische Hinterfragen veralteter und sexistischer Stereotypen, die oft mit einer unangebrachten Kommunikations- und Diskussionskultur einhergehen, aber auch die Umgestaltung des Parteialltags mit Berücksichtigung unterschiedlicher Lebensmodelle, Beschäftigungszeiten und Care-Aufgaben. Außerdem herrscht auf Frauen* oft ein deutlich höherer Erwartungsdruck als

auf ihren männlichen Konterparts, denen sie gerecht werden und sich „beweisen“ müssten. Wollen wir in Zukunft eine diversere Politik in der alle Gesellschaftsgruppen die gleichen Chancen auf Teilhabe, Mitspracherecht und Entscheidungsmacht haben, muss sich das System also nachhaltig wandeln. (Lukoschat & Köcher, 2021)

4.4. Resümee

Die empirische Erhebung von Informationen mittels qualitativer Expert*inneninterviews eignet sich gut, um ein aktuelles Stimmungsbild der **Kleinregion 10 vor Wien** zeichnen zu können. Die befragten Regionsexpert*innen können als interessiert an den Belangen zur **Klimakrise**, jedoch skeptisch gegenüber **Genderfragen** eingeschätzt werden. Dem Großteil der Befragten ist die Wichtigkeit von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung bewusst, viele besitzen bereits ein angemessenes Repertoire an (technischen) Maßnahmen im Mobilitäts- und Energiebereich. Das Bewusstsein zur Relevanz von Maßnahmen im Bereich der Raumplanung, Umwelt sowie Informations- und Bildungsbereich scheint allerdings ausbaufähig. Ebenso wird von dem Großteil der Regionsexpert*innen weder die geringere Frauenquote* hinterfragt, noch sind ihnen die strukturellen Benachteiligungen Frauen* in der Kommunalpolitik bewusst. Auch fehlt das Bewusstsein für die Notwendigkeit zur Anpassung von klimarelevanten Maßnahmen an die Bedürfnisse von Frauen* und Männern* sowie deren Lebensrealitäten.

Der im Kapitel 5 folgende Handlungsleitfaden versucht nun einen Bogen von den im Kapitel 2 dargelegten Fakten zur verbesserten Effizienz von Klimamaßnahmen durch mehr Frauen* in der Politik, hin zu den im Kapitel 4 erhobenen kleinregionalen Erkenntnissen hinsichtlich Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen und Genderskepsis in der **Kommunalpolitik** der **Kleinregion 10 vor Wien** zu werfen. Der Handlungsleitfaden soll politischen Entscheidungsträger*innen in der **Kleinregion 10 vor Wien** helfen, passende Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen auszuwählen und nachhaltig umzusetzen. Durch die Anpassung an die Bedürfnisse von Frauen* und Männern* wird sichergestellt, dass die Maßnahmen eine höhere Anwendungsquote erzielen und so einen verbesserten, effizienteren und nachhaltigeren Klimaschutz in der **Kleinregion 10 vor Wien** darstellen.



Handlungsempfehlung

Klimapolitik in der Kleinregion 10 vor Wien

>> Schwerpunkt Gerechtigkeit <<

Annika Bauer, BSc

Handlungsempfehlung

Klimapolitik in der Kleinregion 10 vor Wien
Schwerpunkt Gendgerechtigkeit

1. Auflage 2023

Diplomarbeit an der Technischen Universität Wien



TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
WIEN
Vienna University of Technology

Inhalt

Vorwort	3
Bisherige Erkenntnisse der Forschungsarbeit	5
Kleinregion 10 vor Wien	7
Handlungsfelder	11
1. Politik	13
1.1. Politische Strukturen	13
1.2. Politische Inhalte	15
2. Planen, Bauen, Wohnen	17
2.1. Kurze Wege in den Gemeinden der Kleinregion 10 vor Wien	17
2.2. Minimierung des Energiebedarfs von Gebäuden	19
2.3. Klimaangepasste Siedlungsentwicklung	19
3. Mobilität	21
3.1. Minimierung des Verkehrsbedarfs	21
3.2. Verlagerung zwischen den Verkehrsträgern	22
4. Energie	25
4.1. Reduktion der Energienachfrage	25
5. Umwelt	27
5.1. Biodiversität, Land- und Forstwirtschaft	27
5.2. Konsum	27
5.3. Abfallwirtschaft	28
5.4. Katastrophenschutz	28
Abschluss	29

Vorwort

Sehr geehrte Politiker*innen mit Entscheidungsmacht
in der Kleinregion 10 vor Wien,

wollen Sie als Entscheidungsträger*innen gerne entscheidende Schritte zur Eindämmung der Klimakrise treffen? Sind Sie voller Tatendrang, wissen aber nicht, wo Sie ansetzen können? Und wollen Sie, dass alle Bewohner*innen der Kleinregion 10 vor Wien gleichermaßen von diesen Schritten profitieren?

Dann lade ich Sie herzlich dazu ein, sich mit dieser vorliegenden Handlungsempfehlung eingehend zu befassen und sich dadurch einige Anregungen zu weiteren Schritten und Maßnahmen für die Kleinregion bzw. Ihre Gemeinde abzuholen. Die in diesem Leitfaden zusammengefassten Informationen basieren auf den Ergebnissen meiner Forschungsarbeit zur Erlangung eines Dipl. Ing. Abschlusses des Masterstudiums Raumplanung und Raumordnung an der Technischen Universität Wien. Aufgrund der hochaktuellen Thematik und gesamtgesellschaftlichen Relevanz möchte ich Sie an meinen Erkenntnissen teilhaben lassen, um so ein Bewusstsein für die Thematik zu schaffen. Dieses soll Ihnen dabei helfen, Entscheidungen zu treffen beziehungsweise Maßnahmen im Bereich der Klimawandelanpassung und -vermeidung auszuwählen.

Die österreichische Bundesregierung hat sich in dem derzeitigen Regierungsübereinkommen (Legislaturperiode 2020 bis 2024) das Ziel gesetzt, **bis 2040 klimaneutral** zu werden. Das heißt, die österreichweiten Emissionen von Treibhausgasen (THG) und deren Abbau sollen gemäß nationaler THG-Inventur bis spätestens 2040 ausgeglichen sein. Dazu ist eine Dekarbonisierung in allen Bereichen notwendig – im Verkehr, in der Industrie, aber auch in den privaten Haushalten sowie der Strom- und Fernwärmeversorgung. Der Trend sieht derzeit jedoch noch anders aus: Österreich schneidet

im EU-Schnitt nicht besonders gut ab. Nach dem Allzeithoch 2005 fallen die Emissionswerte seitdem nur leicht ab. So lag das Emissionsniveau von Österreich im Jahr 2022 etwa auf selber Höhe wie jenes von 1990. Dahingegen konnten die meisten anderen EU-Staaten deren CO₂-Ausstoß gegenüber dem damaligen Emissionsniveau von 1990 bereits um mehr als 20 Prozent senken. Es gibt also viel Aufholbedarf, um einen ähnlichen Fortschritt wie unsere Nachbarländer zu erreichen.

Genau an dieser Herausforderung setzt diese Handlungsempfehlung an: Das Ziel einer erfolgreichen Klimapolitik sollte es sein, dass fortschrittliche Technologien und Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt und angewandt werden. Im besten Fall sollte dies nachhaltig, also dauerhaft geschehen. Forschungsergebnissen zufolge ist die Einbindung der „Gender“-Perspektive in die Klimapolitik ein guter Ansatz, um dieses Ziel effizienter erreichen zu können (Definition „Gender“ siehe Seite 9). Denn erst, wenn Technologien und Maßnahmen der gesamten Bevölkerung (in diesem Fall Frauen und Männern) zugänglich und verständlich gemacht werden, haben diese eine höhere Akzeptanz und Umsetzungsquote. Abgesehen davon konnte bewiesen werden, dass jene Regierungen, die einen höheren Anteil an Frauen haben, eine effizientere Klimapolitik umsetzen.

Sie als Entscheidungsträger*innen in der Kleinregion 10 vor Wien sitzen somit direkt an der Quelle, um wichtige Schritte in die richtige Richtung zu setzen. Tragen Sie Ihren Teil dazu bei, den ambitionierten Klimazielen der österreichischen Bundesregierung gerecht zu werden.



This approved official version of the original document is available for free at TU Wien Bibliothek. This thesis is available for free at TU Wien Bibliothek.

Bisherige Erkenntnisse der Forschungsarbeit

Die Kleinregion 10 vor Wien orientiert sich stark in Richtung der südöstlich gelegenen Bundeshauptstadt Wien. Aufgrund landschaftlicher Gegebenheiten und der regionalen Einbettung bestehen zwischen Wien und dessen Umlandgemeinden starke wirtschaftliche, kulturelle sowie raumplanerische Verflechtungen. Nicht zuletzt wird dies durch die besonders ausgeprägten Pendler*innenbewegungen, ausgehend von den Vororten Wiens in die Millionenmetropole, deutlich gemacht. Vor allem die südlich gelegenen Gemeinden der Kleinregion 10 vor Wien besitzen eine hervorragende verkehrliche Anbindung mit der Nordwestbahnstrecke und der Autobahn A22. Die gute Erschließung der Kleinregion führt zu einem enormen Bevölkerungszuwachs, einer Steigerung der Immobilienpreise und der Ansiedlung einer gehobenen Mittelschicht mit einem guten Bildungsniveau. Aufgrund dieser Gegebenheiten besteht in der Kleinregion eine höhere Chancengleichheit für Frauen und Männer als im österreichischen Durchschnitt.

Die Kleinregion hat durch den seit 2006 bestehenden Regionalentwicklungsverein 10 vor Wien eine langjährige Geschichte im Klimaschutz. So konnten bereits eine Vielzahl an Projekten und Maßnahmen, meist im Energie- und Mobilitätssektor, umgesetzt werden. Allerdings gibt es auch in diesen Bereichen noch immer enormen Aufholbedarf. 90 Prozent der Haushalte in der Kleinregion werden nach wie vor mit fossilen Brennstoffen beheizt. Dem gegenüber steht die einmalige, jedoch bisher ungenutzte Möglichkeit, den gesamten kleinregionalen Strombedarf durch erneuerbare Energiequellen abdecken zu können. Dies könnte beispielsweise durch den Ausbau von lediglich 15 zusätzlichen Windkraftanlagen geschehen.

Die Kommunalpolitik der Kleinregion 10 vor Wien kann als konservativ mit einem deutlichen Männerüberhang beschrieben werden. In acht der elf Mitgliedsgemeinden besitzt die ÖVP die einfache Mehrheit. Lediglich zwei der Mitgliedsgemeinden werden von einer Frau regiert, wohingegen der Frauenanteil bei den Gemeinderatssitzen sich zwischen 19 und 52 Prozent bewegt.

Frauen bzw. die Genderthematik werden derzeit in der Kleinregion nur vereinzelt gefördert. In der Regional- und Kommunalpolitik kann die ehrenamtliche Arbeit der Frauenvereine der einzelnen politischen Parteien (meist ÖVP und SPÖ) positiv hervorgehoben werden. Abgesehen davon, findet in der Region weder parteiübergreifend noch im ehrenamtlichen Sektor Frauenarbeit statt. Auch kann vonseiten der breiten Bevölkerung kein erhöhtes Interesse hinsichtlich Gender- und Klimabelange beziehungsweise ein Wille für systematische Veränderung festgestellt werden.

Im Zuge der Forschungsarbeit fanden 10 Expert*inneninterviews mit Entscheidungsträger*innen aus der Kleinregion (z. B. Bürgermeister*innen, Gemeinderät*innen, Regionalentwicklungsverein) statt. Hier konnte ein verstärktes Bewusstsein für Schutz- und Anpassungsmaßnahmen an die Auswirkungen der Klimakrise festgestellt werden. Mehrheitlich verfügten die Befragten bereits über ein gutes Repertoire an technischen Maßnahmen im Energie- und Mobilitätsbereich. Gegenüber den Themen Gendergerechtigkeit und Frauenförderung bestehen jedoch nach wie vor Vorbehalte im politischen Alltag. Auch die Einbeziehung von Genderaspekten in Klimaschutzmaßnahmen wird skeptisch gesehen.

Auch in der Kleinregion 10 vor Wien verfügen Frauen nach wie vor über weniger Mitspracherecht und Entscheidungsmacht als Männer. Sie sind in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert und haben dadurch in klimapolitischen Entscheidungsprozessen weniger Teilhabe. Demgegenüber stehen die Erkenntnisse, dass die Kohlenstoffverschmutzung in jenen Ländern geringer ist, in denen Frauen eine größere politische Mitbestimmung haben. Außerdem konnte nachgewiesen werden, dass Frauen stärker zu klimarelevanten strukturellen Veränderungen beitragen als Männer.

Ein wichtiger Schritt für eine zukünftige erfolgreiche Klimapolitik der Kleinregion 10 vor Wien wäre daher ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in der Politik und eine gendergerechte Arbeitsweise im politischen Alltag. Zudem sollten Klimaschutzmaßnahmen an die Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen und Männern angepasst werden.



Die approbierte gedruckte Onlineversion dieser Dissertation ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at the TU Wien Bibliothek.

Kleinregion 10 vor Wien

Die Kleinregion 10 vor Wien befindet sich im südwestlichen Weinviertel im Bezirk Korneuburg und umfasst eine Fläche von 231 km² mit einer Bevölkerungszahl von gut 65.000 Menschen. Sie liegt eingebettet in eine sanfte Hügellandschaft und wird im Süden durch die Donau begrenzt. Obwohl die Kleinregion sich sozioökonomisch stark in Richtung der südöstlich gelegenen Bundeshauptstadt orientiert, werden die Landschaft, Kultur und Lebensweise stark von der Landwirtschaft und im Speziellen dem Weinbau geprägt.

Die elf Mitgliedsgemeinden Bisamberg, Enzersfeld, Großrußbach, Hagenbrunn, Harmannsdorf, Korneuburg, Langenzersdorf, Leobendorf, Spillern, Stetten und Stockerau haben sich im Jahr 2006 zu dem Regionalentwicklungsverein „10 vor Wien – Donau Raum Weinviertel“ zusammengeschlossen. In weiterer Folge wurde das erste Kleinregionale Entwicklungskonzept für die Region erstellt.

Der Regionalentwicklungsverein 10 vor Wien konnte gemeinsam mit den geförderten Programmen des Umweltbundesamtes der Klima- und Energiemodellregion (KEM) 10 vor Wien und der Klimawandelanpassungsregion KLAR!

10 vor Wien bereits seit 2017 einige klimarelevante Projekte umsetzen. Aus den Mitteln des Klima- und Energiefonds wurden so unter anderem bereits ein E-Carsharing-System 2.0, kostenlose Energieberatungstermine für die Bevölkerung, Informationen und Beratungen zum Ausbau von Wind- und Solarenergie, Müllvermeidungsprojekte, Baumsetzungen sowie Maßnahmen zum regionalen Wasserhaushalt und zur Biodiversität realisiert.

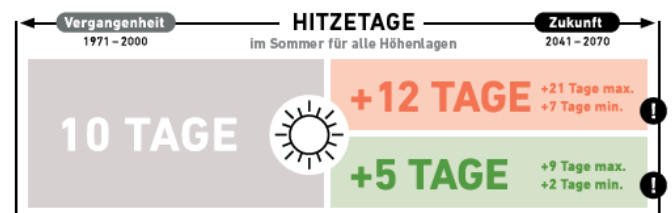


Die Klimakrise in unserer Kleinregion

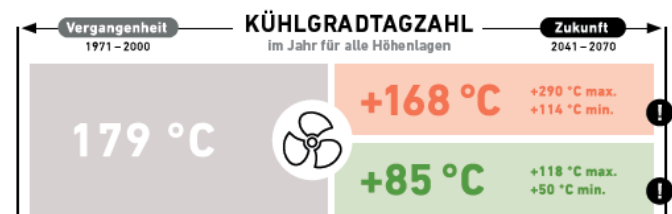
Laut Klimaschutzbericht des Umweltbundesamtes werden sich Österreich und der Alpenraum in Zukunft stärker als das globale Mittel erwärmen. Dürren, Starkregenereignisse und Hagel betreffen auch die Bewohner*innen der Kleinregion 10 vor Wien. Auch Katastrophenergebnisse wie Hoch- und Hangwässer, wie z. B. die Jahrhunderthochwässer 2002 und 2013 entlang der Donau oder die Hangwasserschäden in der Marktgemeinde Bisamberg 2018, werden stärker und häufiger.

Berechnungen zufolge werden solche Extremwetterereignisse künftig noch öfter auftreten. Das Umweltbundesamt hat im Rahmen des KLAR! Programmes Entwicklungsrichtungen des lokalen Klimas in der Kleinregion 10 vor Wien bis 2070 veröffentlicht. Dabei wird auf zwei unterschiedliche Szenarien eingegangen:

- Entwicklung des Klimas unter Anwendung eines **ambitionierten Klimaschutzes (Umsetzung der Pariser Klimaziele)**
- Entwicklung des Klimas **ohne Klimaschutz („worst-case“ Szenario)**



* Tageshöchsttemperatur erreicht mehr als +30 °C



* jährl. Summe der Differenz zwischen Raum- (+18,3 °C) und Außentemperatur an Tagen mit einer Tagesmitteltemperatur über +18,3 °C



* größte Tagesniederschlagssumme

! Statistisch signifikante Änderung (beträchtliche klimatische Änderung, muss aber in der Region nicht unbedingt zu Herausforderungen führen)

Gründe für die Einbindung von Gender in die Klimapolitik

Den Grafiken auf Seite 7 kann entnommen werden, dass unsere Kleinregion in Zukunft deutlich heißer und trockener werden wird. Die Kühlgradtagzahl steigt im „worst-case“-Szenario markant auf fast den doppelten Wert an. Als Folge muss mit einem stark gesteigerten Kühlbedarf und damit zusammenhängend einem höheren Energiebedarf gerechnet werden. Im Gegensatz dazu wird der Heizbedarf im Winter allerdings auch sinken. Weiters werden Starkregenereignisse künftig noch stärker und verursachen im „worst-case“-Szenario eine um 24 Prozent größere Wassermenge als bisher.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse lassen erkennen, dass ein entsprechendes und zielgerichtetes Handeln unerlässlich ist, um künftige Extremwetterereignisse und dadurch entstehende Gefahren für die Bevölkerung der Kleinregion zu minimieren. Dabei sind auch die entstehenden Kosten durch zerstörte Infrastruktur und landwirtschaftliche Ernteauffälle nicht zu vernachlässigen.

Statistisch gesehen tragen Frauen und Männer unterschiedlich zur Verursachung der Klimakrise bei und sind auch unterschiedlich stark von ihr betroffen. Tendenziell

verursachen Männer mehr CO₂, wohingegen Frauen einerseits **gesundheitlich und monetär stärker betroffen** sind und andererseits **politisch weniger Mitspracherecht** haben.

Klimapolitik, die den **Genderaspekt** in die Planung mit einbezieht, ist daher unerlässlich und macht Maßnahmen zur Anpassung und Eindämmung des Klimawandels erst **langfristig erfolgreich**.

Genderaspekte spielen in der Klimapolitik also eine große Rolle. Dabei ergibt sich eine Bandbreite an Bereichen, in denen die **Bedürfnisse von Frauen und Männern** in klimarelevante Maßnahmen eingebaut und an bestehenden Stell-schrauben gedreht werden kann. Nicht nur in technischen Fachbereichen wie Bauen, Mobilität und Energie, sondern auch in der Arbeitsweise der Politik, der Umweltbelange oder des Konsums müssen die unterschiedlichen Lebensrealitäten, Überzeugungen und Ansprüche von Frauen und Männern mitgedacht werden.

Zusammenfassend sprechen folgende drei Argumente für die **Einbindung von Gender in die Klimapolitik**, um diese künftig erfolgreicher und effizienter gestalten zu können:

1. Frauen haben eine geringere Skepsis und ein höheres Risikobewusstsein gegenüber der Klimakrise
2. Geschlechtergerechtigkeit bedeutet geringere CO₂-Emissionen
3. Weibliche Entscheidungsträgerinnen sind positiver gegenüber Energie- und umweltpolitischen Entscheidungen eingestellt

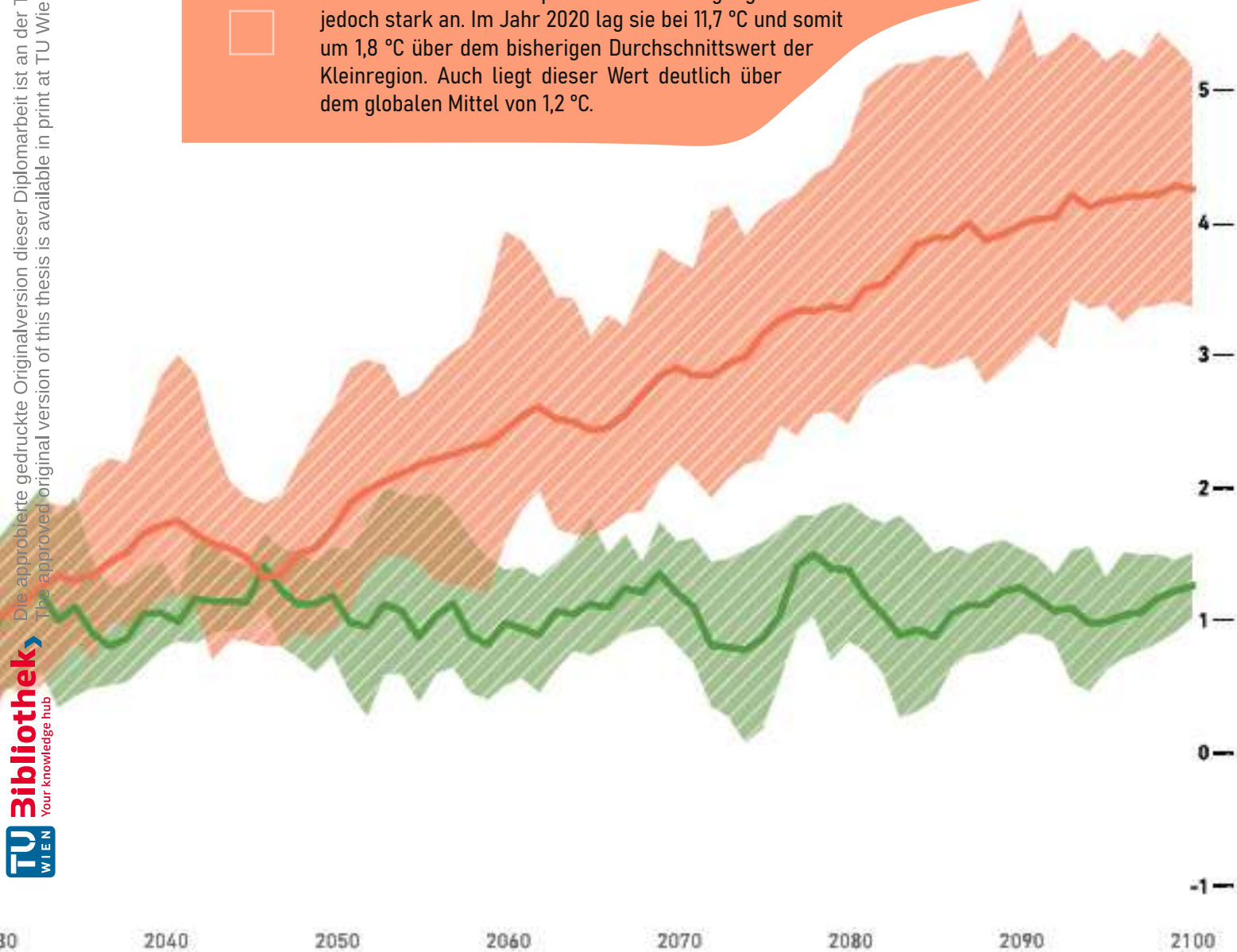


Definition des Genderbegriffs

Gender (engl.) hat sich mittlerweile als Fachbegriff für „Geschlecht“ im deutschsprachigen Raum etabliert. Der Begriff verweist auf soziokulturelle Normen, Identitäten und Verhältnisse, die einerseits Gesellschaften und Organisationen strukturieren, und andererseits Verhaltensweisen, Produkte, Technologien, Umgebungen und Wissen prägen. Im Unterschied zu dem englischen Begriff „sex“ (dt. biologisches Geschlecht), steht Gender für Geschlechtsidentitäten sowie das soziale, das gelebte und gefühlte Geschlecht. Gendereinstellungen und Verhaltensweisen sind komplex und verändern sich orts- und zeitabhängig. Dabei sollte darauf hingewiesen werden, dass Gender multidimensional ist und sich mit anderen gesellschaftlichen Kategorien wie biologischem Geschlecht, Alter, sozioökonomischem Status, sexueller Orientierung und ethnischer Zugehörigkeit überschneidet.

Klimainfoblatt Klar! 10 vor Wien

In der untenstehenden Abbildung können Sie den errechneten Temperaturanstieg für die Kleinregion 10 vor Wien ablesen. In den Jahren 1970 bis 2000 lag die Temperatur im Jahresdurchschnitt bei 9,9 °C. Wie Sie an der grauen Linie auf Seite 8 erkennen können, stieg die Jahresdurchschnittstemperatur in den vergangenen 20 Jahren jedoch stark an. Im Jahr 2020 lag sie bei 11,7 °C und somit um 1,8 °C über dem bisherigen Durchschnittswert der Kleinregion. Auch liegt dieser Wert deutlich über dem globalen Mittel von 1,2 °C.



„Gender

bezeichnet die kulturelle Bedeutung, die mit den klassischen Geschlechterrollen verbunden ist und die persönliche Identität, Lebensweise und Alltag jedes Einzelnen beeinflusst.“



Handlungsfelder

Dieser Leitfaden beinhaltet fünf Handlungsfelder, denen die Maßnahmen für eine gendergerechte Klimapolitik in der Kleinregion 10 vor Wien zugeordnet werden können:

- 1 Politik
- 2 Planen, Bauen, Wohnen
- 3 Mobilität
- 4 Energie
- 5 Umwelt

Jedes Handlungsfeld besitzt eine oder mehrere Maßnahmen, denen positive Effekte für die Klimapolitik zugeschrieben werden.

Das **Handlungsfeld Politik** konzentriert sich auf die Arbeitsweise des Regionalentwicklungsvereins und die Kommunalpolitik der Gemeinden. Dabei werden primär Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting Themen angesprochen. Die in den **Handlungsfeldern Planen, Bauen, Wohnen; Mobilität; Energie** und **Umwelt** angeführten Maßnahmen, sind in weiterer Folge eher technischer Natur und lehnen sich an das Maßnahmenportfolio eines umfassenden Forschungsprojektes des Deutschen Umweltbundesamtes, welches 2019 veröffentlicht wurde. Das Ergebnis, die Studie **Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik**, veröffentlicht 2020, liefert überaus wichtige Erkenntnisse zum Thema gendergerechte Klimapolitik.




In weiterer Folge wurden alle Maßnahmen in dieser Handlungsempfehlung in einen **kleinregionalen Kontext** gesetzt, um so die besten Effekte für die Klimapolitik der Kleinregion 10 vor Wien erzielen zu können.

Sämtliche Maßnahmen des vorliegenden Leitfadens enthalten neben einer kurzen Erklärung auch einen **Steckbrief**, in dem schnell und übersichtlich Angaben zu Aufgabenbereich, Zuständigkeiten, Verbindlichkeitscharakter, Relevanz, Zeithorizont und Ressourcenaufwand getroffen werden (siehe unten).

Die Wichtigkeit einer Maßnahme für die Kleinregion kann an dem **Relevanzbalken** abgelesen werden. Dieser wurde im Kapitel Politik mangels verlässlicher Quellen auf Basis der Erkenntnisse der Forschungsarbeit und eigener Plausibilitätserwägungen getroffen. Die Relevanz der Maßnahmen der übrigen Handlungsfelder wurde der bereits erwähnten wissenschaftlichen Studie **Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik** von den Seiten 83 bis 86 entnommen.

Beispiel und Erklärung:

Steckbrief

Handlungsfeld:	Raumplanung und -ordnung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde
Charakter:	Verbindlich bzw. unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

6 mögliche Stufen

0 - 5 Jahre, 5 - 10 Jahre, > 10 Jahre

Kosten- & Arbeitsaufwand, Personalbedarf



**„Gender-Mainstreaming
– der Versuch, die unterschiedlichen
Lebenssituationen von Frauen und
Männern in Politik und Verwaltung
mitzudenken, damit niemand unfair
behandelt wird.“**

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

1. Politik

Frauen sind in klimapolitischen Entscheidungsprozessen in Österreich und den Bundesländern stark unterrepräsentiert. Dabei konnte nachgewiesen werden, dass sie stärker zu klimarelevanten strukturellen Veränderungen beitragen als Männer. Außerdem ist die Kohlenstoffverschmutzung in jenen Ländern geringer, in denen Frauen ein größeres politisches Mitspracherecht haben. Im Sinne einer effizienten Klimapolitik sollte es also das Ziel sein, den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen und ihnen größere Entscheidungsmacht einzuräumen. Dies kann über eine Strategie des Gender-Mainstreamings geschehen.

Österreich hat sich **politisch und rechtlich dazu verpflichtet, Gender-Mainstreaming auf nationaler Ebene umzusetzen**. Die zentrale Rechtsgrundlage bildet dabei **Artikel 7 Abs. 2**

des **österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes**. Auf kleinregionaler und kommunaler Ebene basiert die Umsetzung von Gender-Mainstreaming jedoch auf dem **Freiwilligkeitsprinzip**. Ein Ziel der kleinregionalen Politik sollte es daher sein, ein entsprechendes positives und gendergerechtes Klima zu schaffen.

Die nachfolgenden Maßnahmen des **Handlungsfeldes Politik** richten sich daher an die Gemeindevertreter*innen der Kleinregion 10 vor Wien, mit dem Ziel ein gerechteres Arbeitsumfeld für Frauen und Männer am Gemeindeamt herzustellen. Zudem soll durch die vorgeschlagenen Maßnahmen ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in der Kommunalpolitik erzielt werden.

Handlungsoptionen

1.1. Politische Strukturen




1.1.1. Erhöhung des Frauenanteils in der Kommunalpolitik

In der Kleinregion 10 vor Wien ist das Geschlechterverhältnis in der Kommunalpolitik nach wie vor sehr unausgeglich. So liegt der Frauenanteil der 11 Mitgliedsgemeinden bei durchschnittlich 31 Prozent. Nur zwei der 11 Mitgliedsgemeinden werden von einer Frau regiert (Leobendorf und Stockerau).

Für eine Erhöhung des Frauenanteils in der Kommunalpolitik bieten sich eine Vielzahl an Möglichkeiten an:

Besonderes Augenmerk sollte auf die **gezielte Ansprache** und **Motivation** unterrepräsentierter Gruppen zur politischen Teilhabe gelegt werden. Oft herrschen, besonders in ländlicheren Gemeinden, traditionellere Rollenbilder vor, bei denen sich Frauen eher weniger in der Politik engagieren. Allerdings kann durch **gezielte Öffentlichkeitsarbeit** für mehr Frauen in der Politik und das Empowerment von politisch interessierten Frauen der Frauenanteil in der Kommunalpolitik erhöht werden. Die **Bildung von Politikerinnen-netzwerken** oder **Mentoringprogrammen** zum gemeinsamen Austausch helfen, erste Hemmschwellen abzubauen und Einsteigerinnen Berührungspunkte zu nehmen.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Gender-Mainstreaming
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

Neben diesen Maßnahmen mit Empfehlungscharakter besteht auch die Möglichkeit, **Entscheidungsgremien geschlechterparitätisch zu besetzen**. In einigen Ländern wie Island und Norwegen ist dies bereits seit einigen Jahren der Fall. Diese skandinavischen Länder nehmen in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz ja bekanntlich eine Vorreiterrolle ein. Auch die Marktgemeinde Bisamberg verwendet bereits diese Form der Gemeinderatsbesetzung.

Hier ist also Ihr Wille als Gemeindevertreter*innen zur Gleichstellung durch die politische Führung gefragt. Dabei können entsprechende Maßnahmen zur **gezielten Rekrutierung, Förderung und Besetzung von Gemeinderatsposten** von und durch Frauen umgesetzt werden. Als kompetente Anlaufstelle für Fortbildungen, Informationsmaterial und Hilfestellungen jeglicher Art im Bereich der Gleichstellungsarbeit, dient die Kontaktstelle des Landes NÖ für Gleichbehandlungsbeauftragte in St. Pölten.

1.1.2. Gendergerechte Arbeitsweise der Politik

Für eine gendergerechte Arbeitsweise der Politik können gemeinsam mit den relevanten Akteur*innen der Gemeinde **Aktionspläne zur Umsetzung einer Gender-Diversity-Strategie** angewandt werden. Dabei werden unter anderem **Ziele** für mehr Vielfalt formuliert. Diese Vielfalt kann beispielsweise in den Planungszielen der Gemeinde, dem Akteur*innengefüge innerhalb der Gemeinde oder auch durch die beauftragten Expert*innen bzw. Planer*innen widerspiegelt werden. Durch entsprechende Maßnahmen wie zum Beispiel **Steuerung des Gemeindehaushalts in Richtung einer gendergerechten Zukunft, geschlechtergerechte Besetzung von Gemeindeposten oder gezielte Beauftragung weiblicher Expert*innen** können klare Signale gesetzt werden.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Gender-Mainstreaming
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Kleinregion
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

Im Zuge einer **Gender-Diversity-Strategie** werden auch gendersensible Bewertungsinstrumente wie zum Beispiel **Checklisten** verwendet, um die interne Arbeitsweise auf Ungleichbehandlungen zu überprüfen (siehe Seite 29). Sofern Ihre Gemeinde Daten erhebt, verwaltet und speichert, wäre eine Verwaltung des Datenmanagements nach gendergerechten Standards unerlässlich, um so Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern deutlich machen zu können.

1.1.3. Gendergerechtes Arbeitsumfeld

Entscheidungssträger*innen berichten in den Medien immer wieder von einer schlechten Vereinbarkeit von Familienleben, Beruf und Gemeindearbeit. Insbesondere Frauen leiden unter der Doppel- oder gar Dreifachbelastung durch z. B. unflexible bzw. abendliche Gemeindetermine. Eine **Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf** wäre daher ein erster Ansatzpunkt. Dies bedeutet auch einen gleichberechtigten Zugang und gleichberechtigte Nutzung von Dienstleistungen. Nicht zu vernachlässigen ist dabei ein **angepasstes Sitzungsmanagement**, welches pünktlich anfängt und auch wieder endet sowie Videozuschaltungen zulässt bzw. währenddessen eine zusätzliche Kinderbetreuung anbietet.

Weiters ist die Umsetzung der **sprachlichen Gleichbehandlung** von Frauen und Männern ein guter Weg, um eine sichtbare Gleichstellung voranzutreiben. Ein*e **Beauftragte*r** zur

Steckbrief

Handlungsfeld:	Gender-Mainstreaming
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Kleinregion
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

Koordination entsprechender **Gleichbehandlungsaufgaben** könnte die Umsetzung dieser Maßnahmen überwachen. Das Land Niederösterreich hat zu der Thematik einen Arbeitskreis mit einer Gleichbehandlungsbeauftragten eingerichtet. Es gibt eine Trainerinnendatenbank mit Expertinnen, die Fortbildungen zu genderrelevanten Themen anbieten. Außerdem wurden bereits einige Leitfäden veröffentlicht (z. B. Leitfaden geschlechtergerechtes Formulieren 2021, Leitfaden geschlechtergerechtes Verwalten), an denen Sie sich bei der Umsetzung eines gendergerechten Arbeitsumfeldes orientieren können.

1.1.4. Gendergerechtes Budgeting im politischen Apparat

Ein gendergerechtes Budgeting berücksichtigt die Tatsache, dass Frauen und Männer durch ihre verschiedenen Lebenssituationen unterschiedlichen Nutzen aus öffentlichen Ausgaben und Förderungen ziehen. **Gender-Budgeting** bedeutet dabei nicht nur, Frauen zu unterstützen, sondern auch Bur-schen und Männer zu fördern. Den Nutzen aus dieser Maßnahme können daher alle Gemeindemitarbeiter*innen, egal welches Geschlechts, ziehen.

Gender-Budgeting ist in Österreich bereits seit 2009 im **Bundes-Verfassungsgesetz** verankert. Gemäß **Art. 13 Abs. 3** haben Bund, Länder und Gemeinden bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Gender-Budgeting
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde
Charakter:	Verbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

Bei Gender-Budgeting im politischen Apparat wird an erster Stelle mit einer **grundlegenden Analyse zum Ist-Zustand** angesetzt. Hier geht es um die Erhebung bzw. Auswertung von Daten und die Fragestellung „Wie viel wird bereits speziell für Frauen und Männer ausgegeben?“. Aufbauend auf diese Ergebnisse erfolgt eine **Festlegung der Gleichstellungsziele** mit möglichen Maßnahmen zur Erreichung dieser. Nach erfolgreicher **Umsetzung der Maßnahmen**, Programme und Projekte sollte schlussendlich noch eine **Evaluierung** erfolgen und überprüft werden, ob die eingangs festgelegten Gleichstellungsziele erreicht werden konnten.

1.2. Politische Inhalte

1.2.1. Information und Sensibilisierung der Bevölkerung

Im Zuge der Expert*inneninterviews der zugehörigen Forschungsarbeit gaben die Befragten an, dass Frauen in der Kleinregion 10 vor Wien wenig Interesse beziehungsweise Berührungspunkte mit der Politik hätten. Ein möglicher Ansatz wären hier **Informationskampagnen**, die über den politischen Alltag der Kommunalpolitik aufklären. Sobald genderrelevante Maßnahmen, wie z. B. Verbesserungen interner Arbeitsweisen oder breitenwirksame Frauenförderungen bzw. -events stattfinden, könnten diese ebenfalls kommuniziert werden, um die Bevölkerung auf diese Thematik zu sensibilisieren und so Berührungspunkte zu nehmen.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Gender-Mainstreaming
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Kleinregion
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Zeithorizont	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Ressourcen	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

Mögliche **Informationskanäle**, die Gemeinden bereits überwiegend nutzen und die dafür verwendet werden könnten, wären beispielsweise Informationsblätter, Gemeindeblätter, Ihre Gemeindeforum, Social Media, Veranstaltungen und Events. Auch könnte ein entsprechendes, gemeindeübergreifendes **Beratungsangebot** mit persönlichen Ansprechpersonen im Bereich Gender-Mainstreaming ausgebaut werden.

1.2.2. Politisches Aufgreifen und Fördern von Initiativen der Bevölkerung

Die junge Bevölkerung hat den Willen, etwas zu bewegen und zu verändern. Sie ist motiviert und voller Ideen und geht damit auf die Straße. Gerade in der heutigen Zeit, demonstrieren viele Menschen für eine gerechtere Zukunft, für einen Einhalt der Klimakrise und ein konsequentes Handeln der Politik.

In diesem Zusammenhang kann eine gewisse Ohnmacht der Bevölkerung wahrgenommen werden: „Die Politik hört ja doch nicht auf uns“. Genau an dieser Stelle können Sie als Politiker*innen ansetzen und **Initiativen der Bevölkerung aufgreifen**. Dabei kann z. B. lokalen Akteur*innen in den Bereichen Gender- und Klimaschutz **Gehör verschafft** werden und ihre **Anliegen im Gemeinderat behandelt** werden.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Gender-Mainstreaming
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Kleinregion
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Zeithorizont	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Ressourcen	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

Weiters können lokale Initiativen **finanziell oder durch Informationskampagnen gestärkt** werden. Eine weitere Maßnahme wäre die **Gründung von entsprechenden Vereinen**, die sich mit den Themen Klimaschutz, Nachhaltigkeit und/oder Frauen beschäftigen. Als Vorreiterprojekte können hier beispielsweise die FoodCoop - Einkaufsgemeinschaft für regionale und biologische Lebensmittel in Korneuburg oder die Reparaturcafés in Korneuburg und Großrußbach genannt werden. Diese werden von Privatpersonen betrieben und von der jeweiligen Gemeinde unterstützt.

1.2.3. Ausbau von Fördermitteln für die Bevölkerung

Fördermittel für die Bevölkerung dienen der erleichterten Umsetzung von nachhaltigen Maßnahmen, beispielsweise im Klimaschutzbereich. Gewisse Anteile des bestehenden Budgets können daher für **Maßnahmen reserviert** werden, die in den **Bereich gendergerechter Klimapolitik** fallen oder die dem **Schutz benachteiligter Gruppen im Katastrophenmanagement** zugutekommen.

Im Sinne einer gendergerechten Klimapolitik können monetäre Förderungen auch an **Genderkriterien als Prüfkriterien** für Gemeindeförderungen, Wohnhaussanierungen, nachhaltige Energie und Mobilität **gekoppelt** werden.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Gender-Budgeting
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Zeithorizont	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Ressourcen	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

Diese Maßnahme nimmt daher in dieser vorliegenden Broschüre einen wichtigen Stellenwert ein und ist für die Umsetzung der nachfolgenden Handlungsfelder, besonders in den Bereichen Planen, Bauen, Wohnen (Maßnahmen 2.2.1., 2.2.2) und Energie (Maßnahme 4.1.1.), unerlässlich.

„Große Umbrüche sind nur möglich, wenn Menschen sich die neuen Zukünfte und Wege dorthin vorstellen können“



2. Planen, Bauen, Wohnen

Raumplanung und Raumordnung haben die Aufgabe, den (Siedlungs)raum zu verwalten und gerecht zu verteilen. Dieser Aspekt wird meist von Raumplanungsexpert*innen übernommen, die in einer beratenden Funktion der Gemeinde beiseitestehen. Besonders Gemeinden, die in den vergangenen Jahren eine zunehmende Versiegelungsquote verzeichneten oder die aufgrund ihrer Lage und Nähe zu Wien einen hohen Siedlungsdruck verspüren, sehen die Notwendigkeit einer **geordneten Siedlungsentwicklung**.

Die Gemeinde hat aus raumplanerischer Sicht einige Möglichkeiten, klimaschädliche Entwicklungen wie **Zersiedelung, Versiegelung** oder **lückenhafte Bebauungen** des Ortsgebietes zu vermeiden. Die Instrumente des **Flächenwidmungsplanes** und **Bebauungsplanes** bieten rechtliche Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige und klimafreundliche Bebauungsplanung, Verkehrsplanung und Energieraumplanung ermöglichen.

In der Raumplanung sollten durch entsprechende Maßnahmen die **Lebensrealitäten der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen berücksichtigt** und gesellschaftlich benachteiligte Gruppen gezielt gefördert werden.

So weisen Frauen gesellschaftlich bedingt eine andere Alltagsmobilität auf als Männer und haben tendenziell ein stärkeres Umweltbewusstsein. Männer hingegen haben oftmals ein höheres Einkommen und ein größeres Interesse und Wissen im technischen Bereich. Die Dimensionen Bauen, Sanieren, Energieversorgung sowie Alltagsverhalten und Bewegungsmuster innerhalb der Gemeinde unterscheiden sich durch die traditionellen Rollenbilder teilweise stark. Das **Kapitel Planen, Bauen, Wohnen** spricht die **ordnungspolitische Arbeit der Gemeinde** an und dient dem Ziel, auf unterschiedliche Lebensrealitäten einzugehen und klimasensible Raumplanung an die Bedürfnisse von Frauen und Männern anzupassen.

Handlungsoptionen

2.1. Kurze Wege in den Gemeinden der Kleinregion 10 vor Wien

2.1.1. Kompakte Siedlungen

Eine dichte und kompakte Siedlungsentwicklung innerhalb des Gemeindegebiets bringt einige Vorteile mit sich: Bei einer **gezielten Nachverdichtung** und **sparsamen Neuwidmungen** können bereits bestehende Infrastrukturen zur Erschließung des künftigen Baulandes genutzt werden. Dadurch entfällt oftmals die Notwendigkeit zur Errichtung von Infrastrukturen, wodurch auch das Gemeindebudget geschont wird.

Durch die daraus entstehenden kurzen Wegeverbindungen innerhalb des Ortsgebietes können vermehrt nachhaltige Mobilitätsformen genutzt werden. Dies verringert zusätzlich die Verkehrsbelastung durch den motorisierten Individualverkehr (MIV) und erleichtert den Alltag von jenen Personen, die durch ihre Lebensumstände viele Wege zurücklegen müssen. Beispielsweise haben Menschen, die Betreuungspflichten von Kindern oder älteren Menschen wahrnehmen, ein anderes Mobilitätsverhalten als jene, die morgens zum Vollzeitjob pendeln und abends direkt wieder nach Hause fahren. Eine kompakte Siedlungsentwicklung ist somit nicht nur nachhaltig und klimafreundlich, sie dient auch der Förderung von Chancengleichheit und öffentlicher Teilhabe im Gemeindealltag.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Raumplanung und -ordnung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Raumplanungsbüro
Charakter:	Verbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

Allerdings sollte dabei auch auf ausgewogene Nutzungsmischung inklusive gut erreichbarer Dienstleistungen (z. B. Nahversorger, Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen) in den Siedlungsgebieten geachtet werden. Sie als Gemeindevertretung sollten daher gemeinsam mit den Raumplanungsexpert*innen bei der Umsetzung von Maßnahmen auch auf eine **zielgruppenorientierte Denkweise** achten und **Nutzer*innen miteinbeziehen, die oftmals nicht bedacht** oder durch die klassische Planung benachteiligt werden.

Die Städte Korneuburg und Stockerau sowie die Wiener Umlandgemeinden Bisamberg, Hagenbrunn und Langenzersdorf setzen bereits eine striktere Siedlungspolitik mit gezielter Nachverdichtung in den Ortskernen um. Mögliche Instrumente zur Umsetzung dieser Maßnahme wären das **Örtliche Entwicklungskonzept, Flächenwidmungsplan, Bebauungsplan** oder **Raumordnungsverträge**.

2.1.2. Siedlungsentwicklung entlang öffentlicher Transportrouten

Verkehr ist in Österreich einer der Hauptverursacher des ungebremst hohen CO₂-Ausstoßes. Auch die Kleinregion 10 vor Wien bemerkt aufgrund der engen Pendler*innenverflechtungen mit Wien eine starke Verkehrsbelastung. Eine **gezielte Siedlungsentwicklung entlang bestehender öffentlicher Transportrouten** erleichtert den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel und verringert dadurch den motorisierten Individualverkehr sowie den CO₂-Ausstoß. Die Nordwestbahn quert die Kleinregion im Südwesten und hat S-Bahnhaltestellen in sechs Mitgliedsgemeinden (Langenzersdorf, Bisamberg, Korneuburg, Leobendorf, Spillern und Stockerau).

Durch eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr wird die Chancengleichheit in der Region verbessert, wodurch

Steckbrief

Handlungsfeld:	Raumplanung und -ordnung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Raumplanungsbüro
Charakter:	Verbindlich
Relevanz	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Zeithorizont	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Ressourcen	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

auch die Erwerbstätigkeit von Frauen steigt. Bei dieser Maßnahme sind besonders Sie als Gemeindevertreter*innen gefragt, eine gezielte Siedlungsentwicklung entlang öffentlicher Transportrouten voranzutreiben. Gerade in den Lagen **rund um die Bahnhöfe** von Bisamberg, Leobendorf und Spillern bestehen noch Flächen mit Nachverdichtungspotenzial. Eine mögliche Maßnahme wäre hier, gemeinsam mit Ihrem Raumplanungsbüro eine **gemeindeübergreifende Bestandsanalyse** der Mitgliedsgemeinden **auf vorhandene Baulandreserven** rund um die öffentlichen Verkehrsknotenpunkte umzusetzen.

2.1.3. Polyzentrische Siedlungsstrukturen

Die Mitgliedsgemeinden der Kleinregion haben sich in den vergangenen Jahren zu Vororten, oder umgangssprachlich dem Speckgürtel Wiens, entwickelt. Korneuburg und Stockerau werden auch als sogenannte Satellitenstädte vor Wien bezeichnet, da sie selbst keine Außenzone oder ein Pendler*inneneinzugsgebiet besitzen.

Ein **Ausbau der polyzentrischen Siedlungsstrukturen**, besonders bei den Städten Korneuburg und Stockerau, könnte das kleinregionale Gefüge abseits der starken Orientierung nach Wien stärken. Aus der Genderperspektive würden Frauen hinsichtlich ihrer Erwerbs- und Versorgungstätigkeiten durch kürzere Wege und besser erreichbare Infrastruktur davon profitieren.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Raumplanung und -ordnung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Raumplanungsbüro
Charakter:	Verbindlich bzw. unverbindlich
Relevanz	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Zeithorizont	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>
Ressourcen	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

Entsprechende Ziele könnten **mittels Örtlichen bzw. Kleinregionalen Entwicklungskonzept festgeschrieben** werden. Dieses kann als Richtungsweisung für die Raumplanung der gesamten Kleinregion dienen. Dabei sollte der Fokus auf den Ausbau innerregionaler Verflechtungen liegen. Gemeinden mit speziellen Funktionen können so als lokales Zentrum und Anlaufstelle für die umliegenden Gemeinden fungieren.

2.1.4. Aufteilung des öffentlichen Raums auf verschiedene Verkehrsträger

Durch ein gut durchmisches Angebot an unterschiedlichen Transportmöglichkeiten wie öffentlicher Verkehr, Fahrrad- und Fußgänger*inneninfrastruktur sowie Infrastruktur für den motorisierten Individualverkehr (MIV) können die Ansprüche und Bedürfnisse aller Bewohner*innen der Kleinregion gedeckt werden. Die Bevölkerung in der Kleinregion hat durch unterschiedliche Lebensweisen und Lebensrealitäten unterschiedliche Ansprüche an das Verkehrsangebot. Daher müssen auch Aspekte wie Barrierefreiheit oder kinder- und seniorengerechte Angebote (z. B. Niederflurbusse für Kinderwagen bzw. Rollatoren) mitgedacht werden. Durch ein gemischtes Angebot an Mobilität erhöht sich auch die Resilienz der Verkehrsinfrastruktur, da durch den Ausfall einzelner Verkehrsträger leichter auf Alternativen umgestiegen werden kann. Zusätzlich wirken sich die Förderung und der

Steckbrief

Handlungsfeld:	Verkehrsplanung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Raumplanungsbüro
Charakter:	Verbindlich
Relevanz	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Zeithorizont	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Ressourcen	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>

Ausbau der nachhaltigen Mobilität positiv auf Körper und Gesundheit der Bewohner*innen aus.

Besonders in den ländlichen Gemeinden Großrußbach, Hagenbrunn, Harmannsdorf-Rückersdorf und Stetten ist das nachhaltige Verkehrsangebot noch ausbaubar. Hier könnte beispielsweise auf die **Bereitstellung eines flächendeckenden Fuß- und Radverkehrsnetzes** geachtet werden (siehe Maßnahme 3.2.4). Entsprechende Zielsetzungen und Maßnahmen können in einem **Örtlichen Entwicklungskonzept oder kleinregionalen Verkehrskonzept festgeschrieben** werden.

2.2. Minimierung des Energiebedarfs von Gebäuden

2.2.1. Energetische Sanierung von Gebäuden

69 Prozent der Gebäude in der Kleinregion wurden vor 1991 errichtet. Durch mittlerweile veraltete Baustandards ist daher mit hohen Energieverlusten bei diesem alten Gebäudebestand zu rechnen. Bei einer energetischen Sanierung der Gebäude würde deren Bausubstanz modernisiert werden, um deren Energiebedarf für Heizung, Warmwasser und Lüftung zu senken. Bei der Sanierung herrschen oft geschlechtsspezifische Präferenzen vor, welche z. B. Dämmmaterialien oder technische bzw. ökonomische Aspekte betreffen. So wird das Thema Energie in traditionellen Haushaltsteilungen eher Männern zugeschrieben, wodurch Beratungen zu energetischen Sanierungen oft an männlichen Sichtweisen ausgerichtet sind.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Energieraumplanung
Zuständigkeitsbereich:	Kleinregion, Gemeinde
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

Die Forschung empfiehlt hier eine **Anpassung der Energieberatungen** auf die unterschiedlichen genderspezifischen Sichtweisen und Bedürfnisse, um so das beste Potenzial in diesem Feld ausschöpfen zu können. Außerdem werden **bedarfsorientierte Förderungen** empfohlen, die sich an der Notwendigkeit der Sanierung und dem Haushaltseinkommen der jeweiligen Person orientieren.

2.2.2. Energieoptimierte Neubauten

Ähnlich wie bei Maßnahme 2.2.1. haben energieoptimierte Neubauten nicht nur eine deutlich bessere Klimabilanz gegenüber jener ohne spezielle energetische Dämmmaßnahmen, auch profitieren durch die Energiesparpotenziale insbesondere finanziell schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen, welche oft von Energiearmut betroffen sind.

Weiters kann darauf hingewiesen werden, dass Frauen und Männer aus physiologischer Sicht ein unterschiedliches Komforttemperaturempfinden besitzen, welches sich auf einen unterschiedlichen Wärmekonsum auswirkt. Dies soll-

Steckbrief

Handlungsfeld:	Energieraumplanung
Zuständigkeitsbereich:	Kleinregion, Gemeinde
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

te besonders bei der Wahl und Installation von Heizsystemen mitbedacht werden. Besonders jene Gemeinden, die eine starke Siedlungsdynamik verzeichnen (z. B. Hagenbrunn, Harmannsdorf-Rückersdorf, Korneuburg, Spillern) können hier auf gezielte **Beratungen vor dem Hausbau** setzen.

2.3. Klimaangepasste Siedlungsentwicklung

2.3.1. Vermeidung von Überschwemmungsgebieten

Gemäß Berechnungen der ZAMG und KEM10 werden sich Extremwetterereignisse in der Kleinregion 10 vor Wien in den kommenden Jahren zunehmend häufen und an Intensität gewinnen. Durch den steten Anstieg der Jahresmitteltemperaturen wird es vermehrt zu Hitzebelastungen und einem Austrocknen der Böden kommen. Die Niederschlagsmengen werden über das Jahr gesehen zwar gleich bleiben, allerdings werden Regenereignisse immer seltener und dafür deutlich stärker. Durch die geografische Lage an der Donau spielen auch Überschwemmungen eine wichtige Rolle im Katastrophenschutz der Kleinregion 10 vor Wien.

Frauen sind durch häusliche Versorgungsarbeiten, statistisch gesehen, häufiger und stärker durch Extremwetterereignisse betroffen. Zudem stehen ihnen oft weniger Mittel zur Verfügung, um sich auf bevorstehende Katastrophenereignisse vorzubereiten oder nach den Ereignissen adäquate Repara-

Steckbrief

Handlungsfeld:	Raumplanung und -ordnung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Raumplanungsbüro
Charakter:	Verbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

turarbeiten leisten zu können.

Ihnen als Gemeindevertreter*innen obliegt daher die Aufgabe, künftige klimatische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Ihre Gemeinde mitzudenken. Vorausschauendes Handeln schützt nicht nur ihre Bürger*innen, sondern schont auch überproportional den Gemeindehaushalt. Entsprechende Erkenntnisse können in Absprache mit Ihrem Raumplanungsbüro in einem **Örtlichen Entwicklungskonzept oder dem Flächenwidmungsplan festgeschrieben** werden. Auch die **Erstellung von bedarfsorientierten Katastrophenschutzplänen**, die an den Bedürfnissen von unterschiedlichsten Zielgruppen ausgerichtet werden, sind im Ernstfall nicht zu vernachlässigen.

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

**„Die größten Hebel
haben nichts oder
nicht primär etwas
mit Hochtechnologie
zu tun.“**

3. Mobilität

Die **Kleinregion 10 vor Wien** hat eine hohe Verkehrsdichte mit **ausgezeichneten Anbindungen**, ausgehend von den regionalen Zentren, an die Bundeshauptstadt Wien. Die Bewohner*innen der Kleinregion haben ihren Arbeitsplatz deswegen überwiegend außerhalb der Region. Der Anteil jener Erwerbstätigen, die über die Bezirksgrenzen hinaus **pendeln**, beträgt rund **61 Prozent**. 49 Prozent fahren dabei täglich nach Wien. Dies führt zu einer guten bis **übermäßigen Auslastung der Bahn- und Busverbindungen** von und nach Wien. Hinzu kommt, dass sich die P&R-Anlagen in Langenzersdorf, Korneuburg und Spillern bereits seit Jahren an der Auslastungsgrenze befinden.

Dabei sollte nicht darauf vergessen werden, dass Männer und Frauen durch ihre unterschiedlichen Lebensweisen auch **unterschiedliche Mobilitätsverhaltens-**

weisen haben. So sind Frauen beispielsweise häufiger für die Versorgungsarbeit von Kindern und älteren Personen verantwortlich und dadurch mehr zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs. Auch finden sich oft als Beifahrerinnen im Straßenverkehr wieder. Dies begünstigt eine deutlich geringere CO₂-Bilanz gegenüber jener der Männer. Diese haben hingegen durch deren Mobilitätsverhalten nachweislich einen deutlich höheren CO₂-Fußabdruck (z. B. durch größere Autos, häufigere Nutzungen bei längeren Strecken).

Mobilität und deren Maßnahmen sollten also stets mit den Hintergedanken für die **unterschiedlichen Lebensweisen** der Bewohner*innen geplant werden. Dieses Handlungsfeld soll im Planungsalltag der Gemeinde dabei helfen, diese Perspektiven mitzudenken.

Handlungsoptionen

3.1. Minimierung des Verkehrsbedarfs

3.1.1. Verkehrsvermeidung durch organisatorische Maßnahmen

Strategien zur Verkehrsreduzierung beinhalten sowohl raum- und verkehrsplanerische als auch organisatorische Maßnahmen. Langfristig können entsprechende Siedlungsstrukturen (z. B. Kleinregion der kurzen Wege: polyzentrale Strukturen, Mischung von Arbeitsplätzen, Wohnstätten und Infrastruktureinrichtungen in den Siedlungen, verträgliche Dichte) die Voraussetzungen für ein verkehrssparendes Verhalten beeinflussen (siehe Maßnahmen 2.1.1. bis 2.1.3). Allerdings prägen geringe Transportkosten und hohe Anforderungen nach räumlicher Flexibilität, insbesondere bei der Arbeitsplatzwahl, den **hohen Verkehrsbedarf der heutigen Zeit**. Dadurch werden häufig verkehrsvermeidende Verhaltensweisen behindert.

Abseits einer **Verkehrsvermeidung durch optimierte Raumplanung und -ordnung** sind vor allem organisatorische Ansätze erforderlich. Dabei sollte vor allem auf die **Beseitigung der Ursache der Verkehrsentstehung** sowie eine **höhere Auslastung der Fahrzeuge** geachtet werden. Beide Ansätze können zudem den Alltag von Frauen positiv beeinflussen. Hauptursachen der Verkehrsentstehung sind nach wie vor der Weg von und zum Arbeitsplatz so-

Steckbrief

Handlungsfeld:	Verkehrsplanung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Verkehrsträger
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

wie alltägliche Erledigungen. Hier könnte verstärkt auf Telearbeit/Homeoffice oder Online-Shopping zurückgegriffen werden. Ihre Aufgabe als Gemeindevertreter*in ist es, ein **flächendeckendes Glasfasernetz in der Kleinregion** auszubauen. Außerdem könnten Sie verstärkt **Homeofficemöglichkeiten** für Ihre Gemeindemitarbeiter*innen andenken.

Zu einer Erhöhung des Auslastungsgrades von Fahrzeugen tragen besonders **Fahrgemeinschaften** bei. Als positiver Vorreiter kann dabei die **nahallo Mitfahrplattform** des VOR in Kooperation mit der Stadt Korneuburg erwähnt werden. Bei der zugehörigen „**ummadum**“-App können Fahrten angeboten und Mitfahrgelegenheiten gesucht werden. Frauen, die bisher wenig mobil waren, können so von dieser kostengünstigen Maßnahme profitieren und aktiver ihren Alltag gestalten. Aufgabe der Gemeinden ist es, Pendler*innen zu vernetzen und lokale Mitfahrgelegenheiten zu gründen.

3.2. Verlagerung zwischen den Verkehrsträgern

3.2.1. Reduktion MIV

Die **Reduktion des motorisierten Individualverkehrs (MIV)** baut nicht nur auf die grundlegende Vermeidung des Verkehrs (Maßnahme 3.1.1.), sondern auch auf die **Verlagerung der zurückgelegten Wege auf andere Verkehrsträger** als den motorisierten Individualverkehr (MIV) auf. Mit Stand 2020 werden **49 Prozent aller Wege** in der Stadt Korneuburg mit dem MIV zurückgelegt (41 Prozent Lenker*innen, 8 Prozent Mitfahrer*innen). Die restlichen 51 Prozent entfallen auf den Umweltverbund (17 Prozent öffentlicher Verkehr, 16 Prozent Rad, 18 Prozent Fuß). In den ländlicheren Gemeinden kann durch den fehlenden Ausbau von nachhaltiger Verkehrsinfrastruktur (ÖV, Rad) mit einem erheblich höheren Anteil des MIV gerechnet werden.

Mögliche Maßnahmen, um den MIV zu reduzieren, wären beispielsweise **Parkleitsysteme** (wie z. B. Kurzparkzonen in Korneuburg, Stockerau), **Fahrverbote** (z. B. Nacht-, Ferien- und Sonntagsfahrverbote für LKW) oder **Zufahrtsbeschränkungen bei sensiblen Gebieten** (z. B. geplante Verkehrsberuhigung des Stadtentwicklungsgebietes in der Korneuburger Werft).

Nicht zu vernachlässigende Faktoren sind auch der Ausbau und die Erhöhung der Leistungsfähigkeit von Straßeninfrastruktur bzw. die Optimierung der Anbindungsqualität, welche allesamt **unbeabsichtigten Neuverkehr** (induzierten Verkehr) fördern können. Bei neuen Straßenausbauprojekten gilt es

Steckbrief

Handlungsfeld:	Verkehrsplanung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Verkehrsträger
Charakter:	Verbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

daher immer abzuwägen und mitzubedenken, dass dadurch zusätzlicher MIV generiert werden könnte. Im Sinne einer nachhaltigen Klimapolitik gilt es diesen Effekt zu vermeiden. Hierbei sind die Realisierung der B-6 Umfahrung Harmannsdorf-Rückersdorf und der geplante 3-spurige Ausbau der A22 in Stockerau im Augebiet als kritisch zu hinterfragen. Vielmehr sollte an dieser Stelle auf die **Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs** (Maßnahmen 3.2.2. und 3.2.3.) oder den **Ausbau von Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr** (Maßnahme 3.2.4) gesetzt werden.

Sie als Gemeindevertreter*innen sind daher gefragt, sich mit dem Mobilitätsverhalten der Bewohner*innen Ihrer Gemeinde auseinanderzusetzen. In **Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteur*innen im Mobilitätssektor** (Raum- & Verkehrsplanungsbüros, ÖBB, VOR, Dr. Richard, ISTmobil Bezirk Korneuburg, NextBike, Land Niederösterreich, ...) können die unterschiedlichen Bedarfe ausgelotet und die Verlagerung der Mobilitätsströme auf nachhaltige Verkehrsträger forciert werden.

3.2.2. Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur

Diese Maßnahme hat von allen vorgestellten Handlungsempfehlungen in dem vorliegenden Leitfaden die **höchste Relevanz für eine gendergerechte Klimapolitik in der Kleinregion 10 vor Wien**:

Durch den **Ausbau** und die daraus resultierende Attraktivierung **des öffentlichen Verkehrs** wird ein Umstieg von dem MIV auf Bus und Bahn gefördert. Dies bedingt nicht nur eine erhebliche Reduktion der CO₂-Emissionen, sondern auch positive Aspekte für alle Bewohner*innen in der Region. Durch die bessere Anbindung und Verfügbarkeit von nachhaltigen Verkehrsträgern wird es Personen, die keinen Führerschein oder PKW besitzen, gleichermaßen ermöglicht, ihre alltäglichen Wege zu absolvieren. Dies fördert die öffentliche Teilhabe und somit Chancengleichheit von strukturell benachteiligten Personen in der Kleinregion.

Frauen haben in der Kleinregion 10 vor Wien tendenziell ein geringeres Einkommen als Männer. Dies resultiert unter anderem in einen geringeren Führerschein- und PKW-Besitz.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Verkehrsplanung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Verkehrsträger
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

Sie sind daher in besonderem Maße auf gute Verbindungen des öffentlichen Verkehrs angewiesen. Positiv können hier der **Ausbau der Bahninfrastruktur** und die **dichtere Taktung** entlang der Nordwestbahnstrecke ebenso wie der erfolgreiche Betrieb des **Anrufsammeltaxisystems ISTmobil Bezirk Korneuburg** hervorgehoben werden.

In den ländlicheren Gemeinden Enzersfeld, Großrußbach, Hagenbrunn, Harmannsdorf und Stetten besteht großes Ausbaupotenzial für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur. Hier könnte größerer Fokus auf eine **bedarfsgerichtete und stärkere Taktung der Zubringerbusse zu den Verkehrsknotenpunkten** Korneuburg Bahnhof und Stockerau Bahnhof gelegt werden. Weiters könnte ein **Ausbau bzw. Verlängerung der Straßenbahnlinie 26 in die Kleinregion** für eine Entlastung der Hauptverkehrsachsen (Nordwestbahn, A22, Prager Straße) angedacht werden.

3.2.3. Serviceverbesserung im öffentlichen Verkehr

Gerade in den peripher gelegenen Gemeinden Enzersfeld, Großrußbach, Hagenbrunn, Harmannsdorf und Stetten ist das öffentliche Verkehrsangebot noch ausbaufähig. Für eine Serviceverbesserung des Linienverkehrs wären eine **dichtere Taktung** abseits der Schulzeiten, zur Tagesmitte und -randzeiten denkbar. Generell sollte, wie bereits in Maßnahme 3.2.1. beschrieben, auf eine **gute innerregionale Abstimmung der Umsteigezeiten** zu anderen Mobilitätsanbietern geachtet werden. Für ein besseres Serviceangebot des öffentlichen Verkehrs wären auch der **barrierefreie Ausbau der Infrastruktur** ebenso wie **geförderte bzw. verbilligte Tarife** empfehlenswert.

Ergänzend zu dem bestehenden Linienverkehr werden bedarfsorientierte Mobilitätslösungen als gute Alternative für Anbindungen an die regionalen Zentren gesehen. Entsprechende Mikro-ÖV-Systeme dienen als ergänzendes Angebot und stärken den öffentlichen Verkehr auf der sogenannten letzten Meile (d. h. die letzten Meter von der Haltestelle bis zur Haustüre). Dies dient durch den Ausgleich vorhandener Defizite im kleinregionalen Mobilitätsangebot besonders der Versorgungsfunktion und der Sicherung der Daseinsvorsorge der Bevölkerung. Auch hier profitieren in erster Linie

Steckbrief

Handlungsfeld:	Verkehrsplanung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Verkehrsträger
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

jene Bevölkerungsgruppen, die auf keinen PKW zurückgreifen können oder wollen, wie z. B. ältere oder beeinträchtigte Personen, aber auch generell Frauen und Mädchen.

Als hervorragendes Leuchtturmprojekt kann hierbei das seit 2015 bestehende **ISTmobil**, das Anrufsammeltaxi für den Bezirk Korneuburg, hervorgehoben werden. Fahrten können dabei telefonisch, online oder via App flexibel im Vorhinein bestellt und über 800 Sammelpunkte im Bezirk angefahren werden. Ihre Aufgabe als Gemeindevertreter*innen ist es, dieses Angebot weiterhin zu bewerben, um auch in Zukunft eine ausreichende Auslastung erzielen und so den Weiterbetrieb sicherstellen zu können.

Weiters kann die **WEGFINDER-APP** in Korneuburg erwähnt werden, welche viele nachhaltige Mobilitätsangebote (E-Scooter, E-Bikes, nextbikes, E-Lastenfahrrad, E-Carsharing) verbindet. Hier könnte das **Angebot der App auf die angrenzenden Gemeinden** Bisamberg, Stetten, Tresdorf, Leobendorf, Spillern und auch Stockerau **erweitert werden**.

3.2.4. Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr

Neben dem Ausbau und der Attraktivierung des öffentlichen Nahverkehrs in der Kleinregion 10 vor Wien gibt es noch großen Aufholbedarf für den Ausbau der Infrastruktur für den nichtmotorisierten Verkehr. Auch diese Maßnahme trägt zur Verlagerung des MIV auf nachhaltigere Fortbewegungsmittel bei.

Insbesondere der Anteil des Fahrradverkehrs in der Kleinregion stellt dabei noch Steigerungspotenzial dar. Dies kann durch den **Ausbau geeigneter Infrastruktur** wie **farbig markierte** und/oder **baulich getrennte Fahrradwege** bzw. ausreichend und sichere **Fahrradabstellplätze** geschehen. **Interkommunale Radschnellwege** und **Fahrradstraßen** zur direkten Erschließung von Hauptverkehrsknotenpunkten dienen einem raschen Verkehrsfluss und erhöhen die Verkehrssicherheit. Besonders jene Gemeinden, welche von einer überproportionalen Verkehrsbelastung betroffen sind (z. B. Hagenbrunn, Korneuburg, Langenzersdorf, Spillern, Stetten und Stockerau), können von einem Ausbau der Fahrradinfrastruktur profitieren. Auch jene Gemeinden, die einen Schnellbahnhof besitzen, sind dazu aufgerufen, eine geeignete **Zubringerinfrastruktur zu errichten**. So befinden

Steckbrief

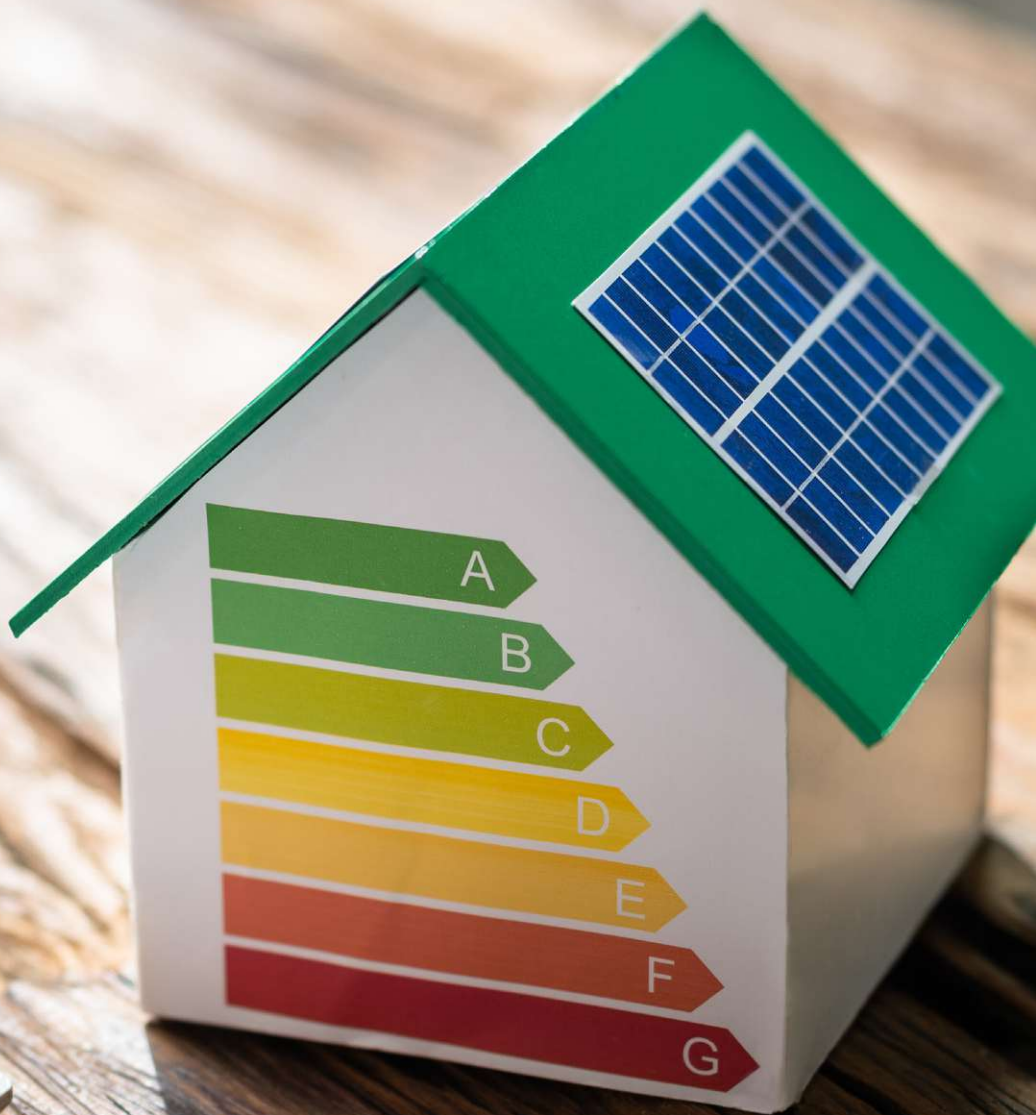
Handlungsfeld:	Verkehrsplanung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde
Charakter:	Verbindlich bzw. unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

sich in den Gemeinden Bisamberg, Korneuburg, Stockerau, Spillern keine bis wenig ausreichende Radwege zur Erschließung der Bahnhöfe.

Korneuburg und Stockerau haben zudem durch eine dichte Konzentration von alltäglichen Anlaufpunkten im Zentrum und deren flache Topografie ideale Voraussetzungen, um sich als **Fahrradstädte zu positionieren**. Dies setzt allerdings einen **klaren Entscheidungswillen in der Kommunalpolitik** voraus.

Auch bei den **Fußwegen** sind alle Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien dazu aufgerufen, dass diese **ausnahmslos in guten Zuständen** sind, **nicht versperrt** werden (etwa durch Bauarbeiten) und stets der **vorgegebenen Mindestbreite** gem. Straßenverkehrsordnung 1960 (StVO. 1960) entsprechen.

„Technik allein wird
uns nicht aus der
Krise führen.“



Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

4. Energie

Der **jährliche Energiebedarf** der Klima- und Energiemodellregion – KEM10 belief sich im Jahr 2017 auf **2.424 GWh** (Gigawattstunden). Dieser Wert ergab sich aus den drei Faktoren **Wärmebedarf, Mobilität** und **Strombedarf**. Bei der Energiebereitstellung bestehen in der Kleinregion 10 vor Wien noch große Ausbaupotenziale: So wurden 2017 noch immer 90 Prozent der regionalen Energieversorgung aus fossilen Energiequellen erzeugt. Bei der verbraucherseitigen Energie hingegen werden von der Kleinregion 10 vor Wien schon einige Maßnahmen umgesetzt. Die Projekte betreffen zum Beispiel Wärmedämmungen von Wohngebäuden oder die Optimierung von Heizungsanlagen. Hier gibt es also bereits gute Ansätze und Initiativen.

Das **Handlungsfeld Energie** bezieht sich hauptsächlich auf die Haushaltsenergie, deren Energiekonsum sowie Energiesparmaßnahmen. Diese sind von verschiedenen Faktoren abhängig, wie zum Beispiel der energetischen Substanz der Gebäude, der Wohnfläche, aber auch der Komforttempera-

tur der in dem Haushalt lebenden Personen. Weiters hat die Ausstattung und Nutzung von Haushaltsgeräten, aber auch das individuelle Verhalten Einfluss auf den Energiekonsum eines Haushaltes. Nicht zu vernachlässigen sind dabei auch die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern, welche sich beispielsweise durch die Arbeitsteilung im Haushalt unterscheiden und so Einfluss auf den Energiekonsum haben.

Aus der **Genderperspektive** wird daher der Großteil der **energierelevanten Maßnahmen im häuslichen Umfeld** angesiedelt. Entsprechende bauliche Maßnahmen wie die energetische Sanierung von Gebäuden oder energieoptimierte Neubauten werden aber eher dem **Handlungsfeld Planen, Bauen, Wohnen** zugeordnet und dort tiefergehend erläutert (Maßnahmen 2.2.1. und 2.2.2). Dieses Kapitel fokussiert sich hauptsächlich auf die **Verhaltensweisen und den Umgang mit dem Konsum von Energie im privaten Umfeld**.

Handlungsoptionen

4.1. Reduktion der Energienachfrage

4.1.1. Effizienz Haushalte

Diese Maßnahme hat das Ziel, die **Energienachfrage durch eine gesteigerte Effizienz der Haushalte zu reduzieren**. Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien werden in der Öffentlichkeit oft im Zusammenhang mit Technologieentwicklung und Innovation erwähnt, welche traditionell als „männliche“ Bereiche gelten, somit auch von Männern dominiert werden.

Frauen priorisieren bei Kaufentscheidungen von elektrischen Geräten hingegen signifikant höher den Wasser- und Energieverbrauch, wohingegen Männer sich eher für die Anzahl der Funktionen und Accessoires interessieren. In der Forschung konnte zudem nachgewiesen werden, dass die unteren Einkommensdezile (darunter befinden sich vor allem Alleinerziehende oder weibliche Single-Haushalte) besonders von den ansteigenden Strompreisen betroffen sind: Hier gilt es die Chance zu nutzen, dass diese finanziellen Mehrbelastungen durch **Energieeffizienz- bzw. Einsparungsmaßnahmen** fast zur Gänze kompensiert werden könnten. Diese Maßnahme kann daher zu einer **(geschlechter)gerechten Verteilung von Energie** beitragen.

Aus der Genderperspektive kann sich diese Maßnahme daher positiv auf die Entscheidungsmacht und -verteilung im priva-

Steckbrief

Handlungsfeld:	Energieraumplanung
Zuständigkeitsbereich:	Kleinregion, Gemeinde
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

ten Haushalt auswirken. Auch können durch **Informationsveranstaltungen** und **Wissensverteilung** traditionelle Geschlechterrollen in diesem Feld aufgebrochen werden.

Die Kleinregion 10 vor Wien setzt bereits seit einigen Jahren wichtige Schritte in Richtung Effizienz und Energiesparmaßnahmen um. Diese reichen von **Informationsmaßnahmen** bis zu **Beratungsangeboten**. Hierbei werden die Gemeinden, die Bevölkerung sowie insbesondere Jugendliche und Senior:innen als Zielgruppe angesprochen. Es bietet sich also an, **die Genderperspektive bei entsprechenden Informationsveranstaltungen und Beratungsangeboten auch explizit miteinzubinden**. Auch könnten die relevanten Aspekte in künftige Maßnahmenpakete oder Entwicklungskonzepte der Kleinregion 10 vor Wien miteinfließen. Weiters können die Gemeinden der Kleinregion spezielle **Informationsveranstaltungen mit dem Ziel des Empowerments von Frauen** im Energiebereich starten.

„Der systematische Blick zeigt:
Die Menschheit müsste viel
mehr auf Klimaschutz-Optionen
achten, die bisher in der Debatte
vernachlässigt sind.“

Die abgebildete gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
This printed original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

5. Umwelt

In dem vorliegenden **Handlungsfeld Umwelt** werden weitere Handlungsempfehlungen aufgelistet, welche nicht den vorhergegangenen raumplanungsrelevanten Bereichen zugeordnet werden konnten, jedoch in ihrer Wirkung auf das Klima und ihrem Potenzial für Beiträge zur Geschlechtergerechtigkeit nicht zu vernachlässigen sind. Zusammenfassend werden sie daher unter dem Überbegriff Umwelt an-

geführt. Neben der **Landwirtschaft** sind hierbei insbesondere der **Konsum**, eine **klimaschonende Ernährungsweise** sowie **vorsorgender und nachsorgender Katastrophenschutz** hervorzuheben. Nicht zuletzt ist auch die **Minimierung von Abfall** der in der Kleinregion 10 vor Wien lebenden Bevölkerung ein wesentlicher Faktor, der mit den Themenfeldern Klima und Gender in Zusammenhang gebracht werden kann.

Handlungsoptionen

5.1. Biodiversität, Land- und Forstwirtschaft

5.1.1. Ökolandbau

Die Kleinregion 10 vor Wien wird stark von Land- und Forstwirtschaft geprägt. Im Bezirk Korneuburg gab es im Jahr 2016 1.120 Bäuer*innen. Weit weniger als 15 Prozent hatten davon Bio-Landwirtschaftsbetriebe. Diese Zahl ist im Vergleich zum Rest Niederösterreichs noch stark ausbaubar.

Aus Genderperspektive hat diese Maßnahme vor allem Auswirkungen auf den Bereich Gesundheit der Landwirt*innen. Auch die Bäuer*innen der Kleinregion sind durch die Auswirkungen der Klimakrise stark betroffen. Diese gehen oft mit sozialen oder ökologischen Veränderungen einher, wodurch meist der finanzielle Druck zunimmt. Statistischen Zahlen zufolge nehmen dabei überwiegend Frauen zusätzliche Erwerbsarbeiten auf sich, um den Betrieb sichern zu können. Diese Mehrfachbelastung (Landwirtschaft, Erwerb- und Versorgungsarbeit) erhöht sich für Frauen durch verschiedene Stressfaktoren um

Steckbrief

Handlungsfeld:	Landwirtschaft
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Kleinregion
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

bis zu 50 Prozent. Oft entstehen durch solche Drucksituationen neue Lebensmodelle wie Ökolandbau oder eine „solidarische Landwirtschaft“ die sich von diesen gesundheitsbelastenden Systemen abwenden. Durch **Informationsveranstaltungen** und **Weiterbildungsangebote** können die Gemeinden der Kleinregion 10 vor Wien Schwerpunkte setzen und die ortsansässigen Landwirt*innen motivieren sich, mit der **Thematik des Ökolandbaus** zu beschäftigen bzw. zumindest einige Elemente in ihre Arbeitsweise einfließen lassen.

5.2. Konsum

5.2.1. Versorgung mit nachhaltigen Dienstleistungen und Gütern

Im **Konsum** herrschen nach wie vor **traditionelle Rollenverhältnisse** vor, welche von der Wirtschaft dementsprechend bedient werden. Dabei wird diese Thematik in Zusammenhang mit Ressourcenverbrauch oft in den Verantwortungsbereich von Frauen zugeschoben. Allerdings sprechen die Zahlen von einem umgekehrten Verhältnis. So werden **80 Prozent aller Konsumausgaben von Männern getätigt**. An dieser Stelle muss jedoch auf die Grenzen der verbraucherseitigen Konsummöglichkeiten und individuellen Entscheidungsmacht hingewiesen werden. Vielmehr sollten Sie sich als Gemeindevertreter*innen in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftenden in der Kleinregion 10 vor Wien darauf fokussieren, eine entsprechende **Versorgung an nachhaltigen Dienstleistungen und Gütern aufzubauen**.

Die Gemeinden Bisamberg, Stockerau und Leobendorf versorgen die Kleinregion bereits über Bioläden oder Abhofverkauf

Steckbrief

Handlungsfeld:	Wirtschaft
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

mit biologischen Lebensmitteln. Zudem gibt es in allen Gemeinden der Kleinregion ein gutes Netz der direkten und regionalen Vermarktung von Lebens- und Genussmitteln, wodurch eine **kürzestmögliche und nachhaltige Lieferkette** ermöglicht wird. Aus Sicht der Genderperspektive hat diese Maßnahme insbesondere Auswirkungen auf die Versorgungsökonomie, da durch das gut ausgebaute Angebot eine Versorgung an nachhaltigen Lebensmitteln gewährleistet werden kann. Hinsichtlich **nachhaltiger Dienstleistungen** sind die Gemeinden der Kleinregion 10 vor Wien gefragt, diese durch die **Bereitstellung von öffentlichen Ressourcen und Infrastrukturen noch weiter auszubauen**.

5.2.2. Klimaschonende Ernährung

Auch bei der **Ernährung** lassen sich so wie bei dem Konsum (Maßnahme Nr. 5.2.1.) deutliche Geschlechterunterschiede erkennen. Die Daten belegen, dass Männer mehr (rotes) Fleisch essen, Frauen hingegen verzehren mehr Obst und Gemüse und ernähren sich generell deutlich gesünder. Allerdings konnten dafür keine belegbaren Gründe bei dem biologischen Geschlecht gefunden werden, vielmehr scheint die **Ursache in sozialen Verhaltensweisen** zu liegen. Neben einem geringen Konsum von Fleisch bzw. tierischen Produkten ist auch die Lokalität und Regionalität von Lebensmitteln bei einer **klimaschonenden Ernährung** ausschlaggebend. Dadurch können lange Lieferketten und **CO₂-Emissionen** vermieden werden.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Ernährung
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Gastronomie
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

Dieser Maßnahme wird eine ausgesprochen hohe Wirksamkeit und Relevanz in der gendergerechten Klimapolitik zugewiesen. Sie als Gemeindevertreter*innen können durch gezielte **Informationsmaßnahmen** und **Marketingaktionen** für eine klimaschonende Ernährung eintreten. Eine weitere Möglichkeit wären **Kooperationsmaßnahmen mit Gastronomiebetrieben** bei Veranstaltungen oder die **Förderung lokaler Produkterzeugnisse** (Maßnahme 5.2.1)

5.3. Abfallwirtschaft

5.3.1. Minimierung von Abfall

Die **verbraucherseitige Minimierung von Abfall** kann vor allem durch Wiederverwendung der Ressourcen geschehen. Dies hat aus Genderperspektive besondere Auswirkungen auf die Versorgungsökonomie sowie die Entscheidungsmacht auf der Akteur*innenebene.

Hierbei kann die **getrennte Sammlung von Abfall im Bereich der Haushaltsarbeit zu Mehrarbeit** führen. Dieser Aspekt sollte allerdings nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass der Müll nicht getrennt werden soll, vielmehr sollte der Mehraufwand möglichst gering gehalten und nur sinnvolle und effiziente Trennungssysteme verwendet werden. Entsprechende Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen von Seiten der Gemeinden mit diesem Blickwinkel könnten zu einer gesteigerten Entscheidungsmacht der Bevölkerung durch einen Bottom-Up-Ansatz führen.

Steckbrief

Handlungsfeld:	Wirtschaft
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde, Kleinregion
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

Der Regionalentwicklungsverein 10 vor Wien hat in Zusammenarbeit mit einigen Gemeinden einige Müllvermeidungsprojekte gestartet. Darunter fällt z. B. das **Mehrweg-Plastikbecher-Pfandsystem**, welches bei Veranstaltungen der Gemeinden Anwendung findet. Auch bekommen in einigen Gemeinden die Tafelklassler*innen zum Schulstart **wiederverwendbare Trinkflaschen** geschenkt. Diese Ansätze lassen eine gute Bereitschaft zur Minimierung von Abfall erkennen. Hier könnte weiter angesetzt werden und entsprechende **Bildungsangebote** und **Informationsveranstaltungen mit der Genderperspektive** ausgebaut werden.

5.4. Katastrophenschutz

5.4.1. Vorsorgender und nachsorgender Katastrophenschutz

Frauen sind durch **Katastrophenereignisse stärker gefährdet** als Männer. Auch werden ihnen bei möglichen Versagen der Infrastruktur **zusätzliche Versorgungsarbeiten** aufgebürdet. Durch geringere Einkommensverhältnisse oder durch Abhalten der Wiederaufnahme von Erwerbstätigkeit durch zusätzliche Care-Aufgaben im Haushalt sind Frauen durch Extremwetterereignisse zudem meist finanziell schwerer belastet als Männer. Aus der Genderperspektive sind bei dieser Maßnahme daher nahezu alle wichtigen Genderdimensionen betroffen (z. B. Versorgungsökonomie, Erwerbsökonomie, strukturelle Aspekte: Symbolische Ordnung, Entscheidungsmacht auf der Akteurebene sowie Körper und Gesundheit).

Steckbrief

Handlungsfeld:	Gender-Mainstreaming
Zuständigkeitsbereich:	Gemeinde
Charakter:	Unverbindlich
Relevanz	
Zeithorizont	
Ressourcen	

Besonders die Gemeinden entlang der Donau (Langenzersdorf, Korneuburg, Spillern und Stockerau) sind dazu angeraten, ihre **Krisenvor- und Nachsorge im Falle eines Hochwassers auf Genderaspekte zu prüfen**. Ebenso wie jene Gemeinden mit Siedlungsbereichen, die durch Hangwässer oder -rutschungen betroffen sein könnten. Auch sollten die enormen Auswirkungen durch Hitzewellen und Dürren auf den Gesundheitszustand besonders bei älteren und einkommensschwachen Personen nicht außer Acht gelassen werden.

Abschluss

Sehr geehrte Entscheidungsträger*innen der Kleinregion 10 vor Wien,

wie Sie nach Durchsicht dieser Broschüre erkennen können, gibt es eine Vielzahl an Wegen, die es Ihnen ermöglichen, tätig zu werden und so dabei helfen, eine chancengleiche Heimat für uns alle zu schaffen. Noch ist es nicht zu spät, ins Handeln zu kommen und **wichtige Schritte im Klimaschutz** zu setzen. **Klimaschutz sollte immer mit Genderbelangen und Chancengleichheit einher gehen** (siehe Seiten 8 und 9). Dies bedingt eine gezielte Förderung von Frauen im politischen Alltag und das Mitdenken der Genderperspektive bei der Umsetzung von raumplanerischen Maßnahmen.

Zu guter Letzt möchte ich Ihnen in Anlehnung an die Empfehlungen des österreichischen **genanet Netzwerks** (www.genanet.de), welches sich bereits seit 20 Jahren mit den Themen Gender, Umwelt und Nachhaltigkeit beschäftigt, noch ein weiteres wichtiges Instrument in die Hand geben. Mit dem unten aufgelisteten Fragebogen können Sie die Einbindung gendergerechter Maßnahmen in Ihren politischen Alltag sicherstellen:

Schlüsselfragen für Sie als Entscheidungsträger*in:

- » Hat die Maßnahme Auswirkungen auf gleichstellungspolitische Zielsetzungen?
- » Welche Gender-Wirkungen könnte die Maßnahme haben?
- » Welche Personengruppen sind von der Maßnahme unmittelbar und mittelbar betroffen? Wie sind Frauen, Männer und andere Geschlechter zahlenmäßig vertreten?
- » Welche Wirkungen könnte das Vorhaben auf die unterschiedlichen Lebenssituationen, Interessen und Alltagspraktiken der Geschlechter haben?
- » Wer profitiert von der Maßnahme direkt und indirekt (ökonomisch; Verlagerung von Arbeit in den unbezahlten Privatbereich etc.)?
- » Was sind die Ursachen der festgestellten Unterschiede? (Rollenbilder, Normen, Werte, Einkommen etc.)
- » Welche Akteure waren in die Entwicklung der Maßnahme involviert?
- » Welche Expert*innen und Gruppen sollten beteiligt werden?
- » Ist Genderwissen bei den Akteur*innen vorhanden?
- » Welche Daten und welche Erkenntnisse/welches Wissen ist verfügbar?

Quelle: Fragen für Gender-Check, www.genanet.de, Stand: 2023

Verwendete Quellen

- Benders et al.** (2021). Shifting expenditure on food, holidays, and furnishings could lower greenhouse gas emissions by almost 40%. Yale, USA. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/jiec.13176>
- Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG).** StF: BGBl. Nr. 1/1930, idGF: BGBl. I Nr. 222/2022
- Gemeindebund.** (2023). Bürgermeister*innen in Österreich. Wien. <https://gemeindebund.at/buergermeister-und-buergermeisterinnen/>
- Gemeinde Stetten.** (2023). Stetten. <http://www.stetten.at/>
- Genanet.** (2023). Fragen für Gender-Check, Berlin www.genanet.de
- GenderCC - Women for Climate Justice e. V.** (2016). Chancengerechtigkeit im Klimawandel. Berlin. https://www.gendercc.net/fileadmin/inhalte/dokumente/4_Our_Work/GenNETCLIM/Handreichung_Chancengerechtigkeit_Klimawandel.pdf
- Genderdings.** (2023). Gender-Mainstreaming. Berlin. <https://genderdings.de/impresum/>
- ISTmobil Bezirk Korneuburg.** (2023). Stau- und Stressfrei im Umland von Wien. Korneuburg. <https://istmobil.at/istmobil-regionen/bezirk-korneuburg-istmobil/>
- KLAR! 10 vorWien.** (2021). Klimainfolblatt der KLAR! Regionen – Infos zum KLAR! Programm. Korneuburg. <https://www.kem10.at/wissenswertes/>
- Kleinregion 10 vorWien.** (2022). Entstehungsgeschichte. Korneuburg. www.10vorwien.at/
- Landwirtschaftskammer Niederösterreich.** (2021). Zahlen. Daten. Fakten. Niederösterreichs. St. Pölten. https://www.landwirtschaft-verstehen.at/fileadmin/user_upload/08_Shop/Zahlen_und_Daten_Broschuere.pdf
- Marktgemeinde Bisamberg.** (2023). Bisamberg. <https://www.bisamberg.at/>
- Marktgemeinde Enzersfeld.** (2023). Enzersfeld. <https://www.enzersfeld.gv.at/>
- Marktgemeinde Großrußbach.** (2023). Großrußbach. <https://www.grossrussbach.gv.at/>
- Marktgemeinde Hagenbrunn.** (2023). Hagenbrunn. <https://www.hagenbrunn.at/>
- Marktgemeinde Harmannsdorf.** (2023). Harmannsdorf. <https://www.harmannsdorf.gv.at/>
- Marktgemeinde Langenzersdorf.** (2023). Langenzersdorf. <https://www.langenzersdorf.gv.at/>
- Marktgemeinde Leobendorf.** (2023). Leobendorf. <https://www.leobendorf.gv.at/>
- Marktgemeinde Spillern.** (2023). Spillern. <https://www.spillern.gv.at/>
- Mavisakalyan, Tarverdi.** (2019). Gender and climate change: Do female parliamentarians make difference? Bentley, Australien. <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0176268017304500>
- Österreichischer Städtebund.** (2023). Gender Budgeting. Wien. <https://www.staedtebund.gv.at/themen/finanzen/gender-budgeting/>
- Stadtgemeinde Korneuburg.** (2023). Korneuburg. <https://www.korneuburg.gv.at/Zeittafel>
- Stadtgemeinde Stockerau.** (2023). Stockerau. <https://www.stockerau.at/>
- SORA.** (2021). SORA Gleichstellungsindex 2021. Wien. https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2021_SORA_Praesentation_Gleichstellungsindex_3-2021.pdf
- Straßenverkehrsordnung 1960 (StVO).** StF: BGBl. Nr. 159/1960, idGF: BGBl. I Nr. 129/2023
- TU Wien.** (2023). Gender bzw. die soziale Dimension des Geschlechts. Wien. <https://www.tuwien.at/tu-wien/organisation/zentrale-bereiche/genderkompetenz/gender-in-der-forschung/geschlecht-innovation/begriffe/gender-bzw-die-soziale-dimension-des-geschlechts>
- Umweltbundesamt Deutschland.** (2020). Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik. Berlin. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-02-06_texte_30-2020_genderaspekte-klimapolitik.pdf, S78
- Umweltbundesamt Österreich.** (2021). Klimaschutzbericht 2021. Report. Wien. <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0776.pdf>
- WHO** (2014). Gender, Climate Change and Health. Genf. https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/144781/9789241508186_eng.pdf?sequence=1

Quellenverzeichnis Abbildungen

Titelbild	Familie mit Lastenfahrrad, Quelle: Shutterstock.com, Stand: Dezember 2023
Seite 4	Burg Kreuzenstein, Quelle: Adobe Stock Stand: Dezember 2023
Seite 6	Weingärten, Quelle: Adobe Stock Stand: Dezember 2023
Seite 7	Übersicht Kleinregion 10 vor Wien: eigene Darstellung, Stand: Dezember 2023, Infografiken zu den Klimaszenarien: KLAR! 10 vor Wien Infoblatt: Klima im Wandel, Stand: 2021
Seiten 8 und 9	Temperaturskala für die Kleinregion: KLAR! 10 vor Wien Infoblatt: Klima im Wandel, Stand: 2021
Seite 10	Fridays for Future, Quelle: Shutterstock.com, Stand: Dezember 2023
Seite 12	Politikerin, Quelle: Adobe Stock Stand: Dezember 2023
Seite 16	Pläne, Quelle: Shutterstock.com, Stand: Dezember 2023
Seite 20	Kinder am Schulweg, Quelle: Shutterstock.com, Stand: Dezember 2023
Seite 24	Energieausweis, Quelle: Shutterstock.com, Stand: Dezember 2023
Seite 26	Gartenarbeit, Quelle: Shutterstock.com, Stand: Dezember 2023
Seite 29	Weingärten, Quelle: Adobe Stock Stand: Dezember 2023



6. FAZIT

Die vorangegangenen Kapitel machen deutlich, dass Genderaspekte künftig in die Klimapolitik deutlich stärker eingebunden werden müssen und dass dafür auch gute Potenziale bestehen. So kann die Genderdimension erhebliche Auswirkungen auf die Physiologie, die Psyche sowie auch auf die gelebten Lebensweisen von Frauen und Männern haben. Dies resultiert in ungleich verteilten Faktoren, die die Verursachung und Betroffenheit durch die Klimakrise anbelangen. Beispielsweise verursachen auf der einen Seite Männer einen deutlich höheren CO₂-Fußabdruck, auf der anderen Seite sind Frauen deutlich häufiger und stärker von Energiearmut und Katastrophen betroffen. Ein Ausgleich dieser Missstände verbessert die Chancengleichheit von Frauen und Männern und trägt zu einer klimafreundlichen Zukunft bei.

Frauen sind in klimapolitischen Entscheidungsprozessen in Österreich und den Bundesländern stark unterrepräsentiert. Einerseits betrifft das klimarelevante Führungspositionen, von denen nur 28,6 Prozent von Frauen besetzt sind, andererseits auch die Politik, wo immerhin ein Frauenanteil von 40 Prozent im österreichischen Parlament herrscht. Auf kommunaler Ebene fällt die politische Sichtbarkeit von Frauen deutlich geringer aus. Nur 10,5 Prozent der Bürgermeister*innenämter sind weiblich besetzt.

Die politische Lage der Kommunalpolitik der Kleinregion 10 vor Wien entspricht diesen Erkenntnissen und kann ihnen entsprechend zugeordnet werden. Sie ist konservativ, mit einem deutlichen Männerüberhang. In acht der elf Mitgliedsgemeinden besitzt die ÖVP die einfache Mehrheit. Lediglich zwei der Mitgliedsgemeinden werden von einer Frau regiert, wohingegen der Frauenanteil bei den Gemeinderatssitzen zwischen 19 und 52 Prozent beträgt. Frauen bzw. die Genderthematik werden derzeit in der Politik der Kleinregion nur vereinzelt gefördert. Auch konnte gegenüber den Themen Gendergerechtigkeit und Frauenförderung im kommunalpolitischen Alltag eine deutliche Reservation bzw. Ablehnung vernommen werden. Dies führt zu ungleich verteilten Machtverhältnissen in der Kleinregion 10 vor Wien, wo Frauen nach wie vor über weniger Mitspracherecht und Entscheidungsmacht verfügen als Männer. Sie sind in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert und haben dadurch in klimapolitischen Entscheidungsprozessen weniger Teilhabe.

Dem Thema Klima treten die Entscheidungsträger*innen der Kleinregion deutlich aufgeschlossener entgegen. Hier ist auch schon ein guter Mix an Maßnahmen im Energie- und Mobilitätssektor vorhanden. Allerdings fehlt es den Befragten auch in diesem Bereich an fachlich fundiertem Wissen, wie die Klimakrise in der Kleinregion 10 vor Wien zu adressieren ist.

Bei den Themen Klima und Gender handelt es sich in der Kleinregion 10 vor Wien daher um zwei sehr emotional behaftete Themen, welche von den befragten Regionsexpert*innen überwiegend ohne fundiertes Wissen diskutiert wurden. Dabei scheint die persönliche Einstellung der Befragten gegenüber den beiden Themenbereichen die Bereitschaft, Maßnahmen in diesem Bereich umzusetzen, deutlich zu beeinflussen. Bisher gibt es in der Kleinregion noch kein Repertoire an gendergerechten Maßnahmen in der Klimapolitik.

Aufbauend auf diese Erkenntnisse wurde folgender **Bedarf** für eine gendergerechte Klimapolitik der Kleinregion 10 vor Wien verortet:

- **Gendergerechte Arbeitsweise der Kommunalpolitik:**
 - Einbeziehung, politische Teilhabe und Mitspracherecht von Frauen und Mädchen
 - Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis im Gemeinderat
 - Checkliste für gendergerechtes Arbeiten
- **Speziell für Entscheidungsträger*innen der Kleinregion 10 vor Wien:**
 - Information und Bildung zu den Themen Klimakrise und Gender mit kleinregionalem Bezug
 - Maßnahmenbeispiele zur Anpassung von Klimaschutzmaßnahmen an die Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen und Männern

Aufbauend auf diese Erkenntnisse wurde eine **Handlungsempfehlung** entworfen, welche versucht dieser Auflistung möglichst übersichtlich und kompakt gerecht zu werden (siehe Kapitel 5). Diese basiert auf wissenschaftlich fundierten Grundlagen der interministeriellen Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming/Budgeting des Bundeskanzleramtes Österreich (2023) und den Ausarbeitungen des Forschungsvorhabens „Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen“ des deutschen Umweltbundesamtes (2019a). Darauf aufbauend werden **25 Maßnahmenempfehlungen** in einen kleinregionalen Kontext gesetzt und an die Entscheidungsträger*innen der Kleinregion 10 vor Wien adressiert. Diese siedeln sich überwiegend in den Bereichen Politik; Planen, Bauen, Wohnen; Mobilität; Energie sowie Umwelt an. Die Handlungsfelder lassen bereits erkennen, dass viele gendergerechte Maßnahmen im Klimabereich neben einem sozio-ökonomischen überwiegend auch einen raumplanerischen Bezug haben. Am Ende der Broschüre befindet sich eine Checkliste mit Schlüsselfragen für die Entscheidungsträger*innen mit genderrelevanten Fragen zu deren politischen- und Planungsalltag in der Kleinregion.

Das **Handlungsfeld Politik** zielt primär auf eine generelle gendergerechte Arbeitsweise der Regional- und Kommunalpolitik ab. Der Fokus liegt hier bei Maßnahmen im Gender-Mainstreaming- bzw. Gender-Budgeting-Bereich. Maßnahmen mit einem starken raumplanerischen Bezug, welche auf die Gestaltung und Entwicklung des Siedlungsraumes abzielen, wurden im **Handlungsfeld Planen, Bauen, Wohnen** zusammengefasst. Dabei werden primär Themen, die einen kompakten und polyzentralen Siedlungsraum steuern, sowie Bauen und Sanieren angesprochen. Das **Handlungsfeld Mobilität** nimmt einen weiteren wichtigen Stellenwert der Forschungsarbeit ein. Maßnahmen konzentrieren sich hier besonders auf nachhaltige Mobilitätsformen. An dieser Stelle kann auf die Wichtigkeit der in der Handlungsempfehlung (Kapitel 5) ausgewiesenen **Maßnahme 3.2.2. Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur** verwiesen werden. Diese konnte als jene Maßnahme identifiziert werden, welche das größte Potenzial bzw. die Relevanz für eine gendergerechte Klimapolitik in der Kleinregion 10 vor Wien aufweist. Das **Handlungsfeld Energie** konzentriert sich auf die persönlichen Verhaltensweisen der Kleinregionbewohner*innen im privaten Haushalt. Überraschenderweise konnte hier nur eine Maßnahme mit ausreichender Relevanz für die Handlungsempfehlung verortet werden. Maßnahmen wie Sanieren oder energieeffizientes Bauen adressieren zwar auch die Energiethematik, wurden thematisch jedoch dem Themenblock Planen, Bauen, Wohnen zugeordnet. An dieser Stelle kann der Schluss gezogen werden, dass das Energiethema auf kommunalpolitischer Ebene in der gendergerechten Klimapolitik deutlich weniger Raum einnimmt als Eingangs angenommen. Neben diesen politischen und raumplanerischen Aspekten spielen auch Maßnahmen, die die gelebte und natürliche **Umwelt** betreffen, eine wichtige Rolle. **Diese komplexe und vielschichtige Aufzählung an Themenbereichen macht die Notwendigkeit für eine holistische Betrachtung aller Handlungsebenen sowie eine**

transdisziplinäre Perspektive, um auf die Herausforderungen der Klimakrise in Kombination mit der Genderthematik entsprechend reagieren zu können, deutlich.

Die Regional- und Kommunalpolitik hat in all diesen Bereichen großen Handlungsspielraum und folgende Möglichkeiten zur Umsetzung der Maßnahmen:

- Mittels rechtswirksamen, **verbindlichen Instrumenten** z. B.:
 - o Örtliches Raumordnungsprogramm (§ 13 NÖ ROG 2014),
 - o Flächenwidmungsplan (§ 14 NÖ ROG 2014),
 - o Bebauungsplan (§ 29 NÖ ROG 2014),
 - o Örtliches Entwicklungskonzept (§ 13 Abs. 3 NÖ ROG 2014)
 - o NÖ Bauordnung 2014
 - o Straßenverkehrsordnung 1960
 - o Gender-Budgeting (Artikel 13 Abs. 3 B-VG) oder
- mittels empfehlenden, **unverbindlichen Konzepten** z. B.:
 - o Kleinregionales Rahmen- oder Entwicklungskonzept
 - o Gender-Mainstreaming sowohl auf kleinregionaler als auf kommunaler Ebene
 - o Gender-Diversity-Strategie sowohl auf kleinregionaler als auf kommunaler Ebene
 - o Konzepte auf Gemeindeebene z. B. in den Bereichen Information, Bildung, Wirtschaft, Gesundheit, Katastrophenschutz, ...

Hierbei kann angemerkt werden, dass Rechtswirksamkeit lediglich auf Gemeindeebene erzielt werden kann (ÖROK, 2018). Zielvorhaben, die nicht über die oben aufgelisteten verbindlichen Instrumente festgelegt werden können, haben sowohl auf örtlicher als auch auf überörtlicher Ebene einen empfehlenden Charakter. Für diese Ziele und Maßnahmen gilt daher das Freiwilligkeitsprinzip (Amt der NÖ Landesregierung, 2022).

Die Maßnahmen der Handlungsempfehlung wurden mit einem Steckbrief versehen, der für eine schnelle Einschätzung unter anderem die Kategorien **Relevanz**, Zeithorizont und Ressourcenbedarf enthält. Bei jenen Maßnahmen mit rechtswirksamen Charakter konnten vier als besonders relevant identifiziert werden (4 von 6 möglichen Stufen oder höher). Im Handlungsfeld Planen, Bauen, Wohnen waren dies die Maßnahmen **2.1.1. Kompakte Siedlungen** und **2.1.4. Aufteilung des öffentlichen Raums auf verschiedene Verkehrsträger**. Im Handlungsfeld Mobilität handelt es sich um die Maßnahmen **3.2.1. Reduktion MIV** und **3.2.2. Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur**. Alle vier Maßnahmen haben einen besonders hohen Ressourcenbedarf (Kosten > 15.000 € bzw. Einbeziehung mehrerer Akteur*innen). Die erhöhten Kosten resultieren aus dem erforderlichen Ausbau von notwendigen Infrastrukturen beziehungsweise Beauftragungen des örtlichen Raumplanungsbüros oder Verkehrsplanungsbüros.

Maßnahmen des Handlungsleitfadens, die eine hohe Relevanz jedoch keinen rechtlichen Charakter haben (4 von 6 möglichen Stufen oder höher), befinden sich im Handlungsfeld Politik (**1.1.1. Erhöhung des Frauenanteils in der Politik, 1.1.2. Gendergerechte Arbeitsweise der Politik**) sowie im Handlungsfeld Umwelt (**5.2.2. Klimaschonende Ernährung, 5.4.1. Katastrophenschutz**). Diese haben einen informellen Charakter, dem ein Bildungsauftrag oder eine interne Anpassung der Arbeitsweise zugrunde liegt. Aufgrund dieser Voraussetzungen fällt der Ressourcenbedarf für diese Maßnahmen moderat aus. Vielmehr geht es hier um den Willen, etwas zu verändern und die eigenen Handlungen entsprechend anzupassen.

Durch die Anwendung der im Handlungsleitfaden enthaltenen Informationen, Maßnahmen und der Checkliste kann großes Potenzial für eine erfolgreiche gendergerechte Klimapolitik gesehen werden. Zusammenfassend kann durch Gender-Mainstreaming von folgenden systemübergreifenden Effekten für die Kleinregion 10 vor Wien gesprochen werden:

- sozial gerechtere und **nachhaltigere Raumplanung und -ordnung**
- **Gendergerechte Kommunalpolitik**
- **Gesteigerte Chancengleichheit** für die Bewohner*innen (vor allem in den im Kapitel 3.2. angeführten Bereichen Mobilität und Repräsentation, indirekt auch auf Erwerbstätigkeit sowie Kinderbetreuung und Vereinbarkeit)
- Umsetzung einer **effizienteren Klimapolitik** sowie **geringere Kohlenstoffverschmutzung**
- **Grundlegender systemischer Wandel** in den Werten, dem Verhalten und der Arbeitsweise in der Regional- und Kommunalpolitik

Ziel der Arbeit war es, den Entscheidungsträger*innen der Kleinregion 10 vor Wien einen Denkanstoß zu liefern, um sich mit der Thematik auseinanderzusetzen und sie dazu zu inspirieren, die oben genannten Effekte anzustreben. Die weiterführenden Möglichkeiten in diesem Anwendungsfeld sind endlos. Ein guter Ansatzpunkt für eine fortsetzende Gemeindearbeit wäre eine detailliertere Ausarbeitung der kleinregionalen Informationen im Gender und Klimabereich sowie des Maßnahmenkatalogs der Handlungsempfehlung. Sowie Vermittlung der ausgearbeiteten Informationen mittels Informationsveranstaltungen und Workshops. Essenziell wären hierfür weitere Forschungsergebnisse und Daten, sowohl generell im Gender- und im Klimabereich als auch mit kleinregionalem Bezug.

Zu guter Letzt kann an dieser Stelle noch darauf hingewiesen werden, dass bei der kommunalen Klimapolitik über die eigene Gemeindegrenze hinausgeblickt werden muss. Die Klimakrise betrifft nicht jede einzelne Gemeinde für sich, sondern hat Auswirkungen auf ganze Landschaftsabschnitte, Regionen und auch Gesellschaftsschichten. In diesem Sinne stellen gemeinsame, gemeindeübergreifende und auch chancengleiche Bemühungen einen wesentlichen und effektiven Beitrag im Kampf gegen die Auswirkungen der Klimakrise dar.

*Nur wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen,
schaffen wir den Wandel.*

Anhang

- Anhang 1: Interviewleitfaden
Anhang 2: Eine politische Übersicht der Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien

Interviewleitfaden

Mögliche Maßnahmen von Gender-Mainstreaming für eine klimagerechtere Lokalpolitik. Am Beispiel der Kleinregion 10 vor Wien.



Annika Bauer

01425142

Technische Universität Wien

annikabauer@hotmail.com

Betreuerin:

Univ.Ass.in Dr.ⁱⁿ DIⁱⁿ Petra Hirschler

14.11.2021

Interviewleitfaden zur Diplomarbeit

Mögliche Maßnahmen von Gender-Mainstreaming für eine klimagerechtere Lokalpolitik. Am Beispiel der Kleinregion 10 vor Wien.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich herzlich bei Ihnen, dass Sie an meinem Expert*innen Interview zu den aktuell gesellschaftlich wichtigen Themen Klimakrise und Geschlechtergerechtigkeit teilnehmen.

Im Laufe meiner Recherche zur Forschungsarbeit stellten sich mir die folgenden Fragen: Welche Chance bietet uns die Lokalpolitik der Kleinregion, einen klimafreundlicheren Weg in die Zukunft einzuschlagen? Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um uns auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten, um so eine intakte Region gewährleisten zu können?

Neuesten Forschungen zufolge handelt eine gendergerechte Politik klimafreundlicher und somit auch erfolgreicher im Kampf gegen die Klimakrise. Klimaschutz geht daher automatisch mit Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit einher.⁶ Durch meine Forschungsarbeit möchte ich beweisen, dass sich diese internationalen Erkenntnisse auch auf einer lokalen, kleinregionalen Ebene im schönen Weinviertel anwenden lassen können.

Sofern Sie diesen Interviewbogen schriftlich ausfüllen, bitte ich Sie, sich in kurzen und prägnanten Sätzen auszudrücken, um so eine Verarbeitung der Informationen zu erleichtern!

Die folgende Befragung und der daraus resultierende Gewinn an Informationen erfolgt allein zur Unterstützung der Erstellung meiner Diplomarbeit und wird nicht an dritte Personen weitergegeben.

In weiterer Folge noch einige Informationen zu meinem Vorhaben:

- Verwendung:
 - Diplomarbeit am Forschungsbereich Regionalplanung und Regionalentwicklung im Rahmen des Masterstudiengangs Raumplanung und Raumordnung
 - Ziel ist das Sammeln von Informationen und die Erfassung Ihrer Einstellung als Individuum
- Ablauf:
 - Dauer ca. 30-45 Minuten
 - Vier Themenblöcke mit insgesamt 24 offenen Fragen
 - Zitate in der Forschungsarbeit werden anonym verarbeitet
 - Frage nach Tonaufzeichnung und Verwendung: Face-to-face bzw. Online-Interview daher Tonaufnahme mit Handy oder Laptop um anschließend transkribieren zu können
-> Zustimmung einholen

⁶ Umweltbundesamt. (2019). Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik: Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen. Dessau-Roßlau. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-02-06_texte_30-2020_genderaspekte-klimapolitik.pdf

Mavisakalyan, A., Tarverdi, Y. Gender and climate change: Do female parliamentarians make difference? European Journal of Political Economy, 2019 (Vol 56), Seiten 151–164. <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0176268017304500>

Erzählgenerierende Einstiegsfrage (offen und neutral gestalten)

Welchen Bezug haben Sie zur Kleinregion?

Wie sehen Sie die Themen Klimakrise und Chancengleichheit in der Kleinregion?

Inwiefern sind Sie beruflich mit der Kleinregion verbunden?

Vorbefragung

Beschäftigen Sie sich allgemein mit der Thematik der Klimakrise?

Ist die Ungleichbehandlung von Frauen ein Thema für Sie?

Allgemeine Sondierung

Thema Klimakrise

Finden Sie, dass die Klimakrise ein Problem in der Kleinregion ist?

Gibt es bereits Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise in der Kleinregion?

Thema Gleichstellung von Frauen und Männern

Werden Frauen in der Lokalpolitik der Kleinregion benachteiligt? (sowohl auf Gemeinde- als auch Regionsebene)

Gibt es bereits Bestrebungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Kleinregion (z.B.: Vereine, Förderungen, Projekte)?

Spezifische Fragen

Anmerkungen und Vergleiche zu Gesagtem aus vorherigem Kapitel

Ad-hoc-Fragen

Klimakrise

Gibt es konkret Bestrebungen zur nachhaltigen Mobilität oder Energie?

Gibt es bereits Förderungen oder Fortbildungen?

Gibt es inoffizielle Bestrebungen bzw. Maßnahmen die noch nicht veröffentlicht wurden?

Von wem gehen üblicherweise Initiativen zur Bekämpfung der Klimakrise in der Kleinregion aus?

Denken Sie, dass Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise an die Bedürfnisse von Frauen und Männern angepasst werden sollten und würden Sie diese umsetzen?

Gleichstellung von Frauen und Männern

Denken Sie, dass Maßnahmen zur Frauenförderung in der Lokalpolitik sinnvoll wären?

Würden Sie diese umsetzen?

Von wem gehen üblicherweise Initiativen zur Geschlechtergerechtigkeit aus?

Blick in die Zukunft

Wie würden Sie die Kleinregion klimafit und chancengleich machen?

Fallen Ihnen weitere Projekte ein?


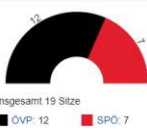
Ausstiegsfrage

Vielen Dank, dass Sie sich für dieses Interview Zeit genommen haben!

Gibt es Ihrerseits noch Fragen an mich?

Anhang 2 - Eine politische Übersicht der Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien

Quelle: Webseiten der Gemeinden, eigene Darstellung.

	EW	Politik	Partei	Bürger- meister*in	Anz. Gemeind eräte	davon weibl.	Anteil weibl.	Umweltagenda erkennbar	Frauen- agenda	Quelle
Bisamberg	4.886		ÖVP	Johannes Stuttner	25	10	40 Prozent	Klimabündnis, Bodenbündnis, e5 Gemeinde, Gemeinde21, Energieberichte, Raus aus dem ÖL Pilotgemeinde, Sonnenkraftwerk Bisamberg, Natur im Garten Gemeinde, Bisamberger ÖKO-Förderung, Klimareporte	Nein	www.bisamberg.at (Stand: 26.07.2023)
Enzersfeld	1.835		ÖVP	Ing. Gerald Glaser	19	6	30 Prozent	Klimabündnisgemeinde, diverse Förderungen	Nein	www.enzersfeld.gv.at (Stand: 26.07.2023)

Anhang 2

Großrußbach	2.240		ÖVP	Josef Zimmermann (Vizebürgermeisterin)	21	4	19 Prozent	Klimabündnisgemeinde, Weinviertelakademie: Umwelt und Klimaschutz	Gemeinde21,	Nein	www.grossrussbach.gv.at (Stand: 26.07.2023)
Hagenbrunn	2.550		ÖVP	Michael Oberschil	21	5	24 Prozent	Klimabündnisgemeinde, Windkraftprojekt (3 Bestehende, 4 in Planung), diverse Förderungen, Hagenbrunn ist Bezirkssieger in der Photovoltaik Liga mit 99 Anlagen und einer Leistung von 1.888 kWh		Nein	www.hagenbrunn.at (Stand: 26.07.2023)
Harmansdorf	4.103		ÖVP	Alexander Raicher (Vizebürgermeisterin)	23	5	22 Prozent	Klimabündnisgemeinde, Bodenbündnisgemeinde, Natur im Garten Gemeinde, Ladestationen für E-Cars, Gemeinde 21, Verlinkung interessanter Artikel, Photovoltaikanlage Rückersdorf, Förderungen zu Alternativenergie (Solar-, Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen)		Nein	www.harmansdorf.gv.at (Stand: 26.07.2023)
Korneuburg	13.697		ÖVP	MSc Christian Gepp (Vizebürgermeisterin)	37	13	35 Prozent	Klimabündnisgemeinde, Projekt zur Letzten Meile mittels ÖBB Wegfinder, E Tankstellen, Elektroauto Verleih, e-Bike Verleih, e-Roller, Fairtrade-Gemeinde		Nein	www.korneuburg.at (Stand: 26.07.2023)

Anhang 2

Langenzer sdorf	8.062		ÖVP	Mag. Andreas Arbesser	33	10	30 Prozent	Klimabündnisgemeinde, Bodenbündnisgemeinde, E-Ladestation	Nein	www.langenzersdorf.gv.at (Stand: 26.07.2023)
Leobendorf	5.134		ÖVP	Magdalena Batoha	25	9	36 Prozent	Klimabündnisgemeinde, Natur im Garten Gemeinde, Förderungen (Photovoltaik)	Nein	www.leobendorf.gv.at (Stand: 26.07.2023)
Spillern	2.511		SPÖ	Ing. Thomas Speigner (Vizebürgermeisterin)	21	11	52 Prozent	Klimabündnisgemeinde, Bodenbündnisgemeinde, Elektroauto Ladestation, diverse Förderungen	Nein	www.spillern.at (Stand: 26.07.2023)
Stetten	1.372		SPÖ	Thomas Windsor- Seifert	19	5	28 Prozent	Klimabündnisgemeinde	Verein Wir Stettner Frauen	www.stetten.at (Stand: 26.07.2023)
Stockerau	16.974		ÖVP	Mag. (FH) Andrea Völkl	37	9	24 Prozent	Klimabündnisgemeinde, Windpark Stockerau, Projekt Baumpartnerschaft, NÖ Stadterneuerung, angeblich soll Klimaschutzpapier „Heiße Erde“ kommen	Nein	www.stockerau.at (Stand: 26.07.2023)

Verzeichnisse

Literaturverzeichnis

- Amt der NÖ Landesregierung. (2009). *Kleinregionale Entwicklungskonzepte: Strategische Basis für die erfolgreiche, interkommunale Projektumsetzung*.
- Amt der NÖ Landesregierung. (2017). *Niederösterreichisches Klima- und Energieprogramm 2020: Überarbeitete 2. Auflage*. Wirkungszeitraum 2017 bis 2020. St. Pölten.
- Amt der NÖ Landesregierung. (2022). *Leitfaden örtliches Entwicklungskonzept. Ein Wegweiser für EntscheidungsträgerInnen niederösterreichischer Gemeinden*. St. Pölten.
https://www.knollconsult.at/storage/2023/01/NOe_LeitfadenOEK_web_221116.pdf
- Amt der NÖ Landesregierung. (2023a). *Klimaschutz in Gemeinden*. https://www.noegv.at/noe/Klima/Foerd_Klimaschutz-in-Gemeinden.html
- Amt der NÖ Landesregierung. (2023b). *Niederösterreich legt Gender-Regeln in Kanzleiordnung fest*. Online.
https://www.noegv.at/noe/Niederösterreich_legt_Gender-Regeln_in_Kanzleiordnung_fe.html
- Anne Bonnewit. (2015). *The Gender Dimension of Climate Justice: In-Depth Analysis for the FEMM Committee*. Directorate-General for Internal Policies. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/536478/IPOL_IDA\(2015\)536478_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/536478/IPOL_IDA(2015)536478_EN.pdf)
- Arbeiterkammer Niederösterreich. (2017). *Pendeln in NÖ: Analyse* [Zahlen und Fakten 2014].
https://noe.arbeiterkammer.at/service/zeitschriftenundstudien/arbeitsundwirtschaft/Pendleranalyse_2014.pdf
- Arbeitskreis Frauenpolitik (Hrsg.). (1987). *Frauen & Ökologie: Gegen den Machbarkeitswahn ; [Dokumentation zum Kongreß vom 3. - 5. 10. 1986 in Köln ; Beiträge, Berichte, Ausblicke* (1. Aufl.). Kölner Volksblatt-Verl.
- Arbeitsmarktservice Österreich. (2022). *Arbeitsmarktprofil 2022: Korneuburg*. http://www.arbeitsmarktprofile.at/314/teil_03.html
- Austria Presse Agentur. (2023). *Klimastatusbericht 2022 warnt vor Folgen massiven Gletscherschwunds*. <https://science.apa.at/power-search/5502963095815094046>
- Aziz, K. & Throm, C. (Hrsg.). (2020). *Frauen. Wissen. Wien: Nr. 10. Klima & Geschlecht: Warum Klima(politik) gender-relevant ist*. Frauenservice Wien. <https://resolver.obvsg.at/urn:nbn:at:AT-WBR-144510>
- Bauer, U. & Kail, E. (2023). *Genderspekte in der Klimapolitik*. <https://smartcity.wien.gv.at/strategie/genderspekte-in-der-klimapolitik/>
- Baur, N. & Blasius, J. (2014). Methoden der empirischen Sozialforschung. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 41-62). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_1
- Berger, C. & Matzinger, S. (2022). *Energiearmut – Frauen sind besonders betroffen, aber unsichtbar*. Koordinations- und Forschungsstelle Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW. <https://www.gender-blog.de/beitrag/energie-armut-frauen>
- Blaha, B. (2019). *Diese Grafik zeigt die 9 größten Klima-Kipppunkte*. Onlineartikel. <https://www.moment.at/das-sind-klima-kipppunkte>
- Blome, N. (20. Juli 2020). Die Freitags-Revolutionäre: "Fridays for Future" schärfen ihre Systemkritik nach - und werden vollends links-fundamental. Ob das der Bewegung guttut? *Spiegel*, 2020(Online Ausgabe).
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fridays-for-future-die-freitags-revolutionaere-kolumne-a-cb4e0d5a-fd2c-4edd-8114-eb38bb155256>
- Bogner, A., Littig, B. & Menz, W. (2014). *Interviews mit Experten: Eine praxisorientierte Einführung. Lehrbuch*. Springer VS.
<https://doi.org/10.1007/978-3-531-19416-5>
- Böhm-Ritter, B. (2020). *Neusiedler See leidet unter Trockenheit*. Onlineartikel. <https://www.bvz.at/neusiedl/bsorgniserregend-neusiedler-see-leidet-unter-trockenheit-neusiedler-see-trockenheit-klimawandel-klimaschutz-nationalpark-neusiedler-see-seewinkel-206482737>
- Bundeskanzleramt Österreich. (2020). *Frauen in politischen Entscheidungspositionen in Österreich 2019: Entwicklung der Repräsentation von Frauen zwischen 2009 und 2019*. Wien.
- Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus. (2019). *Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich: Periode 2021 - 2030 gemäß Verordnung (EU) 2018/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Governance-System für die Energieunion und den Klimaschutz*. Wien.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. (2013). *Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2012*. Berlin.

- Bundesgesetz vom 6. Juli 1960, mit dem Vorschriften über die Straßenpolizei erlassen werden (Straßenverkehrsordnung 1960 – StVO. 1960). StF: BGBl. Nr. 159/1960. idF BGBl. I Nr. 129/2023
- Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG). StF: BGBl. Nr. 1/1930 (WV) idF BGBl. I Nr. 222/2022
- C3 - Centrum für Internationale Entwicklung. (2019). *Ökofeminismus: Feministische Sichtweisen auf ökologische Krisen*. Themensheet VWA/DA. Wien. https://www.centrum3.at/fileadmin/downloads/bibliothek/Themensheet_Oekofeminismus.pdf
- Carlsson Kanyama, A., Nässén, J. & Benders, R. (2021). Shifting expenditure on food, holidays, and furnishings could lower greenhouse gas emissions by almost 40%. *Journal of Industrial Ecology*, 25(6), 1602–1616. <https://doi.org/10.1111/jiec.13176>
- Carson, R. (1962). Silent Spring. *SocINDEX with Full Text*. <https://search.ebscohost.com/direct.asp?db=sih&jid=%22PPG%22&scope=site>
- Christina Bauer (4. Mai 2022). Ökofeminismus: Was steckt hinter dem Begriff? *Löwenzahn Verlag*, 2022(Online Magazin). <https://www.loewenzahn.at/magazin/oekofeminismus/>
- Dauer, D. (2022). *Bürgermeisterinnen im Nachteil: Aufholbedarf in der Kommunalpolitik*. Onlineartikel. <https://kurier.at/politik/inland/buergermeisterinnen-im-nachteil-aufholbedarf-in-der-kommunalpolitik/401957689>
- Empacher, C., Hayn, D., Schubert, S. & Schultz, I. (2002). *Analyse der Folgen des Geschlechtsrollenwandels für Umweltbewußtsein und Umweltverhalten*. Forschungsbericht. Frankfurt am Main. Institut für sozial-ökologische Forschung GmbH (ISOE).
- Espiau Idoyaga, M. (2022). *Best Practice - City of Vitoria-Gasteiz* [Youtube]. <https://www.youtube.com/watch?v=s-VEbeMlgwl>, https://www.emakunde.euskadi.eus/contenidos/informacion/english_about_us/eu_def/adjuntos/equality_policies_for_women_and_men_bac.pdf,
- Europäische Kommission. (1998). *100 Begriffe aus der Gleichstellungspoli: Glossar der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern*. Luxemburg.
- Europäische Kommission. (2004). *EQUAL-Leitfaden zu Gender Mainstreaming*. Luxemburg.
- European Institute for Gender Equality. (2016). *Gender in environment and climate change*. European Institute for Gender Equality (EIGE).
- Frauenservice Wien, Magistratsabteilung 57. (2016). *Wiener Gleichstellungsmonitor: Resümee*. Wien.
- Friedl, M. A. (2020). *Frauensache Umwelt- und Klimaschutz: Analyse zur Integration der Genderperspektive in die Nationale Klima- und Energiestrategie (#mission 2020)*. Wien.
- genderAtlas. (2011). *Hohe Erwerbstätigkeit der Frauen in Teilzeit*. <https://genderatlas.at/articles/erwerbsteilnahme.html>
- GenderCC - Women for Climate Justice e.V. (2016). *Chancengerechtigkeit im Klimawandel*. Handreichung. Bremen/Berlin. Universität Bremen.
- GeoSphere Austria (Hrsg.). (2021). *Klimafakten Österreich kompakt*. ZAMG. <https://www.zamg.ac.at/cms/de/klima/news/klimafakten-oesterreich-kompakt>
- Gläser, J. & Laudel, G. (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen* (4. Auflage). *Lehrbuch*. VS Verlag. <http://d-nb.info/1002141753/04>
- Heinrich, M., Pfeiler, S., Prikl, H. & Reitner H. (2009). *Ergänzende Erhebung und zusammenfassende Darstellung des geogenen Naturraumpotentials im Bezirk Korneuburg: „Geogenes Naturraumpotential Bezirk Korneuburg“*. Bericht über die Arbeiten im 2. Projektjahr (2008). Wien. https://opac.geologie.ac.at/ais312/dokumente/A_15743_R_Geogenes_Naturraum_Korneuburg_NC_64_2007_09.pdf
- Heinz, J., Baumegger, D. & Hofinger, C. (2022). *Städtebund Gleichstellungsindex 2021: Ergebnisse*. Wie steht es um die Gleichstellung in Österreichs Städten und Gemeinden? Wien. https://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USERDATA/themenfelder/Frauen/Dokumente/SORA_Bericht_20072_20073_21045_Gleichstellungsindex_Analysen_Aktualisierung.pdf
- IMAG GMB. (2023). *Was ist Gender Mainstreaming?*IMAG GMB. <https://www.imag-gmb.at/gender-mainstreaming/was-ist-gm.html>
- IPCC. (2014). *Climate change 2013: The physical science basis; Working Group I contribution to the fifth assessment report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Elektronische Ressource]. WMO IPCC. http://www.climate2013.org/images/report/WG1AR5_ALL_FINAL.pdf <https://doi.org/10.1017/CBO9781107415324>
- IPCC. (2022). *Global Warming of 1.5°C: IPCC Special Report on Impacts of Global Warming of 1.5°C above Pre-industrial Levels in Context of Strengthening Response to Climate Change, Sustainable Development, and Efforts to Eradicate Poverty. Physical Sciences*. Cambridge University Press. <https://directory.doabooks.org/handle/20.500.12854/90937>
- Isabel Reda (2020). Die Klimakrise hat ein Geschlecht. *Frauenseiten.bremen*(Bremen Online – Eine Abteilung der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH). <https://frauenseiten.bremen.de/blog/die-klimakrise-hat-ein-geschlecht/>
- Kaiser, R. (2014). *Qualitative Experteninterviews: Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung*. *Lehrbuch*. Springer VS. <http://link.springer.com/978-3-658-02479-6> <https://doi.org/10.1007/978-3-658-02479-6>

- KLAR! 10 vor Wien. (2022). *KLAR! 10 vor Wien: Anpassungskonzept*. Korneuburg. https://klar-anpassungsregionen.at/fileadmin/user_upload/regionen_3/50_10_vor_Wien/220804__Anpassungskonzept_KLAR__10_vor_Wien_gekuerzt.pdf
- Kleinregion 10 vor Wien. (2022). *Entstehungsgeschichte*. [www.10 vor Wien.at/](http://www.10vorwien.at/)
- Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien. (2017). *Umsetzungskonzept: Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien*. Korneuburg. <https://www.klimaundenergiemodellregionen.at/assets/Uploads/Berichte/B569634-konzept.pdf>
- Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien. (2020). *Umsetzungskonzept: Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien*. Korneuburg. <https://www.klimaundenergiemodellregionen.at/assets/Uploads/Berichte/B569634-konzept.pdf>
- Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien. (2023). *Die Maßnahmen der KEM 10 vor Wien*. <https://www.kem10.at/kem-1/die-ma%C3%9Fnahmen/>
- Kurier (Hrsg.) (2022). *Zicksee trocknet aus: Fische wurden tonnenweise umgesiedelt*. Onlineartikel. <https://kurier.at/chronik/burgenland/zicksee-trocknet-aus-fische-wurden-tonnenweise-umgesiedelt/402080185>
- Kraft, M. (27. Mai 2019). m² in Korneuburg: ein Luxus. *Bezirksblatt Korneuburg*, 2019(Online-Ausgabe). https://www.meinbezirk.at/korneuburg/c-lokales/m-in-korneuburg-ein-luxus_a3413748
- Kuckartz, U. (2016). *Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung* (3., überarbeitete Auflage). *Grundlagentexte Methoden*. Beltz Juventa. <http://www.beltz.de/fileadmin/beltz/leseproben/978-3-7799-3344-1.pdf>
- Lachkovics, E. (2020). *Klimakrise: Frauen zwischen Anpassung und Widerstand*. Wien. <https://wide-netzwerk.at/wp-content/uploads/2021/06/WIDE-Update-1-2020-Klimawandel.pdf>
- Land Niederösterreich. (2020). *Höchste abgeschlossene Ausbildung 2020 nach Ausbildungsart und Gemeinden*. <https://www.noee.gv.at/noe/Zahlen-Fakten/Bildung.html>
- Land Niederösterreich. (2021). *Niederösterreichs Bezirke im Wiener Umland strotzen vor Kaufkraft: Wichtiges Zeichen für erfolgreiche Entwicklung*. https://www.noee.gv.at/noe/Kaufkraft_.html
- Leitner, A. & Wagner, E. (2016). *Gleichstellungsbericht Tirol 2016: Frauen und Männer in Tirol*. Endbericht. Wien. Institut für Höhere Studien (IHS). <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/4542/1/Gleichstellungsbericht-2016-web.pdf>
- Lipp, B., Zelger, T., Kerschbaum, E., Huemer-Kals, V., Schneider, S., Figl, H. & Gruber, E. (2020). *Way2Smart Korneuburg: Start Up in eine sozial verträgliche, energieautonome Smart City*. Wien. IBO – Österreichisches Institut für Bauen und Ökologie GmbH. https://smartcities.at/wp-content/uploads/sites/3/BGR4_2020_Way2Smart-Korneuburg-6.pdf
- Lukoschat, H. & Köcher, R. (2021). *Parteikultur und die politische Teilhabe von Frauen: Eine empirische Untersuchung mit Handlungsempfehlungen an die Parteien*. Berlin. https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2022_EAF_Berlin_Lukoschat_Koecher_Politische_Teilhabe_von_Frauen_Studie.pdf
- Marí-Dell'Olmo, M., Tobías, A., Gómez-Gutiérrez, A., Rodríguez-Sanz, M., García de Olalla, P., Camprubí, E., Gasparrini, A. & Borrell, C. (2019). Social inequalities in the association between temperature and mortality in a South European context. *International journal of public health*, 64(1), 27–37. <https://doi.org/10.1007/s00038-018-1094-6>
- Niranjan, A. (2022). Klimawandel trifft Frauen stärker als Männer. *Deutsche Welle*, 2022. <https://www.dw.com/de/frauen-klimakrise-st%C3%A4rker-betroffen-maenner-geschlechergerechtigkeit-klimagerechtigkeit-klimawandel/a-62092939>
- NÖ Bauordnung 2014 (NÖ BO 2014). StF: LGBL Nr. 1/2015. idF. LGBL Nr. 31/2023
- NÖ Raumordnungsgesetz 2014 (NÖ ROG 2014). StF: LGBL Nr. 3/2015. idF. LGBL Nr. 99/2022
- Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (Hrsg.). (2023). *Klimafit für Mensch, Tier & Pflanze: Informationen zu Hitze*. <https://www.ages.at/umwelt/klima/klimawandelanpassung/hitze>
- Österreichische Raumordnungskonferenz. (2018). *Raumordnung in Österreich und Bezüge zur Raumentwicklung und Regionalpolitik*. Wien. https://www.oerok.gv.at/fileadmin/user_upload/publikationen/Schriftenreihe/202/OEROK-SR_202_DE.pdf
- Österreichische Raumordnungskonferenz. (2019). *Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Österreich 2018 bis 2040 mit einer Projektion bis 2060 und Modellfortschreibung bis 2075 (ÖROK-Prognose)*. Wien. https://www.oerok.gv.at/fileadmin/user_upload/Bilder/2.Reiter-Raum_u_Region/2.Daten_und_Grundlagen/Bevoelkerungsprognosen/Prognose_2018/Bericht_BevPrognose_2018.pdf
- Österreichischer Gemeindebund (Hrsg.). (2023). *Wissenswertes über unsere Bürgermeister*innen*. <https://gemeindebund.at/buergermeister-und-buergermeisterinnen/>
- Österreichisches Parlament. (2020). *Frauenanteil im Nationalrat*. https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/frauenanteil_NR.shtml
- Pachauri, R. K. & Mayer, L. (Hrsg.). (2015). *Climate change 2014: Synthesis report*. Intergovernmental Panel on Climate Change.

- Paul Unterhuber. (2019). *Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Pressekonferenz am 16. Dezember 2019*. Wien.
https://gemeinbund.at/website2020/wp-content/uploads/2020/07/demox-research_pk-buergermeisterbefragung_neu-2.pdf
- Peter Draxler. (2023). *So viel Strom und Gas hat Österreich 2022 eingespart*. Wien. MARIE. <https://marie.wko.at/unternehmertum/so-viel-strom-und-gas-hat-oesterreich-ingespart.htm>
- Röhr, U. & Alber, G. (2018). Geschlechterverhältnisse und Klima im Wandel. Erste Schritte in Richtung einer transformativen Klimapolitik. *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 10(2), 112–127. <https://doi.org/10.3224/gender.v10i2.08>
- Röhr, U., Alber, G. & Göldner, L. (2018). *Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse*. Berlin. GenderCC – Women for Climate Justice e. V.
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-03-15_texte_23-2018_gender-klima.pdf
- Sbiroli, E., Geynisman-Tan, J., Sood, N., Maines, B. A., Junn, J. H.-J. & Sorensen, C. (2022). Climate change and women's health in the United States: Impacts and opportunities. *The Journal of Climate Change and Health*, 8, 100169.
<https://doi.org/10.1016/j.joclim.2022.100169>
- Schober, S. (13. August 2022). Warum ein wenig Regen nicht mehr reicht. *orf.at*, 2022(Onlineausgabe). <https://orf.at/stories/3280085/>
- Schütz, S. (13. Februar 2023). Klimaprojekte aus Korneuburg ausgezeichnet. *Bezirksblatt Korneuburg*, 2023.
https://www.meinbezirk.at/korneuburg/c-lokales/klimaprojekte-aus-korneuburg-ausgezeichnet_a5874943
- Stadt Wien. (2019). *Gender Mainstreaming - Leicht Gemacht: Praxistipps*. Wien.
<https://www.wien.gv.at/menschen/gendermainstreaming/pdf/genderhandbuch-barrierefrei.pdf>
- Stainer-Hämmerle, K., Zupan, K. & Pöcher, J. (2022). *Kommunalpolitik von morgen: Befragung der österreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister 2022*. Villach. Fachhochschule Kärnten Studienbereich Wirtschaft.
<https://gemeinbund.at/website2020/wp-content/uploads/2022/03/pk-prasentation-kommunalpolitik-von-morgen.pdf>
- Stangl, M. (2019). *Themenaufbereitung: Zunahme von Hitze und Dürre in Österreich: Beobachtungen der vergangenen Jahre und Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft*. Graz. Klima- und Energiefonds.
https://ccca.ac.at/fileadmin/00_DokumenteHauptmenue/02_Klimawissen/Themenaufbereitung_Hitze_2019.pdf
- Statistik Austria. (2020). *Gemeinden*. https://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/gemeinden/index.html
- Statistik Austria. (2023). *Interaktiver STATatlas: Gliederungen nach städtischen und ländlichen Gebieten* [Grad der Urbanisierung der Europäischen Kommission]. Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen.
https://www.statistik.at/atlas/?mapid=topo_regionale_gliederung_oesterreich
- Steininger, K., Schinko, T., Rieder, H. & Kromp-Kolb, H. (2022). *+1,5°C: Wieviel Treibhausgase dürfen wir noch emittieren? Hintergrundpapier zu globalen und nationalen Treibhausgasbudgets*. https://pure.iiasa.ac.at/id/eprint/18412/1/THG-Budget_Hintergrundpapier_CCCA.pdf
- stern (Hrsg.) (2022). *"Vater Rhein" verlässt sein Bett: Deutschlands längster Strom fällt trocken*. Onlineartikel.
<https://www.stern.de/panorama/wetter/rhein-trocknet-aus--deutschlands-laengster-strom-in-zeiten-der-duerre--fotos--32617812.html>
- Technische Universität Chemnitz. (2019, 29. Mai). *Erste Ergebnisse einer internationalen Befragung der Schülerstreiks fürs Klima: Pressemitteilung vom 29.05.2019* [Pressemitteilung]. Chemnitz. <https://www.tu-chemnitz.de/tu/pressestelle/2019/05.29-13.48.html>
- Theresia Oedl-Wieser. (2004). *Die Integration von Gleichstellung in die regionale Entwicklung Österreichs: Notwendige Strategie oder lästiges Übel?* Wien.
- Theresia Oedl-Wieser (2010). Umsetzung von Gender Mainstreaming in der ländlichen Entwicklung in Österreich Versäumnisse und Perspektiven. *SWS – Rundschau*, 50(2), 207–227. file:///C:/Users/Annika/Desktop/SWS_2010_2_Oedl.pdf
- Ulmer, S. (2018). *115'000 Jahre Eiszeit in zwei Minuten*. <https://ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2018/11/eiszeitensimulation-macht-gletscherausdehnung-sichtbar.html>
- Umweltbundesamt (Hrsg.). (2018). *Intensivere Extremniederschläge durch die Klimaerwärmung*. Umweltbundesamt.
<https://www.klimawandelanpassung.at/newsletter/nl33/kwa-intens-extremniederschlaege>
- Umweltbundesamt. (2019a). *Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik: Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen*. Dessau-Roßlau.
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-02-06_texte_30-2020_genderaspekte-klimapolitik.pdf
- Umweltbundesamt. (2019b). *Klimaschutzbericht 2019: Analyse der Treibhausgas-Emissionen bis 2017*. Report. Wien.
<https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0702.pdf>

- Umweltbundesamt. (2021). *Klimaschutzbericht 2021*. Report. Wien.
<https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0776.pdf>
- Umweltbundesamt Deutschland. (2016). *Grundlagen des Klimawandels*. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/grundlagen-des-klimawandels>
- Umweltbundesamt Deutschland. (2021). *Klima und Treibhauseffekt*. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/grundlagen-des-klimawandels>
- Umweltgemeinde Service. (2023). *Factsheets Klimawandelfolgen Niederösterreich*. <https://www.umweltgemeinde.at/regionale-factsheets>
- United Nations Framework Convention on Climate Change. (2012). *Promoting gender balance and improving the participation of women in UNFCCC negotiations and in the representation of Parties in bodies established pursuant to the Convention or the Kyoto Protocol: Decision 23/CP*. Doha. United Nations Framework Convention on Climate Change.
- United Nations Framework Convention on Climate Change. (2014). *Lima Work Programme on Gender: Decision 18/CP*. Lima.
- United Nations Framework Convention on Climate Change. (2017). *Gender and climate change. Draft conclusions proposed by the Chair: Recommendation of the Subsidiary Body for Implementation (Gender Action Plan)*. Decision 16/CP. Bonn.
- Urban Innovative Actions (Hrsg.). (2022). *Gendered Landscape - Umeå*. Onlineartikel. <https://www.uia-initiative.eu/en/just-urban-transitions/making-transition-affordable-all/uia-case-study-umea>
- Vereinte Nationen. (2019). *Resolution des Menschenrechtsrats verabschiedet am 12. Juli 2019: Menschenrechte und Klimawandel*. Generalversammlung, 41. Sitzung. <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/a-hrc-res-41-21.pdf>
- Vogtenhuber, G. (2019). *Gender Mainstreaming in der Gemeinde* [Diplomarbeit]. Johannes Kepler Universität Linz, Linz.
<https://epub.jku.at/obvulihs/download/pdf/3588826?originalFilename=true>
- Weber, K. (2022). *Benachteiligung von Frauen in der Klimakrise: Aus rechtshistorischer und globaler Perspektive* [Diplomarbeit]. Karl-Franzens-Universität Graz, Graz. <https://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/download/pdf/8547723?originalFilename=true>

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zwölf induktiv ermittelte Kategorien der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz für die leitfadengestützten Interviews (Eigene Darstellung).....	59
Tabelle 2: Kategorie 5 „Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise“ und deren Subkategorien (Eigene Darstellung).....	61
Tabelle 3: Genannte Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise bei den Expert*innen Interviews in Subkategorien. Inklusive Anzahl und beispielhaften Nennungen (Eigene Darstellung).....	62
Tabelle 4: Genannte Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise bei den Expert*innen Interviews in Subkategorien. Inklusive Anzahl und beispielhaften Nennungen (Eigene Darstellung).....	63

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2: Trockener Neusiedler See (Böhm-Ritter, 2020)	11
Abbildung 3: Ausgetrockneter Zicksee (Kurier, 2022)	11
Abbildung 1: Ausgetrockneter Rhein (stern, 2022).....	11
Abbildung 4: Neun größte Klima-Kippunkte (Blaha, 2019).....	13
Abbildung 5: Klimaprojektion Österreich – Darstellung des Temperaturanstieges bis 2100 (GeoSphere Austria, 2021)	15
Abbildung 6: : Anzahl an Frauen und Männern in klimarelevanten hochrangigen Führungspositionen in Österreich und der EU (European Institute for Gender Equality [EIGE], 2016).....	27
Abbildung 7: Klima-Gender-Politik Dreieck (Eigene Darstellung).....	32
Abbildung 8: Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien (Eigene Darstellung).....	34
Abbildung 9: Urban-Rural-Typologie der Statistik Austria nach NUTS-3. Kleinregion 10 vor Wien blau eingekreist. (Statistik Austria, 2023).	35
Abbildung 10: Modal Split Stadt Korneuburg 2015 (Lipp et al., 2020)	37
Abbildung 11: Höchste abgeschlossene Ausbildung im Bezirk Korneuburg 2018 (Land Niederösterreich, 2021).....	38
Abbildung 12: Klimaviertel östliches Flachland, Kleinregion 10 vor Wien blau eingekreist (Umweltgemeinde Service, 2023).....	39
Abbildung 13: Klimaviertel Region Donauraum, Kleinregion 10 vor Wien blau eingekreist (Umweltgemeinde Service, 2023).....	39

Abbildung 14: Langfristige Änderung der Lufttemperatur in der Kleinregion 10 vor Wien (Umweltgemeinde Service, 2023).....	39
Abbildung 15: Langfristige Änderung der Kühlgradtagzahl in der Kleinregion 10 vor Wien (Umweltgemeinde Service, 2023).....	40
Abbildung 16: Mitglieder der Kleinregion 10 vor Wien (Kleinregion 10 vor Wien, 2022)	42
Abbildung 17: Energiebedarf der Kleinregion 10 vor Wien nach Sektoren. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017).....	46
Abbildung 18: Nachhaltiges Energiepotential nach Energieträgern. (Klima- und Energiemodellregion 10 vor Wien, 2017)	47
Abbildung 19: ÖVP dominiert in den Mitgliedsgemeinden der Kleinregion 10 vor Wien (Eigene Darstellung).....	50
Abbildung 20: Umfrage Bürgermeister und Bürgermeisterinnen Österreich, (Dauer, 2022).....	71

Für die Kapitelbilder auf den Seiten 1, 10, 24, 44, 105 sowie in der Handlungsempfehlung auf den Seiten 1, 4, 6, 10, 12, 16, 20, 24, 26 und 29 wurden lizenzfreie Stockbilder von Adobe Stock verwendet (www.stock.adobe.com, Stand 30.11.2023)